



## 72. Sitzung

Mittwoch, 6. November 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsidentin Kersten Artus

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	5393	Birgit Stöver CDU Dr. Melanie Leonhard SPD Hans-Detlef Roock CDU	5405 5406 5409
<b>Aktuelle Stunde</b>	5393	GRÜNE Fraktion:	
SPD-Fraktion:		<b>igs-Defizit: Umweltetat muss für das Versagen der Senatorin bluten</b>  (Fortführung am 07.11.2013)	
<b>Demokratie stärken – Rechts- extremismus bekämpfen: Ham- burger Landesaktionsplan ge- gen Rechtsextremismus</b>		FDP-Fraktion:	
Barbara Nittrich SPD Kai Voet van Vormizeele CDU Antje Möller GRÜNE Carl-Edgar Jarchow FDP Cansu Özdemir DIE LINKE Detlef Scheele, Senator	5393 5394 5395 5395 5396 5397	<b>igs-Millionenloch und Stell- platzchaos: Senatorin Blankau fährt die Stadtentwicklung an die Wand</b>  (Fortführung am 07.11.2013)	
CDU-Fraktion:		Fraktion DIE LINKE:	
<b>Erkenntnisse und Chancen der international erfolgreichen Bauausstellung für Hamburg nutzen</b>		<b>Soziale Spaltung bekämpfen – soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen!</b>  (Fortführung am 07.11.2013)	
Dietrich Wersich CDU Dirk Kienscherf SPD Olaf Duge GRÜNE Katja Suding FDP Heike Sudmann DIE LINKE  Jutta Blankau, Senatorin	5399 5400 5401, 5407 5401 5402, 5405, 5408 5403	<b>Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten</b>	5410
		Ergebnis	5410

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Kazim Abaci SPD	5424
		Nikolaus Haufler CDU	5425
		Phyliss Demirel GRÜNE	5427
		Carl-Edgar Jarchow FDP	5428
		Mehmet Yildiz DIE LINKE	5428
<b>Nachwahl eines Mitglieds für das Datenschutzgremium der Bürgerschaft nach § 14 der Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft</b>			
– Drs 20/9599 –	5410	Beschluss	5430
dazu			
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zum Thema:	
<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde</b>		<b>Situation und Ausstattung der Hamburger Staatsanwaltschaft (Selbstbefassungsangelegenheit)</b>	
– Drs 20/9783 –	5410	– Drs 20/9612 –	5430
Ergebnis	5417	André Trepoll CDU	5430, 5436
		Urs Tabbert SPD	5431
Antrag der FDP-Fraktion:		Farid Müller GRÜNE	5432, 5437
<b>Die gemeinsame europäische Verantwortung leben – Zuständigkeiten für die Flüchtlingsaufnahme in Europa endlich fair regeln</b>		Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	5434
– Drs 20/9691 –	5411	Christiane Schneider DIE LINKE	5435
Martina Kaesbach FDP	5411, 5416	Kenntnisnahme	5438
Dr. Martin Schäfer SPD	5412		
Robert Bläsing FDP	5412	Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksache 20/6334:	
Kai Voet van Vormizeele CDU	5413	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ÖRA-Gesetzes (Sensatsantrag)</b>	
Antje Möller GRÜNE	5414	– Drs 20/9650 –	5438
Christiane Schneider DIE LINKE	5415		
Beschlüsse	5417	Beschlüsse	5438
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Antrag der CDU-Fraktion:	
<b>Recht auf freien Zugang zum Master sicherstellen</b>		<b>HADAG-Hafenfähren mit klimafreundlichem Flüssigerdgas-Antrieb (LNG-Liquefied Natural Gas) ausstatten</b>	
– Drs 20/9684 –	5417	– Drs 20/9687 –	5438
Dora Heyenn DIE LINKE	5417, 5423	Beschluss	5439
Philipp-Sebastian Kühn SPD	5419		
Thilo Kleibauer CDU	5420		
Dr. Eva GümbeI GRÜNE	5421		
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	5422		
Beschlüsse	5424	Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:	
Große Anfrage der SPD-Fraktion:		<b>Empfehlungen des Wissenschaftsrates – Zukunftspakt für das Wissenschaftssystem</b>	
<b>Hamburger Einbürgerungsinitiative – Erste Zwischenbilanz</b>		– Drs 20/9410 –	5439
– Drs 20/8962 –	5424		

---

Dr. Eva Gümber GRÜNE	5439, 5444
Philipp-Sebastian Kühn SPD	5440
Thilo Kleibauer CDU	5440
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	5441, 5444
Dora Heyenn DIE LINKE	5442
Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin	5443
Beschluss	5445



**Beginn: 15.01 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Beginnen möchte ich heute mit zweifachen Geburtstagsglückwünschen. Diese richten sich zum einen an unsere Kollegin Brigitta Schulz und zum anderen an unsere Kollegin Sabine Steppat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Frau Schulz, liebe Frau Steppat, im Namen des ganzen Hauses die herzlichsten Geburtstagsglückwünsche und alles Gute für das neue Lebensjahr.

Bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats übereingekommen sind, die Tagesordnung um zwei weitere Punkte zu ergänzen, und zwar um die Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten direkt im Anschluss an die Aktuelle Stunde und den Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 20/9809. Beide Punkte sind nachträglich in unsere Tagesordnung aufgenommen worden.

Dann kommen wir zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen: Hamburger Landesaktionsplan gegen Rechtsextremismus

von der CDU-Fraktion

Erkenntnisse und Chancen der international erfolgreichen Bauausstellung für Hamburg nutzen

von der GRÜNEN Fraktion

igs-Defizit: Umweltetat muss für das Versagen der Senatorin bluten

von der FDP-Fraktion

igs-Millionenloch und Stellplatzchaos: Senatorin Blankau fährt die Stadtentwicklung an die Wand

und von der Fraktion DIE LINKE

Soziale Spaltung bekämpfen, soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen!

Wir beginnen mit dem ersten Thema. Wer wünscht das Wort? – Frau Nitruich, Sie haben es.

**Barbara Nitruich** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der gestrigen Landespressekonferenz wurde von Herrn Senator

Scheele das Landesprogramm "Hamburg – Stadt mit Courage" vorgestellt. Wir begrüßen das Programm, das in einem breiten Beteiligungsverfahren entwickelt wurde, ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Besonders vor dem Hintergrund der fünfundsechzigsten Wiederkehr der Reichspogromnacht am 9. November hat die heutige Debatte eine hervorzuhebende Bedeutung.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die "Nacht der Jugend" am 8. November hingewiesen, die zum vierten Mal stattfindet und Jugendlichen eine Plattform bietet, ihr Engagement für ein friedliches Zusammenleben zu zeigen, andere zu informieren und sie im positiven Sinne anzustecken. Das Motto "WIR gestalten Hamburg" ist eine Aufforderung zur Beteiligung am demokratischen Miteinander der Menschen in unserer Stadt.

Auch im Hinblick auf die kommenden Bezirkswahlen, bei denen Jugendliche ab 16 Jahren erstmals mitwählen dürfen, haben diese Veranstaltung sowie das Landesprogramm "Hamburg – Stadt mit Courage" eine besondere Bedeutung, gilt es doch, mit aller Kraft zu verhindern, dass die NPD auch nur mit einem Platz in die Bezirksparlamente einzieht.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Präsidentin und dem Mitarbeiterstab der Bürgerschaftskanzlei sowie allen Beteiligten danken, die die "Nacht der Jugend" ermöglichen. Dort werden, wie in den vergangenen Jahren, die unterschiedlichen Bündnisse gegen rechtes Gedankengut in den Mittelpunkt gestellt. Das intensive Engagement der Stadt, das bei der "Nacht der Jugend", aber auch bei sehr vielen anderen engagierten Gruppierungen deutlich wird, spiegelt sich im Landesprogramm wider. Und der SPD-Senat führt es mit dem jetzt vorgestellten Arbeitskonzept fort. Wir erfüllen damit nicht nur unser Wahlversprechen, uns gegen Rechtsextremismus stärker einzusetzen, sondern gehen auch auf das bürgerschaftliche Ersuchen von 2011 ein. Durch die Intensität und das hohe Maß an Mitbeteiligung der vielen unterschiedlichen Akteure hat dieses wichtige Vorhaben sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Aber es war notwendig, den Prozess zu analysieren und weiterzuentwickeln. Nun liegt ein Programm vor, das für die Stadt von hoher Bedeutung ist. In meinem Namen und dem meiner Fraktion möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die hierbei eine beispielhafte Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Rechtsextreme Kreise versuchen, mehr und mehr Anschlussmöglichkei-

**(Barbara Nitruich)**

ten an die gesellschaftliche Mitte zu finden. Sie missbrauchen Bürgerinitiativen in Form von sogenannten Solidarisierungsaktionen, um an ihre Ideologien anzuknüpfen, und tun dies oft sehr versteckt. Sie machen sich durch diese Art von Praxis vorhandene Vorurteile und Ressentiments gegenüber Fremdgruppen zunutze.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 in Hamburg 403 Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität von rechts registriert. Hiervon waren 396 Taten als rechtsextremistisch einzustufen. Obwohl die Zahlen rückläufig sind, bedarf es weiterhin eines vertieften gesellschaftlichen Engagements und hoher Wachsamkeit der Gesellschaft. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts sowie das geplante NPD-Verbotsverfahren sind im Kampf gegen Rechtsextremismus wichtig, reichen aber bei Weitem nicht aus. Eine dauerhafte und nachhaltige Sensibilisierung und Partizipation der gesamten Gesellschaft und die Stärkung des gesellschaftlichen Diskurses und des Engagements gegen jegliche Form von Rassismus, Hass, Ausgrenzung und Menschenverachtung sind erforderlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Das Landesprogramm "Hamburg – Stadt mit Courage" bietet hierfür ein Handlungskonzept. Es hat die Förderung der demokratischen Kultur und die Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus zum Ziel, indem Stadt, Verwaltung und alle gesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen einbezogen werden. Neben der Weiterführung der bereits bestehenden Projekte geht es zukünftig darum, die vielen methodischen Ansätze in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu verknüpfen und auszubauen.

Wir begrüßen es, dass neben den bestehenden Projekten wie dem Mobilen Beratungsteam und der Landeskoordinierungsstelle beim Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus weitere Handlungsfelder geplant sind. Dieses Handlungskonzept ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Den Erfolg der Maßnahmen wird die BASFI regelmäßig durch jährliche Fachgespräche überprüfen.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Barbara Nitruich** SPD (fortfahrend): Ein kleiner Hinweis am Schluss: Dass mehr Geld zur Verfügung steht, ist sicher nicht unerheblich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Voet van Vormizeele.

**Kai Voet van Vormizeele** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der gestern vorgestellte Landesaktionsplan ist ein wichtiger und beachtenswerter Schritt in die richtige Richtung. Ich will aber ein bisschen Wasser in den Wein gießen, den Frau Nitruich eben zum Teil enthusiastisch präsentiert hat. Es ist ein wichtiges Programm, und wir sind uns einig in der Zielsetzung, aber ich warne davon, dass wir uns nur noch selbst auf die Schultern klopfen, loben und sagen: Nun haben wir ein Programm aufgestellt, und die Gefahr von Rechtsextremismus ist beseitigt. Das wird nicht so sein. Die Verantwortung, die wir alle gemeinsam haben, diesem Phänomen entgegenzutreten, ist nicht mit dem Beschluss oder der Akzeptanz eines gemeinsamen Aktionsplans beendet. Ganz im Gegenteil, erst jetzt fängt unsere Arbeit an. Wir müssen sehen, dass wir mit den vielen Beratungseinrichtungen und Programmen häufig nur noch diejenigen erreichen, die schon in eine bestimmte Richtung gegangen sind und die wir wieder zurückholen wollen. Aber wir haben auch die Aufgabe und Pflicht, uns als Demokraten gemeinsam dagegen zu stellen, dass diese Art von Extremismus überhaupt auftreten kann. Das sollten wir zu allererst und zuvorderst als unsere Aufgabe ansehen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Nitruich hat ihren Beitrag eben mit dem Hinweis beendet, dass es sicher nicht falsch ist, dass mehr Geld da ist. Frau Nitruich, ein bisschen mehr Geld ist immer gut – zumindest, wenn es um solche Dinge geht. Aber Geld allein löst die Probleme nicht. Die Gleichung "Je mehr Geld, desto weniger Rechtsextremismus", die vielen vorschwebt, geht nicht auf. Wir brauchen einen gemeinsamen Konsens in dieser Gesellschaft.

Diesen Konsens brauchen wir aber nicht nur beim Rechtsextremismus. Bei allem gemeinsamen Bekenntnis, dass wir hier eine besondere Aufgabe im Sinne unserer geschichtlichen Verantwortung haben, müssen wir auch ein Wort dazu verlieren, dass generell jede Art von politischem Extremismus – erst recht dann, wenn er in Gewalt ausartet – in dieser Gesellschaft nicht akzeptiert werden kann. Es geht nicht nur darum, ein Programm gegen Rechtsextremismus zu entwerfen, sondern wir brauchen genauso ein Programm für diejenigen, die links motiviert sind,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Ja, genau, für alle!)

Gewalt ausüben und andere Menschen bedrohen. Hier gibt es für mich keinen Unterschied.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding* und *Carl-Edgar Jarchow, beide FDP*)

**(Kai Voet van Vormizeele)**

Wir wollen Extremismus nicht generell in Abrede stellen, aber wir müssen deutlich sagen: Wer in dieser Demokratie Gewalt ausübt und meint, seine politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen zu können, der muss von allen Demokraten geächtet werden. Wir brauchen daher auch dort diese politische Anstrengung. Ich hoffe, dass der Senat nicht nur in seinem Bemühen, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, voranschreitet, denn wir brauchen ein Programm gegen politischen Extremismus von allen Seiten. Das ist unsere Forderung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat Frau Möller das Wort.

**Antje Möller GRÜNE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat hat gestern in seiner Landespressekonferenz ein Programm vorgestellt, das nicht allein seines ist. Dieses Programm ist zum Glück in einem großen Prozess entstanden, der sich noch aus dem Zusammenschluss unter der Überschrift "Hamburg bekennt Farbe" herleitet. Man hatte sich damals gegen den "Tag der deutschen Zukunft" zu einem breiten Bündnis zusammengefunden. Ich finde es gut, dass dieser Arbeitszusammenhang erhalten geblieben ist, sage aber gleichzeitig deutlich, dass wir auch im Parlament noch die Möglichkeit haben müssen, uns zu diesem Landesprogramm verhalten zu können – nicht nur in der Aktuellen Stunde, sondern zum Beispiel auch mit Anträgen. Das ist so besprochen, und ich gehe davon aus, dass wir die Gelegenheit bekommen werden.

Die breite Verankerung in zivilgesellschaftlichen Gruppen hat dem Landesprogramm gut getan. Vor allem aber hat der analytische Ansatz der sogenannten "Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit", der auch in der Wissenschaft große Akzeptanz gefunden hat, dem Landesprogramm die Basis geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir reden hierbei aber über weit mehr als nur über Rechtsextremismus, so auch darüber, wo dieser eigentlich herkommt und was die Basis für ihn darstellt. Diese Basis liegt bei Themen wie Rassismus, Chauvinismus und Diskriminierung. Hier setzt die grüne Kritik an. Die Themen Antidiskriminierungsgesetz und Schutz vor Diskriminierung in unserer Gesellschaft rutschen ein wenig an den Rand, zumindest im aktuellen Fokus. Es kann bei einem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus aber nicht nur darum gehen, gegenüber Rechtsextremen zu sensibilisieren, sondern man muss auch darüber sprechen, welche Gedanken den Weg dafür bereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Ich glaube, dass das immer mitgedacht wird, aber es fehlt an konkreten Maßnahmen und Ideen. Die Weiterentwicklung und Umsetzung wird ein Prozess bleiben, und deswegen weise ich auf diesen nicht unwichtigen Punkt hin. Von Diskriminierung sind vor allem Menschen mit Migrationshintergrund betroffen. Ein Träger hat dafür ein spezielles Beratungsangebot. Dessen Fälle lagen im Jahr 2011 bei der Zahl 60, und in 2012 ist sie schon auf knapp 100 gestiegen. Das bedeutet, dass es weiteren Bedarf gibt und dass wir dieses Angebot nicht aus den Augen verlieren dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es ist zwar gut, dass es eine Finanzierung für 2014 gibt, aber es wird unsere parlamentarische Aufgabe sein, auch für die nachfolgenden Jahre für eine feste Finanzierung zu sorgen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Selbstverständlich!*)

Die Formulierung von "Hamburg bekennt Farbe" zu "Hamburg – Stadt mit Courage" finde ich gut. Die Courage müssen wir natürlich noch zeigen. Sie zeigt sich nicht nur in Programmen, sondern im Handeln. Man muss sich selbst kritisch sehen, und wir müssen über unseren Umgang mit ethnischen Gruppen und den immer wieder entstehenden Streit diskutieren, inwiefern das Handeln der Behörden möglicherweise von – vorsichtig formuliert – wenig interkultureller Kompetenz geprägt ist. Wir müssen auch darüber diskutieren, was rassistisch und was diskriminierend ist.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das hängt zusammen, und wir können nicht nur sagen, dass alles im Landesprogramm steht, sondern wir müssen dieses Programm zum Leben erwecken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir sind auf einem guten Weg, und ich wünsche mir, dass der große Zusammenhalt, der zur Erstellung des Landesprogramms beigetragen hat und seine Impulse hineingegeben hat, weiterhin besteht und dass wir als Parlament dazukommen. Dann kann es richtig gut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun bekommt Herr Jarchow das Wort.

**Carl-Edgar Jarchow FDP:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Nittrich, erlauben Sie mir vorab die Bemerkung, dass wir als Freie Demokraten das gestern vorgestellte Landesprogramm grundsätzlich begrüßen. Es geht in die richtige Richtung. Trotzdem waren wir etwas erstaunt, bei der Anmeldung der SPD für die heutige Aktuelle Stunde das Thema in dieser Form vor-

**(Carl-Edgar Jarchow)**

zufinden, da ein konkreter Anlass für eine ausführliche Diskussion im Hause erst dann besteht, wenn die Senatsdrucksache vorliegt. Konkreten Anlass gäbe es aktuell eher dazu, die offensichtlich fehlenden Antworten des Senats auf die Welle politisch motivierter Kriminalität mit linksextremistischem Hintergrund zu erörtern, die Hamburg und seine Bürger gegenwärtig überrollt und unsere Sicherheitsbehörden an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit führt. Von diesem Problem bei der Extremismusbekämpfung darf nicht abgelenkt werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nach unseren Informationen ist die Senatsdrucksache mittlerweile fast fertig, und wir hoffen, dass wir sie in Kürze in der Bürgerschaft diskutieren können. Was soll es uns also bringen, hier und heute dieses Thema zu beraten, kurz bevor die betreffende Drucksache vorliegt? Das erschließt sich uns nicht.

Nach den uns bekannten Inhalten der Drucksache zum Landesprogramm wäre es allerdings durchaus verständlich, die Debatte vorzuverlagern.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Sagen Sie doch mal was zum Thema!)

– Ich bin gerade dabei, liebe Frau Schneider.

Leider wurden die wesentlichen Defizite der bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus in Hamburg und Norddeutschland aus unserer Sicht zu wenig berücksichtigt. Wir Freien Demokraten haben im Laufe dieser Legislaturperiode während der Haushaltsberatungen und bei verschiedenen anderen Anlässen deutlich gemacht, was für wirksames Handeln gegen politischen Radikalismus, insbesondere denjenigen von der rechten Seite, notwendig und wichtig wäre. Es bringt nichts, unter diesem Etikett mit der Gießkanne möglichst viel Steuergeld in der Stadt zu verteilen. Die erhebliche Aufstockung der Mittel im Haushalt ohne Vorliegen eines tragfähigen Konzeptes wird die Lage nicht spürbar verbessern können. Um Rechtsradikale und deren Aktivitäten wirksam zu bekämpfen, kommt es darauf an, Behördenressourcen und finanzielle Zuwendungen an Akteure der Zivilgesellschaft zielgerichtet und ergebnisorientiert einzusetzen. Das anzustrebende Ergebnis sollte dabei vernünftigerweise die Bekämpfung der rechtsextremistischen Aktivitäten selbst und nicht die Alimentation konkurrierender politischer Gruppen sein.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dabei wirkt sich offenbar der zugrundeliegende Fehlansatz aus, die Federführung für das Landesprogramm in die Behörde für Soziales und Arbeit zu geben, obwohl wirksame Maßnahmen eigentlich in die klassischen Handlungsfelder von Innen- und Schulbehörde fallen würden.

Wir haben außerdem immer wieder darauf hingewiesen, dass finanzielle Zuwendungen aus Steuergeldern nicht solchen Organisationen und Akteuren zufallen dürfen, die sich im Umfeld oder in der Nähe von Kräften bewegen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eingestellt sind.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir brauchen ein wirksames, zielorientiertes Vorgehen des Staates gegen die Gefahren von politischem Extremismus und politisch motivierter Gewalt, das stets daraufhin zu überprüfen ist, ob es zielführend ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Özdemir, Sie haben das Wort.

**Cansu Özdemir DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir den Landesaktionsplan zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus begrüßen. Wir können zwar sehen, dass die Zahl der Personen, die rechtsextremen Parteien und Organisationen angehören, in Hamburg stetig zurückgeht. Das ist jedoch für uns kein Grund zur Beruhigung, weil wir wissen, dass Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild zu schlimmen Taten fähig sind. Das haben uns die Grausamkeiten der Vergangenheit und Gegenwart deutlich gemacht, so die NSU-Mordserie, der Mord an Süleyman Taskoprü in der Schützenstraße, der Brandanschlag in Mölln, die Vorfälle in Lichtenhagen und Hoyerswerda oder aber Alberto Adriano, der im Jahr 2000 in Dessau von rechtsextremen Menschen zu Tode geprügelt wurde. Gerade vor dem Hintergrund solcher schrecklichen Taten sind gesellschaftliche Präventionen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus wichtig und notwendig, denn die Gefahr von rechts darf nie wieder unterschätzt werden.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD und der FDP)

Es ist lobenswert, dass das Landesprogramm das Phänomen der "Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" als Ansatz wählt und deutlich macht, dass verschiedene Formen von Menschenfeindlichkeit miteinander zusammenhängen und einen gemeinsamen Kern besitzen. Der Kern des Syndroms ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Im Landesprogramm sind auf Basis empirischer Analysen in Deutschland zwölf Elemente des Syndroms angegeben. Sie wurden von sieben auf zwölf erhöht. Dazu gehören neben Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auch die Abwertung von obdachlosen, langzeitarbeitslosen

**(Cansu Özdemir)**

und behinderten Menschen sowie Homophobie, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und Antisemitismus. Auch die Gewalt gegen Obdachlose und die Stimmungsmache gegen Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünfte machen die Abwertung deutlich. Wir können diese Abwertung heute sehen, und auch hier darf die "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" nicht unterschätzt werden, denn sie nimmt laut einer Langzeitstudie zu.

Das Syndrom und seine empirischen Analysen machen deutlich, dass es sich nicht um ein Problem handelt, das am Rande der Gesellschaft existiert, sondern das aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Viele Betroffene können das Problem nicht als Rassismus oder Diskriminierung benennen, weil daraufhin eine Abwehrreaktion erfolgt. Es muss aber deutlich werden, dass es genug Ereignisse, Vorfälle und auch aktuelle Erfahrungen gibt, die das Problem bestätigen. Auch in der Alltagssprache gibt es Rassismus und Diskriminierung. Sprache ist jedoch veränderbar, genau wie die Gesellschaft auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb muss das Problem, wenn es sich um Rassismus oder Diskriminierung handelt, benannt werden. Es muss darüber gesprochen werden, ohne dass man auf eine empörte Abwehrreaktion stößt und zu hören bekommt, man sei empfindlich. Wenn Probleme benannt werden, können sie aufgearbeitet und in Zukunft verhindert werden. Dass einer der Schwerpunkte des Programms lautet, Kinder und Jugendliche zu fördern und zu sensibilisieren, ist gut, denn Kinder eignen sich ein Grundgerüst von Normen und Werten an. Gerade heute, wo Facebook und Twitter sowie das Internet allgemein eine zentrale Rolle im Leben der Kinder und Jugendlichen spielen, ist es wichtig, die Medienkompetenz mit Blick auf rechtsextreme Inhalte zu erhöhen.

Wir sehen auch, dass die interkulturelle Öffnung weiter vorangetrieben werden muss. Dass einige Menschen mit Migrationshintergrund in den Behörden eingesetzt werden, reicht nicht aus. Es müssen auch interkulturelle Schulungen verbindlich gemacht werden, das heißt, interkulturelle Kompetenzen müssen Pflicht werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ein Beschwerdemanagement einzuführen ist richtig, aber die gemeldeten Vorfälle sollen wirklich ernst genommen werden und nicht im Sande verlaufen. Bei den interkulturellen Schulungen, die im öffentlichen Dienst durchgeführt werden, ist es eine Sache, sich die interkulturellen Kompetenzen anzueignen. Die andere Sache ist aber, die Arbeitsweisen kritisch zu reflektieren und sich ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Cansu Özdemir** DIE LINKE (fortfahrend): – Ich komme zum Schluss.

Wir finden den Landesaktionsplan richtig, aber es gibt noch viel aus der Vergangenheit aufzuarbeiten und auch vieles zu bekämpfen. Durch die Vorfälle wurden Spuren hinterlassen, die wir nicht zu decken dürfen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit**: Das Wort bekommt nun Herr Senator Scheele.

**Senator Detlef Scheele**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist eine weltoffene Stadt, die – ich zitiere aus der hamburgischen Verfassung –

"im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein [will]."

Unsere Stadt ist seit jeher von einem großen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagement für Toleranz und einem demokratischen Miteinander geprägt, und ich kann auch heute feststellen, dass Hamburg zum Glück keine Hochburg des Rechtsextremismus ist. Die Zahl der bekannten Straftäter, darauf haben schon mehrere hingewiesen, geht jährlich zurück, und die NPD feiert Wahlerfolge auf einem Niveau, das niedriger kaum sein könnte: Es fiel von 1 Prozent auf 0,6 Prozent.

Im Grunde ist also alles in Ordnung. Gleichwohl tut die Gesellschaft der Stadt gut daran, das Engagement gegen Rechtsextremismus auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Basis zu festigen und zu stabilisieren. Die Erfolge sind kein Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, und deshalb ist dieser Landesaktionsplan entstanden. Das Engagement gegen Rechtsextremismus ist weiterhin notwendig, und wir werden es auch kontinuierlich fortführen. Auf dem Rathausmarkt, auch darauf wurde hingewiesen, folgten am 2. Juli des letzten Jahres über 10 000 Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf des breiten gesellschaftlichen Bündnisses "Hamburg bekennt Farbe", dem auch alle Fraktionen dieses Hauses angehören. Dies hat gezeigt, dass es einen demokratischen Konsens der Zivilgesellschaft darüber gibt, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger zu derselben Gemeinschaft gehören und dass für menschenfeindliche Einstellungen in dieser Stadt kein Platz ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Nun zeigen wir mit einem Landesprogramm, dass menschenfeindliches und rechtsextremistisches

**(Senator Detlef Scheele)**

Gedankengut in einer weltoffenen Metropole wie Hamburg nicht hingenommen wird, und wir verknüpfen die diversen Aktivitäten und Ansätze in unserer Stadt, um dem Rechtsextremismus auf Dauer den Nährboden zu entziehen. Es geht uns vor allen Dingen um Prävention, aber auch um Engagement und Courage aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb haben wir das Programm mit dem Titel versehen, der mir ausgesprochen gut gefällt: "Hamburg – Stadt mit Courage".

Wir haben vier Handlungsschwerpunkte. Zum einen geht es darum, Kinder und Jugendliche zu fördern und zu sensibilisieren. Zum Zweiten geht es darum, Institutionen zu unterstützen und Betroffene zu stärken. Drittens geht es darum, die Vernetzung zu fördern und Kompetenzen zusammenzuführen. Und viertens geht es darum, Vorurteilen und Anfeindungen im öffentlichen Raum zu begegnen und vorzubeugen.

In den Handlungsschwerpunkten werden bestehende, erfolgreiche Maßnahmen zusammengeführt wie beispielsweise das Beratungsnetzwerk und das "Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus" sowie viele Maßnahmen in Bildung und Kultur. Darüber hinaus werden neue Maßnahmen auf den Weg gebracht. Neue Maßnahmen sind zum Beispiel die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte in Bürger- und Sportvereinen, Angebote, die den Ausstieg vom Einstieg, also während der Hinwendungsphase, ermöglichen sollen – das gibt es bisher nicht –, Qualifizierung von Opferberatungsstellen und Einrichtungen der Jugendhilfe im Umgang mit Opfern rechtsextremistischer Gewalt sowie verstärkte, länderübergreifende Zusammenarbeit in Norddeutschland.

Der Titel des Landesprogramms "Hamburg – Stadt mit Courage" unterstreicht, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Nicht nur der Staat und die Verwaltung sind hier gefragt, vielmehr ist in weiten Teilen die Zivilgesellschaft gefordert, also fast alle Einrichtungen und Organisationen, die das religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben prägen und gestalten sowie alle Bürgerinnen und Bürger.

Das Landesprogramm – Frau Möller hat darauf hingewiesen – ist in einem breit angelegten Beteiligungsverfahren mit vielen Organisationen, Gremien und Bürgerinnen und Bürgern entstanden. Dabei ergab sich früh sowohl vonseiten der Politik als auch vonseiten der Wissenschaft eine Unterstützung für den Ansatz, neben der Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus insbesondere rechtsextremen und menschenverachtenden Einstellungen und Handlungen in allen Teilen der Gesellschaft entschlossen entgegenzuwirken und damit auf eine inklusive Gesellschaft hinzuwirken. Zudem sollten mit dem Landesprogramm bewährte

Maßnahmen gesichert und bestehende Angebotslücken geschlossen werden.

Mit Blick auf die Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen des Berichts des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags ist für Hamburg anzumerken, dass dieser sich weitgehend auf die sicherheitsbehördlichen Aspekte bezieht. Darauf wird die Behörde für Inneres und Sport als zuständige Behörde gesondert eingehen. Aber auch in den Bereichen Prävention, Intervention, Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Demokratieförderung fordert der Bericht verstärkte und neue Aktivitäten. Das sind neben einer Aufstockung und Verstärkung des Bundesprogramms "TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN" insbesondere eine verstärkte Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements, eine Unterstützung der Opferberatung und eine ausstiegsorientierte Jugendarbeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Zu den letzten drei Handlungsfeldern sieht das Landesprogramm explizit neue Maßnahmen vor. Insofern können wir sagen, dass wir in Hamburg im Bereich der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus mit wesentlichen Erkenntnissen aus dem NSU-Ausschussbericht auf einer Linie sind und dessen Forderungen auch erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat erachtet die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als wesentlich für unsere demokratische Kultur. Daher sollen die begleitenden Gremien regelmäßig über den aktuellen Stand der Umsetzung informiert werden. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang – auch das ist gesagt worden – dem Kreis der Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner des Aufrufs "Hamburg bekennt Farbe" vom 2. Juni 2012 zu sowie dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Von diesen beiden Gremien soll das Landesprogramm mindestens einmal im Jahr beraten werden, um es bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auf die aktuellen Problemlagen sowie Handlungsbedarfe verlässlich und zeitnah zu reagieren. Wir wollen dort auch darüber reden, zu welchem Thema unsere jährliche Fachtagung jeweils stattfinden soll.

Das Landesprogramm soll so immer wieder Anstoß für die Auseinandersetzung auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene mit dem Thema Rechtsextremismus und Menschenverachtung sowie Förderung der demokratischen Kultur in unserer Stadt sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller, Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE, und Christiane Schneider DIE LINKE*)

**Präsidentin Carola Veit:** Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich nicht. Dann kommen wir zum zweiten Thema, angemeldet von der CDU-Fraktion:

**Erkenntnisse und Chancen der international erfolgreichen Bauausstellung für Hamburg nutzen**

– Herr Wersich, Sie haben das Wort.

**Dietrich Wersich** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! An diesem Freitag ist das Präsentationsjahr der Internationalen Bauausstellung mit einer beeindruckenden Veranstaltung mit mehreren hundert Teilnehmern zu Ende gegangen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Und Teilnehmerinnen!)

Heute können wir feststellen, dass diese Internationale Bauausstellung und die Arbeit vieler Jahre, diese Investitionen in die Zukunft, sich gelohnt haben.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Die Erwartungen, die mit diesem Leitprojekt "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" und dem "Sprung über die Elbe" verbunden waren, haben sich mehr als erfüllt. Die IBA mit ihren über 60 Projekten und gleichzeitig die Entwicklung der Hafencity haben Hamburg zu einem der weltweit spannendsten Orte moderner Stadtentwicklung gemacht. Deshalb gilt unser Dank heute ganz besonders dem IBA-Chef Uli Hellweg und seinem Team sowie auch unserem Oberbaudirektor Jörn Walter, der das Ganze sehr intensiv begleitet hat.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Nun ist die Aktuelle Stunde nicht der Ort, an dem man dies umfassend würdigen und entsprechende Konsequenzen ziehen kann, und doch sollten wir heute nicht einfach so darüber hinweggehen. Hinter dem jetzt durchgeführten Präsentationsjahr standen mehr als sieben Jahre intensiver Arbeit. Dahinter stehen Kreativität und Milliarden Euro an Investitionen auf Handlungsfeldern, die nicht nur für Hamburg, sondern weltweit für die Städte entscheidende Bedeutung haben, nämlich die Verknüpfung von Klimaschutz, Ökologie und Bauen, die Verknüpfung von Bildung, sozialen Netzwerken und Architektur sowie die Entwicklung der Qualität des vielfältigen Zusammenlebens. Mit diesem Leitprojekt der wachsenden Stadt ist Hamburg seinem eigenen hohen Anspruch gerecht geworden, für die Fragen von morgen auch heute Antworten zu geben, die über die Stadt und über Deutschland, sogar in die ganze Welt hinausweisen.

Fast nebenbei, so möchte man sagen, hat die große Elbinsel Wilhelmsburg in der Mitte unserer

Stadt ein neues und attraktives Zentrum erhalten; das alles ist nicht zu unterschätzen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Robert Bläsing FDP*)

Es gab widerstrebende Interessen, es gab auch Proteste und Befürchtungen. Aber genau dieses Großprojekt ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie mit intensiver Bürgerbeteiligung ein Konsens geschaffen werden kann. Deswegen sage ich an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Akteure.

Für die CDU leiten wir vier Konsequenzen und Forderungen an den gegenwärtigen Senat ab.

Erstens: Die IBA hat gezeigt, wie Wohnen und Arbeiten wieder miteinander in der modernen Stadtentwicklung verbunden werden können. Das ist gut für die Durchmischung von Stadtteilen, das hilft gegen das Auseinanderdriften von Stadtteilen, und es ist wertvoll für eine reibungslose Mobilität, wenn Arbeitsstätte und Wohnort nicht immer weiter auseinanderliegen.

Zweitens: Die IBA hat gezeigt, wie innere Stadtränder, wie Metrozonen entwickelt und umgebaut werden können, und gleichzeitig, wie behutsam der Bestand an Gebäuden, aber auch die dort verwurzelten Menschen einbezogen und berücksichtigt werden können. Wir wollen, dass diese Erfahrung aus Wilhelmsburg auf ganz Hamburg angewendet wird, sowohl für den weiteren "Sprung über die Elbe", aber auch dort, wo sich Nutzungen ändern, wie in der Neuen Mitte Altona, bis hin zur Übertragung auf die Stadtteile der östlichen City wie Rothenburgsort, Hamm und Horn, die noch heute von den Folgen des Zweiten Weltkriegs gezeichnet sind. Dort liegen Chancen für unsere Stadt, dort liegen Potenziale für eine urbane Lebensqualität. Lasst uns das aus Wilhelmsburg übertragen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: die erfolgreiche Verknüpfung der Politik von Stadtentwicklung mit Bildung, Kultur und Sozialem in enger Kooperation mit den Bezirken. Diese ganzheitliche Politik, dieses Überwinden der Gegensätze, das Zusammenbinden von Interessen, das alles entscheidet heute über die Qualität ganzheitlicher politischer Ansätze. Wir fordern, dass dies mit unverminderter Intensität fortgesetzt und auf andere Stadtteile ausgeweitet wird, auch wenn die Sonderbedingungen der IBA nicht fortbestehen.

Meine Damen und Herren! Wir hören leider aus manchen Stadtteilen, dass alte Egoismen der Behörden und ihrer Zuständigkeiten mehr und mehr die kooperative Zusammenarbeit ablösen. Das ist eine gefährliche Nebenwirkung einer Haushaltspolitik, die nach dem Schema F alle Behörden gleichmäßig unter Druck setzt, sodass am Ende wieder jeder nur an sich selbst denkt. Lassen Sie das

**(Dietrich Wersich)**

nicht zu, nehmen Sie den Schwung aus dem Leitbild der Metropole "Hamburg – Wachsende Stadt" und den Schwung aus der IBA mit, erlahmen Sie nicht, damit Hamburg nicht wieder im Dornröschenschlaf versinkt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat jetzt Herr Kienscherf.

**Dirk Kienscherf SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Wersich, das war eine zu 90 Prozent wirklich angemessene Rede. Auch wir glauben, dass der "Sprung über die Elbe" mit dem Projekt der IBA geklappt hat, und diese Stadt kann zu Recht stolz auf dieses Projekt sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich will nicht all das wiederholen, was Sie schon angemerkt haben, nämlich dass wir über viele Jahre etwas entwickelt haben, das deutschlandweit einmalig war. Es sind über 60 Projekte, Sie haben schon darauf hingewiesen. Wir haben Grünflächen von 70 Hektar plus der igs-Fläche von 100 Hektar angefasst und umgestaltet. Wir haben viele innovative Bauobjekte geschaffen.

(Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Und wir haben es geschafft – das ist sehr, sehr wichtig –, dass die Mitte, die Elbinsel Wilhelmsburg, in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung und positiv in den Mittelpunkt des Bewusstseins unserer Bürgerinnen und Bürger gerückt ist. Das ist der große Verdienst.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Schwung müssen wir aufnehmen. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir klargestellt haben, dass wir bis 2020 1 Milliarde Euro in diesen Raum investieren werden – in den Bereich Veddel, in den Bereich Wilhelmsburg und in den Bereich Harburg.

Es sind zwar städtische Gelder in die Elbinsel geflossen, wir hatten aber viele private Investoren und vor allen Dingen die Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger, die sich vor Ort engagiert haben, die über viele Jahre diesen Prozess begleitet und letztendlich dafür Sorge getragen haben, dass dieses Superergebnis herausgekommen ist, und denen gilt unser Dank.

(Beifall bei der SPD)

Was wir auch lernen können – ich will nur auf ein Projekt eingehen und nicht auf diese vielen einzelnen Projekte, die Sie eben schon angesprochen haben –, ist, dass wir hier einen sozialen Wandel herbeigeführt haben, ohne dass es zu Verdrängung oder drastischen Mietsteigerungen kommt.

Wir haben es dagegen geschafft, einen sozial verträglichen Wandel zu schaffen. Das ist unsere Form von Stadtentwicklungspolitik, nämlich Stadtteile für alle Menschen zu haben, eine Aufwertung, aber keine Ausgrenzung.

(Beifall bei der SPD)

Das sieht man insbesondere am Beispiel des Weltquartiers, bei dem SAGA GWG über 100 Millionen Euro investiert und Hunderte von Wohnungen modernisiert haben. Wir werden dort künftig einen Mietpreis von 5,60 Euro haben und eine Mietpreisbindung bis zum Jahr 2040. Das, Herr Wersich, unterscheidet uns dann doch ein wenig von Ihnen. Aber wir nehmen das mit, was wir in Wilhelmsburg gelernt und gesehen haben. Wir wollen an vielen anderen Orten in dieser Stadt neuen Wohnungsbau betreiben, aber wir wollen, dass jeder Stadtteil ein Stadtteil für alle bleibt beziehungsweise wird. Jeder Mensch muss sich in dieser Stadt dort aufhalten können, wo er möchte. Wir dürfen die ärmeren und einkommensschwachen Haushalte nicht an die Stadtränder verdrängen. Das müssen wir mitnehmen von der IBA.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen investieren wir in den Wohnungsbau und bauen jedes Jahr 2000 neue Sozialwohnungen. Darüber hinaus – das haben Sie auch schon angesprochen, es ist mir fast schon peinlich, dass ich mich so oft auf Sie beziehe –

(*Dietrich Wersich CDU:* Sind ja unsere Projekte!)

sind die Themen Bildung und soziokulturelle Verknüpfung, der Abbau von Barrieren zwischen den einzelnen Kulturen ganz wichtige Faktoren für die Weiterentwicklung der Stätten für morgen und die Weiterentwicklung von Hamburg. Die Investitionen in Wilhelmsburg in Bildung und Bildungszentren, in Sport und Bewegung, in Elternschulen und neue Schulen wollen wir fortsetzen. Es ist wohl sehr deutlich geworden, dass Schulbau Hamburg dabei ist, viele 100 Millionen Euro in bessere Bildung zu investieren und damit in bessere Chancen für alle Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Und wir machen weiter bei der sozialen Stadtentwicklung. Wir sind dabei, zusammen mit den vielen Menschen in dieser Stadt in den einzelnen Stadtteilen Regionen zu entwickeln. Sie haben zu Recht den Hamburger Osten angesprochen. Dort ist eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Deutschlands. Im Bereich Horn und Billstedt entwickeln wir mit den Menschen gemeinsam neue Perspektiven für das Quartier, und das wollen wir fortsetzen.

Wir wollen auch fortsetzen – dazu dient auch der Quartiersfonds, den wir eingebracht haben –, dass diese Beteiligungsprozesse, die eigentlich auslau-

**(Dirk Kienscherf)**

fen sollten, weitergeführt werden und wir es so schaffen, die Menschen vor Ort mitzunehmen und private und auch städtische Investoren zusammenzubringen. Das ist zum Wohle der Stadt, und auch das haben wir aus der IBA gelernt.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt können wir feststellen, dass die IBA zu Ende geht, die Projekte jedoch bleiben. Die Scharnierfunktion zwischen Nord und Süd, die Wilhelmsburg eingenommen hat, ist gestärkt worden. Wir wollen dort weitermachen mit einer weiteren 1 Milliarde Euro, und wir wollen weiterhin in vielen anderen Stadtteilen kleine IBAs schaffen und in Bildung und Wohnungsbau investieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat Herr Duge das Wort.

**Olaf Duge GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist nach dem Erfolg und dem Nutzen gefragt worden. Wenn wir den Nutzen messen, dann kann man natürlich verschiedene Maßstäbe anlegen, mit denen man den Nutzen und den Erfolg dieser Internationalen Bauausstellung bewerten kann.

Man kann sich einmal ansehen, was Wilhelmsburg war, bevor der Prozess der IBA einsetzte, und den Maßstab dann daran legen, wie Wilhelmsburg heute aussieht. Wir können aber auch daran messen, welche Vorstellungen wir entwickelt hatten, und zwar durch die verschiedenen Bürgerbeteiligungen in der Zukunftskonferenz. Und man wird dann sehen, dass die Internationale Bauausstellung eine große Anzahl von Projekten umgesetzt hat, dass es aber auch Grenzen gegeben hat, bei denen die IBA letztlich nicht das erfüllen konnte – vielleicht auch nicht, weil sie von der Konzeption her so angelegt war –, was erwartet wurde. Ich habe die IBA immer als einen Auftakt gesehen, einen Prozess, der diesen Stadtteil weiterentwickeln soll und die zweifellos vernachlässigten Potenziale auf dieser Elbinsel zum Aufwachsen bringen soll. Ich denke, dafür hat die IBA eine ganze Menge getan. Ohne diesen Prozess der IBA glaube ich nicht, dass solche Kräfte auf das Präsentationsjahr entwickelt und gebündelt worden wären. Ich glaube auch nicht, dass das Geld zusammengekommen wäre, um die Projekte zu finanzieren, die wir schon haben oder die noch in der Entwicklung sind. Deshalb ist die Frage nach dem Nutzen wichtig, ob die IBA die richtigen Themen angefasst hat und ob sie uns etwas geliefert hat, was wir für andere Stadtteile und die zukünftige Entwicklung gebrauchen können.

Was im Rahmen der IBA zustande gekommen ist, ist schon bemerkenswert. Das bestätigt sowohl die Wahrnehmung der Wilhelmsburgerinnen und Wil-

helmsburger als auch die Wahrnehmung vieler Besucher aus Hamburg und von außerhalb. Am offensichtlichsten ist das natürlich immer an den Bauten zu ersehen. Vieles jedoch von dem, was die IBA geschaffen hat, bleibt unsichtbar in den sozialen Strukturen, die nicht so leicht zu erkennen sind und sich erst bei einer genaueren Beschäftigung damit offenbaren.

Wir sehen vielversprechende Antworten zum Thema Stadt im Klimawandel, den Weg zu einer dezentralen, autonomen Versorgung mit Strom mit der Zielsetzung Ende 2020 und dann Ende 2040 die autonome, regionale Versorgung mit Wärme. Dazu sind einige Projekte verwirklicht worden, die sichtbar und erkennbar sind und viel Interesse in der internationalen Öffentlichkeit gefunden haben. Denn nicht nur Hamburg, sondern alle großen Städte haben mit dem Problem des Klimawandels zu kämpfen und suchen nach Antworten, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Wir sehen auch Antworten, die es sicher weiter zu bearbeiten und zu diskutieren gilt, beispielsweise die Frage, wie denn die inneren Quartiere gestaltet werden sollen und die Frage der Verdichtung. Sie wird in vielen anderen Stadtteilen sicherlich in Zukunft ein wichtiges Thema sein. Es geht um eine Veränderung und einen Wandel von Stadtteilen, ohne Lebensqualitäten zu verschlechtern, sondern sie im Gegenteil weiterzuentwickeln und zu verbessern mit öffentlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel die Sporthalle oder die grünen Bereiche.

Gleichzeitig gilt es, neue Lebensentwürfe der Menschen zu berücksichtigen und zu registrieren, dass die Arbeitswelt sich zunehmend verändert. Leben, Wohnen und Arbeiten gehören zusammen, und dies muss auch in der Quartierskonzeption mit untergebracht werden. Auch hierzu gibt es Antworten, die an einigen Stellen sehr gut sichtbar sind; ich möchte nur den Welt-Gewerbehof nennen.

Eine Frage, die damit zusammenhängt, ist die nach der Verkehrssituation und dem, was sich dadurch verändert. Hier sind dann auch die Grenzen der IBA erreicht, denn hier sind Antworten zu finden, die über das Quartier hinausgehen und gesamthamburgisch gelöst werden müssen. Da erwarte ich ein wenig mehr Einsatz vom Senat, solche Lösungen anzubieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat Frau Suding das Wort.

**Katja Suding FDP:\*** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem letzten Wochenende ist die Internationale Bauausstellung Geschichte, und zwar eine sehr beeindruckende, wie ich finde. Es ist eine Geschichte, auf die Hamburg

**(Katja Suding)**

stolz sein kann und die die betreffenden Stadtteile sicherlich verändert hat.

Über 420 000 Besucher wurden im Präsentationsjahr bei circa 3500 Führungen, vielen Veranstaltungen, Ausstellungen und Kongressen gezählt. Unter den Gästen waren Stadtplaner aus China und den USA, Architekten aus Skandinavien und Südkorea und Hochschulen und Stadtverwaltungen aus ganz Deutschland und sogar Europa. Sie alle kamen nach Hamburg, um die IBA zu besuchen, um von ihr zu lernen und neue Erkenntnisse in ihren Heimatregionen umzusetzen.

Zur Geschichte gehört auch – und das ist für Hamburg von enormer Bedeutung –, dass diese Bauausstellung in Stadtteilen realisiert wurde, die noch vor sieben Jahren als soziale Brennpunkte verschrien waren. Das Image von Wilhelmsburg, von Harburg und der Veddel hat sich durch die Bauausstellung extrem gewandelt, es ist positiver geworden. Die Vorbehalte der Hamburger, so meine ich zu erkennen, haben sich verringert. Viele können sich inzwischen sogar vorstellen, südlich der Elbe zu leben.

*(Sören Schumacher SPD: Sind ja auch Hamburger!)*

Besonders treffend hat es die "Neue Osnabrücker Zeitung" vor ein paar Tagen formuliert. Sie hat geschrieben, dass Wilhelmsburg zum Weltquartier erwachse. Wer hätte sich 2006 eine solche Schlagzeile vorstellen können?

Meine Damen und Herren! Insgesamt wurde in den letzten sieben Jahren etwa 1 Milliarde Euro in circa 63 Projekte investiert, und mehr als 700 Millionen Euro davon stammen von privaten Investoren. Privatinvestitionen in dieser Größenordnung wären vor der IBA und vor allen Dingen ohne die IBA sicherlich undenkbar gewesen. Mit den Investitionen wurden unterschiedlichste Projekte umgesetzt, vom Neubau einer Schule über die Sanierung und Umnutzung einer alten Mühle bis hin zur Schaffung eines Gewerbehofs. Bei meinen Besuchen auf der IBA hat mich besonders die intelligente Algenfassade beeindruckt. Auch wenn das sicherlich kein Modell ist, das absehbar unser Stadtbild prägen wird, so zeigt es doch, welche Möglichkeiten uns künftig bei der Integration moderner Technologien der Energieerzeugung beim Haus- und Wohnungsbau offenstehen, auch ganz abseits der inzwischen schon klassischen Fotovoltaik.

Sicherlich gibt es bei den teilweise erst in diesem Jahr vollendeten Projekten wie der Lotsekaipromenade oder den bislang gar nicht umgesetzten Projekten wie der Brücke zur Schlossinsel auch einige kleine Wermutstropfen, die allerdings den Erfolg der IBA insgesamt nicht schmälern sollten.

Wirklich ärgerlich waren für uns allerdings die Vorgänge um die Kostensteigerungen bei den Projekten des Energiebergs und des Energiebunkers. Ob

diese Ausgaben tatsächlich unter der Prämisse der sparsamen Haushaltsführungen entstanden sind, müssen wir bis heute sehr ernsthaft bezweifeln.

*(Beifall bei der FDP)*

Für uns sollte es nun gemeinsam darauf ankommen, die Ergebnisse der IBA nicht einfach verpuffen zu lassen. Entscheidend ist es, die richtigen Schlüsse zu ziehen und die gesetzten Impulse für Hamburg, vor allem aber für Wilhelmsburg zu nutzen. Es hat sich gezeigt, dass die befürchtete Gentrifizierung nicht eingetreten ist. Im Rahmen der IBA ist es gelungen, einen Stadtteil aufzuwerten, ohne die angestammte Bevölkerung zu verdrängen. Die Mietpreise sind nach wie vor weit unter dem Durchschnitt anderer Bezirke, und die von manchen geschürte Angst vor Veränderungen oder dem Verlust von Eigenheiten und Charakteristika von Stadtteilen hat sich als schlechter Ratgeber erwiesen.

*(Beifall bei der FDP)*

Ein Punkt ist mir darüber hinaus noch wichtig. Die bisher etablierten Varianten der Bürgerbeteiligung wie der Beirat zur Stadtentwicklung Wilhelmsburg oder die Sanierungsbeiräte müssen auch weiterhin genutzt und sogar weiterentwickelt werden. Wir sollten auch darüber nachdenken, wie wir diese Form der Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung auch in anderen Stadtteilen noch besser nutzbar machen können.

Wenn Hamburg weiter wachsen will, dann müssen wir nicht nur bestehende Quartiere weiter verdichten, sondern wir müssen auch neue Viertel entwickeln. Der "Sprung über die Elbe" bietet dafür hervorragende Voraussetzungen, und er hat durch die IBA einen deutlichen Schub erfahren. Diesen Weg sollte die Stadt weitergehen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der FDP)*

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

**Heike Sudmann DIE LINKE:\*** Die IBA ist zu Ende und ich glaube, sie war in vielen Punkten interessant. Sie hat sehr viele Hoffnungen und Erwartungen auf sich gezogen, die größtenteils nicht eingetreten sind, und es gab viele Befürchtungen, die teilweise eingetreten sind. Es ist schwer, eine knappe Woche nach dem Ende zu sagen, wie sie wirklich gewirkt hat, denn viele Projekte brauchen noch eine ganze Zeit, bis sie in ihren Folgen auszumachen sind.

*(Beifall bei Tim Golke DIE LINKE)*

Die IBA wurde und wird gern als ein Labor der Stadtentwicklung bezeichnet. In einem Labor der Stadtentwicklung erwarte ich, dass neue Prozesse angestoßen werden und neue Entwicklungen ein-

**(Heike Sudmann)**

treten, ohne dass die Versuchskaninchen dabei hopsgehen.

Es gibt zwei Punkte, auf die ich gern eingehen und den Fokus der Bürgerschaft für die Zukunft lenken möchte. Ein Punkt ist die Aufwertung ohne Verdrängung, das hat Bürgermeister Scholz als ein Ziel ausgegeben. Im Gegensatz zu meinen Vorrednerinnen und Vorrednern glaube ich nämlich nicht, dass hier keine Gentrifizierung stattfindet; dazu sage ich gleich etwas.

Der zweite Punkt ist die Beteiligung. Und bei der Beteiligung ist von der IBA auch erwartet worden, dass sie über ein Phänomen hinausgeht, das wir eigentlich immer kennen, nämlich die Beteiligung der überwiegend weißen, deutschen Mehrheitsbevölkerung. Da hätte die IBA wesentlich mehr leisten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Abschlussveranstaltung waren einige von Ihnen mit mir anwesend. Sie war so gedacht, dass es zu allen Themenfeldern Expertinnen und Experten gab, immer jedoch auch Kritiker und Kritikerinnen oder Menschen, die vor Ort aktiv waren. Es war auffällig, dass es nicht eine einzige Person mit migrantischem Hintergrund gab. Es gab keine Vertreterin und keinen Vertreter, der aus migrantischen oder anderen Vereinen kam, die im Stadtteil aktiv sind, und der dort etwas gesagt hätte. Dort ist wirklich etwas gescheitert, das hat die IBA nicht geschafft.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich wünsche mir, dass die Beteiligung in Wilhelmsburg ausgebaut wird. Es hat von den Aktiven vor Ort zu Recht die Kritik gegeben, man habe sie – fast bis zur Erschöpfung – beteiligt, aber man habe sie nicht wirklich mitreden lassen. Wenn die Beteiligung ausgebaut wird, muss dazu auch wesentlich mehr Entscheidungsmacht kommen, und ich sage bewusst: Macht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es ungeheuerlich finde, dass schon durchsickerte – da war die IBA noch nicht ganz zu Ende –, dass der Beirat, der nun wirklich gute Arbeit geleistet hat, zukünftig nicht mehr finanziert werden soll.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Das geht überhaupt nicht. Wir haben einen Beirat, der etwas macht und der auch migrantische Bevölkerungsteile mit einbezogen hat, und ihm soll der Geldhahn zgedreht werden. Was ist das denn für ein Abschluss für eine IBA?

(Beifall bei der LINKEN)

Bei den Mieten verstehe ich einen Punkt nicht. Meine Vorrednerinnen und Vorredner sagen im-

mer, es sei doch gar nicht so viel passiert, die Mieten seien nicht so stark angestiegen und in anderen Stadtteilen Hamburgs seien sie wesentlich höher. Niemandem, der in Wilhelmsburg eine günstige Wohnung hat, nützt es zu erkennen, dass in St. Georg oder St. Pauli die Mieten nicht so stark gestiegen sind. Da hinzuziehen, das hätte er oder sie sowieso nie bezahlen können. Ihr Maßstab ist da doch völlig schräge.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich wiederhole gerne noch einmal die Zahlen, die ich Ihnen schon im März genannt habe: Von 2006 bis 2010 sind laut IBA Strukturmonitoring die Mieten in Wilhelmsburg um 21 Prozent gestiegen. Im Jahr 2013 sind die Mieten laut Studie des Gymnasiums Ohmoor noch einmal um 19 Prozent gestiegen. Das werden sich viele Leute nicht leisten können. Dann können Sie nicht sagen, hier gebe es überhaupt keine Verdrängung. Das ist wirkliche Augenwischerei.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Aber es gibt noch Chancen. Wir wissen, dass Sie 5000 bis 6000 Wohnungen in Wilhelmsburg neu bauen wollen. Die Neubauten werden nicht alle günstig sein, aber wir haben dort die SAGA als eine der größten Vermieterinnen, und wir haben bei der SAGA viele Sozialwohnungen, deren Preisbindung ausläuft. Gerade bei diesen SAGA-Wohnungen besteht die Möglichkeit, die Sozialbindung zu verlängern. Das ist ein Ansatzpunkt, wo ich von der SPD erwarte, dass sie im nächsten Haushalt genau das hier tut. Und Sie haben eine weitere Möglichkeit – eigentlich sogar zwei –, die Wilhelmsburger Wohnverhältnisse, um die es hier auch geht, zu verbessern oder zu erhalten. Sie werden bitte schön keine Autobahn wie die Wilhelmsburger Reichsstraße bauen, die dann keine Bundesfernstraße mehr wäre wie jetzt, sondern die Sie als Autobahn ausbauen wollen, und die Hafenspanne braucht Wilhelmsburg erst recht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich stelle fest, dass es Erwartungen gab, die mit der IBA verknüpft waren und die erfüllt wurden. Es gab viele Erwartungen, die nicht erfüllt wurden, aber ein Großteil der Befürchtungen ist leider eingetreten. Deshalb darf Wilhelmsburg auf keinen Fall aus dem Fokus geraten, sondern Wilhelmsburg braucht weiterhin Unterstützung.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Frau Senatorin Blankau.

**Senatorin Jutta Blankau:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Sudmann, Wilhelmsburg hat auch in Zukunft

**(Senatorin Jutta Blankau)**

unsere Unterstützung, und die Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen sind in der großen Mehrheit stolz auf das, was in den letzten Jahren dort passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt übrigens auch für die Harburger,

(Beifall bei *Sören Schumacher* und *Karin Timmermann*, beide SPD)

weil die Internationale Bauausstellung und die "internationale Gartenschau" den Süden Hamburgs umfasst haben, und das waren die Elbinseln und Harburg. Wir können tatsächlich auf ein ereignisreiches und erfolgreiches Jahr zurückblicken. Das letzte Jahr war der Höhepunkt einer Entwicklung, die sieben Jahre lang auf der Elbinsel unter Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden hat.

In den Jahren 2006 bis 2013 hat Hamburg auf den Elbinseln und im Harburger Binnenhafen im Rahmen der IBA und der igs – es ist immer ein Gemeinschaftsprojekt gewesen, das von allen Bürgergesellschaftsparteien getragen worden ist – besondere und herausragende Anstrengungen für die Entwicklung in der inneren Stadt unternommen. Damit verbunden war ein wichtiger An Schub für den Paradigmenwechsel weg von der Siedlungsentwicklung im Speckgürtel hin zum Wachstum im Herzen der Stadt. Die Formate IBA und igs haben zudem dafür gesorgt, dass diese Maßnahmen von einer internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden und Hamburgs Vorreiterposition in Stadtentwicklung und Städtebau in der internationalen Wahrnehmung gefestigt wurde.

Daraus erwächst ein reichhaltiger Fundus aus Erfahrungen und Erkenntnissen, die wir für die weitere Entwicklung Hamburgs auch nutzen müssen und werden. Die IBA war ein Ausnahmezustand auf Zeit, der anders als die igs mit einer besonderen Ressourcenausstattung und mit neuen Ansätzen bei der Koordination und Kooperation von Verwaltung, Investoren und Projektentwicklern in kurzer Zeit das Erscheinungsbild der Elbinseln nachhaltig verändert hat. Nun kommt es darauf an, aus diesem Ausnahmezustand einen Normalzustand zu machen, der aber das Erreichte nicht nur bewahrt, sondern auch weiterentwickelt, denn Hamburg muss seine Chance nutzen und die Impulse der IBA auf den Elbinseln wie auch in Harburg nachhaltig sichern.

Lassen Sie mich kurz auf das eingehen, was durch IBA und igs entstanden ist, denn davon geht ein städtebaulicher, ein architektonischer, ein bildungspolitischer und ein kultureller Impuls aus, der weit über das Projektgebiet ausstrahlt und national wie international seine Wirkung finden wird. Das Labor für die Metropole des 21. Jahrhunderts – das war die IBA. Es hat die Bauausstellung in der Bauausstellung gegeben, und mit den drei Leitthemen Metrozonen, Kosmopolis und Stadt im

Klimawandel wurden die wichtigsten Herausforderungen treffsicher benannt, vor denen wir in der Stadtentwicklung im Allgemeinen stehen. Die IBA hat nicht nur die richtigen Fragen gestellt, sondern auch Antworten gegeben. Von den Gebäuden kann sich jeder vor Ort überzeugen. Manche äußern sich auch kritisch dazu, wie man am vergangenen Freitag mitbekommen hat.

Bei den neu entstandenen oder weiterentwickelten Netzwerken, zum Beispiel im Bildungs- und Kulturbereich, muss man schon genauer hinsehen, aber daraus sind auch Erkenntnisse abzuleiten, nämlich dass diese Netzwerke bewahrt werden müssen, und die Beteiligung der Menschen wird auch weiterhin stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens hat gerade die Arbeit mit den Menschen und für die Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen die Arbeit der IBA und das Besondere der IBA in Hamburg ausgemacht. Tatsächlich ist mehr als eine Milliarde öffentliches und privates Kapital in den sieben Jahren auf den Elbinseln investiert worden – für neue Wohnungen, für Modernisierungen wie im Weltquartier, für neue Bildungszentren, für Gewerberäume wie den Welt-Gewerbehof und tatsächlich auch für die Frei- und Grünflächen, die – darauf ist noch keiner eingegangen – ein besonderes Markenzeichen dieser IBA waren, und das nicht nur wegen des durch die igs entstandenen Wilhelmsburger Inselparks mit seiner rund 100 Hektar großen Fläche. Der Inselpark ist Zentrum eines Netzes von neu erschlossenen Grün- und Freiflächen. So hat die IBA die Insellage Wilhelmsburgs wieder erfahrbar gemacht. Deiche sind zugänglich gemacht worden und können als öffentlicher Raum für Freizeit und Erholung genutzt werden.

Meine Damen und Herren! Die soziale Infrastruktur ist mit Bildungszentren, Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen mit interkulturellem Schwerpunkt und Sport- und Schwimmhallen nachhaltig verbessert worden. Es gibt ein Zentrum für Künstler und Kreative, die technische Infrastruktur ist geschaffen worden wie der S-Bahnhof Wilhelmsburg mit der neuen Fußgängerbrücke, die neue Fährverbindung zur Ernst-August-Schleuse und der neue Radweg zwischen Altem Elbtunnel und dem Reiherstiegviertel. Freuen können sich die Wilhelmsburger im Übrigen noch über den Umbau und die Modernisierung des Einzelhandelszentrums am Berta-Kröger-Platz, was zwar kein originäres IBA-Projekt war, wohl aber im Windschatten der IBA entstanden ist.

Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Wilhelmsburg und die Elbinseln, der ganze Süden Hamburgs mit Harburg haben ein großes, vielfach ungenutztes Potenzial. Wenn die Wilhelmsburger Reichsstraße verlegt ist, bietet der Stadtteil Potenzial für weitere 5000 Wohneinheiten, und um ge-

**(Senatorin Jutta Blankau)**

nau dieses Potenzial zu nutzen, wollen und werden wir die IBA GmbH als Projektentwickler weiterführen, die gemeinsam mit den beiden Bezirken Harburg und Hamburg-Mitte die Insel weiterentwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Hier liegen die konkreten Chancen, die wir nutzen müssen, aber nicht nur das Gebaute eröffnet neue Perspektiven für die Elbinseln und für ganz Hamburg. Im Rahmen der IBA und der igs sind viele unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung und Mitwirkung erprobt worden. Insbesondere die Formate, Frau Sudmann, die sich um die Ansprache und Einbindung von Migranten und Migrantinnen bemüht haben, haben wertvolle Erkenntnisse gebracht, denn im Weltquartier hat die SAGA die Mieter und Mieterinnen direkt in den Sanierungsprozess einbezogen. Das ist ein Format der IBA, und das werden wir auch weiterhin anwenden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Entwicklung einer friedlichen und solidarischen Stadtgesellschaft tatsächlich die Beteiligung aller erfordert. Deswegen haben wir bereits 2011 das Format der Stadtwerkstatt entwickelt, das wir überall in der Stadt auch nutzen. Nachhaltige Quartiersentwicklung gemeinsam mit der multikulturellen Einwohnerschaft – auch das konnten wir von der IBA lernen.

Meine Damen und Herren! Ich könnte noch viele weitere praktische Beispiele nennen. So haben wir durch die IBA Erfahrungen darin gewonnen, wie wir Arbeiten, Wohnen und Freizeit auch in dafür ursprünglich nicht ideal gelegenen Arealen etablieren können. Es sind auch die Grenzen solcher Vorhaben deutlich geworden, weil Vorschriften an dieser Stelle häufig die Innenentwicklung hemmen. So geht es um mehr Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten. Diese Erkenntnisse bringen wir als Großstadtstrategie zurzeit auch in die Debatte auf Bundesebene ein.

Sie sehen, dass IBA und igs fortwirken. Wir werden die Chancen nutzen und das erworbene Wissen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Frau Stöver hat das Wort.

**Birgit Stöver** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der "Sprung über die Elbe" ist schon angeklungen. So viel Lob für CDU-Politik haben wir von einer SPD-Senatorin und dem Kollegen Kienscherf selten gehört.

(Beifall bei der CDU – *Jan Quast SPD:* Wir haben ja selten Grund dazu! – *Finn-Ole Ritter FDP:* Und das, ohne rot zu werden!)

Herr Kienscherf, und das haben Sie geschafft, ohne das Wort CDU einmal in den Mund zu nehmen. Aber ich habe es herausgehört. Sie haben "wir" gesagt ohne den Zusatz "Sozialdemokraten", also können wir das "wir" auch für die CDU mit verbuchen.

(Beifall bei der CDU)

Die IBA ist eines der beiden Vorzeigeprojekte des "Sprungs über die Elbe" gewesen, auf den ich jetzt etwas näher eingehen möchte. Zur Erinnerung: Dass die Zukunft Hamburgs im Süden liegt, hat bereits Ihr Bürgermeister Weichmann in den Sechzigerjahren erkannt. Aber weder er noch andere nachfolgende SPD-Senate haben ernsthaft an einer städtebaulichen Entwicklung des Hamburger Südens arbeiten lassen. Es musste erst die CDU kommen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

– Das habe ich erwartet.

Es bedurfte eines CDU-Senats und des Leitbilds der Wachsenden Stadt, um endlich anzufangen, dieses Potenzial zu heben.

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Verzeihung, Frau Stöver, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann?

**Birgit Stöver** CDU: Bitte schön, Frau Sudmann.

**Zwischenfrage von Heike Sudmann** DIE LINKE:\* Vielen Dank. – Mich interessiert gerade die Rolle der Aktiven in Wilhelmsburg. Haben die nichts dazu beigetragen, dass auch die CDU erkannt hat, dass in Wilhelmsburg etwas zu tun ist?

(*André Trepoll* CDU: Die sind doch alle in der CDU!)

**Birgit Stöver** CDU (fortfahrend): Sie haben wunderbar ausgeführt, dass die Wilhelmsburger mit dazu beigetragen haben und dass das eben auch fortzusetzen ist. Da bin ich vollkommen Ihrer Meinung, Frau Sudmann.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Der "Sprung über die Elbe" wurde 2004 als Leitprojekt im Rahmen der Wachsenden Stadt verankert, und er hatte und hat zum Ziel, die sozial und infrastrukturell abgehängten südlichen Stadtteile an der Elbe weiterzuentwickeln. Im Vergleich zu den Stadtteilen im Norden Hamburgs wurde die Elbinsel Wilhelmsburg und Harburg über Jahrzeh-

**(Birgit Stöver)**

te in der Planung und finanziellen Ausstattung ungenügend berücksichtigt. Das hat augenscheinlich, auch das ist schon angeklungen, mit der schnellen Entwicklung des sogenannten Speckgürtels im Norden Hamburgs zu tun. Ich betone hier ausdrücklich die Vergangenheit und die Zukunft. Ziel war und ist die Aufwertung, und dieses Ziel ist mit der Abwicklung der IGS und der IBA mitnichten abgeschlossen, sondern es ist nicht vollständig erreicht worden. Dieses Ziel konnte auch gar nicht vollständig erreicht werden, sondern es muss fortbestehen. Ich fordere den Senat deutlich auf, den "Sprung über die Elbe" weiter fortzuführen und vor allen Dingen das Ziel der Aufwertung ernst zu nehmen, denn sonst wird der "Sprung über die Elbe" zum Sprung in die Elbe.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hat beim jetzigen Senat allerdings den Eindruck, dass die nötige Ernsthaftigkeit beim "Sprung über die Elbe" fehlt, denn wie sonst kann es sein, dass es zu einer Entscheidung kommt, in einem sozial hoch belasteten Stadtteil wie Harburg-Kern eine zentrale Erstaufnahme für Flüchtlinge zu planen. Harburg-Kern ist im Sozialmonitoring-Bericht von 2012 wiederholt mit der Einstufung "sehr niedriger Sozialindex" belegt worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meiner Meinung nach sieht die Aufwertung eines Stadtteils, der ohnehin eine schwierige Sozialstruktur hat, so nicht aus. Ich sage Nein zu dieser Senatspolitik; der "Sprung über die Elbe" ist für Sie ein Lippenbekenntnis.

(Arno Münster SPD: Das ist einfach unfassbar!)

So landet der "Sprung über die Elbe" in der Süderelbe, und das haben die südlichen Stadtteile nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein weiteres Indiz für die mangelnde Ernsthaftigkeit des Senats nennen, und das ist die Projektgruppe "Sprung über die Elbe". Eine Schriftliche Kleine Anfrage von meiner Seite hat ergeben, dass die Projektgruppe noch besteht. Doch wann hat sie zum letzten Mal getagt, mit welcher Leitung und mit welcher Aufgabe? Ich sage es Ihnen. Die Leitung hat im Sommer offensichtlich aus Frust über die Perspektiv- und Konzeptlosigkeit gekündigt, und seitdem besteht eine kommissarische Vertretung. Der Auftrag ist völlig ungewiss, da es weder ein Konzept noch Fortführungspläne gibt. Der "Sprung über die Elbe" ist mit den Projekten IBA und IGS begonnen, aber nicht abgeschlossen worden. Wir fordern die Wiederaufnahme der Arbeit der Projektgruppe "Sprung über die Elbe" mit neuen Inhalten, um die Weiterentwicklung Richtung Harburger Innenstadt und ir-

gendwann in der Zukunft auch in den Landkreis fortzusetzen. Lieber Senat, das ist Ihre Aufgabe, damit der "Sprung über die Elbe" nicht in der Elbe landet.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Frau Dr. Leonhard.

**Dr. Melanie Leonhard SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe CDU, Sie haben vor allem in Ihrem Eingangsbeitrag einen richtig guten großen Bogen über das Projekt IBA und seine Bedeutung für die Freie und Hansestadt Hamburg geschlagen,

(Beifall bei Birgit Stöver CDU)

was auch beispielgebend sein sollte für die Lesart, die wir anschlagen, wenn wir in Zukunft bewerten, was dieses Stadtentwicklungslabor für die Stadt gebracht hat. Das finde ich sehr wichtig, und in diesem Zusammenhang verzichte ich ausnahmsweise darauf, auf bestimmte Dinge einzugehen, die die sonst von mir sehr geschätzte Kollegin Stöver hier gerade zum Besten gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Auch in einer weiteren Frage möchte ich der CDU und allen anderen Parteien, die das hier vor sieben Jahren beschlossen haben, unbedingt recht geben: Die Entscheidung, sich mit Wilhelmsburg und der Schlossinsel Harburg für die IBA zu bewerben, war uneingeschränkt richtig. Gleichwohl ist eine internationale Bauausstellung immer ein Stadtentwicklungskonzept auf Zeit, und insofern hat die FDP recht, wenn sie sagt, damit schreibe die IBA auch ein bisschen Geschichte, aber deswegen ist sie noch nicht gleich Geschichte, ganz im Gegenteil. Ich will einmal einen Wilhelmsburger für sich sprechen lassen, der mir am Wochenende sagte, Wilhelmsburg sei immer ein Stadtteil mit Potenzial gewesen und dank der IBA sei das jetzt auch national bekannt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Innerhalb der vergangenen Jahre ist es gelungen, in diesen Stadtteilen eine besondere positive Dynamik zu entfalten. Viele der IBA-Projekte waren angetreten, um neue Räume und neue Energien für die Stadt zu schaffen und freizusetzen. Eine IBA dient dazu, uns den Blick zu öffnen auf die Frage, was alles geht. Viele innovative Projekte haben Anklang und Interessenten gefunden, manche – als Stichwort sei nur einmal Wohnen am Wasser genannt – sind als IBA-Projekte geboren und erfolgreich und zeigen uns, wie die Zukunft in der Stadt auch überall sonst aussehen könnte, und das ist auch beispielgebend für alle Pläne für die

**(Dr. Melanie Leonhard)**

östliche Stadt in Hamburg in der Zukunft. Mit diesen Impulsen inspiriert die IBA auch zur Weiterentwicklung, und das nehmen wir sehr ernst. Dafür spricht auch das anhaltende Engagement von Investoren, das messbar über den Ausstellungszeitraum hinausgeht, zum Beispiel auf der Harburger Schlossinsel. Hier ist es geglückt, Investorengruppen erstmals nicht nur für die Freie und Hansestadt Hamburg, sondern für den Hamburger Süden zu begeistern. Und sie haben sich bereits jetzt im Zuge verschiedener Immobilienprojekte dadurch ausgezeichnet, dass sie uns auch über die IBA hinaus erhalten bleiben wollen, und das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Als Bauausstellung hat die IBA nicht nur im engeren Sinne Impulse für das Bauen an sich gesetzt, sondern auch in viele Lebensbereiche hineingewirkt. Hierfür stehen besonders die Bildungsöffensiven und auch die vier Leitthemen. Kosmopolis ist da wahrscheinlich eines der wichtigsten, aber nicht das einzige, und hier gibt es auch einen Punkt, wo ich der Lesart der LINKEN durchaus widersprechen möchte. Die Mietpreissteigerungen, die Sie für Wilhelmsburg konstatieren, sind vor allem auf zwei Dinge zurückzuführen: Es gibt jetzt in Wilhelmsburg ein Angebot an bestimmten Wohnungen, auch an Eigentum und an Neubauten, das es über Jahrzehnte nicht gegeben hat. Das führt natürlich auch dazu, dass im höherpreisigen Segment überhaupt etwas stattfindet und dass Leute die Elbinsel erstmals für sich entdecken, und das ist eine positive Entwicklung.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GRÜNE*)

Dieser in der Tat vorhandene, aber vertretbare Preissteigerungsindex, der in absoluten Zahlen ganz anders ist, als wenn man sich die prozentuale Zahl hier anschaut, zeigt uns nur, dass Wilhelmsburg und auch die Schlossinsel, die vorher Industriebrache und überhaupt nicht mehr bewohnbar war, nicht mehr von der Stadtentwicklung in Hamburg abgehängt sind, sondern weiterhin daran teilnehmen. Das ist ein Erfolg und kein Misserfolg, und das darf man auch nicht schlechtreden.

(Beifall bei der SPD und bei *Birgit Stöver CDU* und *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Die IBA ist damit aus unserer Sicht ein Geschenk, das sich die Stadt Hamburg selbst gemacht hat und das wir würdigen müssen, indem wir Dinge engagiert fortführen. Ich will einmal ein Beispiel nennen, auch wieder aus Wilhelmsburger und Harburger Sicht: Nehmen wir die Sanierung der Deponie in Georgswerder. Die Deponie war für die Wilhelmsburger über viele Jahre Ausdruck und Mahnmal für ihre Situation, für ein schlechtes Image und vielleicht auch für tatsächlich verfehlte Politik; dazu muss man stehen. Daraus ist dank IBA nun ein

überregional und international viel beachtetes Projekt geworden, und in diesem Sinne sollten wir das weiterentwickeln. Darum bitte ich alle, und ich bitte auch darum, die IBA nicht schon, kaum dass sie eine Woche vorbei ist, schlechtzureden und Defizite zu entdecken. Lassen Sie uns die Dynamik weiterentwickeln und schauen, was in den nächsten Jahren noch daraus werden kann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Herr Duge.

**Olaf Duge GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, dass jetzt jeder so ein bisschen versucht, sich die Plakette ans Revers zu heften. Es war letztlich ein Projekt, an dem mehrere Parteien mitgewirkt haben, und die GRÜNEN nicht an letzter Stelle, sondern durchaus mitprägend.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von *Robert Bläsing FDP*)

Die anderen machen das hier genauso, aber ich finde das an der Stelle nicht so ganz treffend. Es geht um eine Sache und um Konflikte und bei manchem, was von der SPD jetzt so hochlobend gesagt wird, habe ich dann doch meine Zweifel,

(*Jan Quast SPD:* Die haben Sie doch immer!)

ob Sie das, was Sie dort gesehen und hoffentlich auch gelernt haben, im Weiteren umsetzen werden. Ich nenne nur einmal das Beispiel Weltquartier, das zu Recht hochgelobt wird. Daraus hat man gelernt, wie man mit Bestandsgebäuden umgehen kann, um sie entsprechend den Bedürfnissen weiter umzubauen und zu entwickeln. Wenn man sich in anderen Stadtteilen dann einmal anschaut, wie sich für den Erhalt von Gebäuden eingesetzt wird, wo die Leute auch dahinterstehen, zum Beispiel Am Elisabethgehölz, dann ist die SPD da ganz klein und setzt sich nicht für die Leute ein, so wie es an anderer Stelle passiert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Tim Golke DIE LINKE* – *Dirk Kienscherf SPD:* Das ist doch etwas ganz anderes!)

Ich erwarte, dass Sie genau das, was Sie lernen sollten, nämlich Bürgerengagement stärker zu berücksichtigen und einzubauen, fortsetzen, und das nicht nur in Wilhelmsburg. Ich habe gewisse Zweifel, ob das wirklich in dem Maße weitergeht, wie es jetzt gelaufen ist – was sehr gut gewesen ist –, und an anderer Stelle entsprechend fortgeführt wird. Ich habe Zweifel daran, ob die Behörden übergreifend Projekte weiterführen, also unter Einbindung verschiedener Fachbereiche. Wenn ich mir die RISE-Gebiete anschau, dann sollte das verein-

**(Olaf Duge)**

facht werden und es sollten einfache Strukturen gefunden werden. Ich sehe im Augenblick keine richtigen Fortschritte in diesen Gebieten, sondern eher eine Entwicklung, die wieder dahin zurückgeht, dass die Behörden in ihren eigenen Fachbereichen herumwurschteln.

Ich möchte noch etwas anderes ansprechen, das die Wilhelmsburger Reichsstraße betrifft. Auch hier wäre es dringend erforderlich, Herr Kienscherf, endlich die Planungen mit den Bürgern zusammen weiterzuführen und weitere Überlegungen in den Behörden für die zukünftige Planung nach der Verlegung anzustellen.

*(Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie nicht mitgekriegt! – Jan Quast SPD: Auch das müssen wir noch zu Ende machen!)*

Das ruht in aller Stille, und es wäre dringend notwendig, das hier anzupacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas dazu sagen, was die Mitnahme der Bevölkerung betrifft. Frau Sudmann, man kann das nicht nur an der Abendveranstaltung messen. Die Abendveranstaltung – da haben Sie vollkommen recht – zeigte, dass große Teile der Bevölkerung mit migrantischem Hintergrund nicht dabei waren. Aber es wäre ein Lupenblick, nur darauf zu schauen. Wir müssen uns die Einrichtungen anschauen, die geschaffen worden sind, um ein Miteinanderleben, -arbeiten und -lernen zu schaffen. Und da gibt es eine Vielzahl sehr positiver Einrichtungen, nicht nur das Tor zur Welt, das Sprach- und Bewegungszentrum oder das Haus der Projekte, die diese Optionen schaffen. Wie sie genutzt werden, das ist eine zweite Sache in der weiteren Umsetzungs- und Beteiligungsphase. Aber ich möchte hier nicht den Stab brechen und so weit gehen zu sagen, dass die migrantische Bevölkerung überhaupt nicht mitgenommen wurde.

Das ist ein schwieriger Prozess, bei dem wir alle noch lernen müssen. Wir sind da durchaus nicht auf dem falschen Wege, sondern wir haben die ersten Schritte gemacht. Und es wird uns gelingen, in den nächsten Jahren oder vielleicht Jahrzehnten diese verschiedenen Bevölkerungsteile, die ein unglaubliches Potenzial haben und auch die Kraft dieser Insel darstellen, weiterzuentwickeln und damit die Insel mit Bürgerbeteiligung weiter voranzubringen.

Ich habe mir, das zum Schluss noch, gerade das Buch "Eine starke Insel mitten in der Stadt" angeschaut, ein sehr lesenswertes Buch mit vielen Initiativen, die dort ihre Aktivitäten – auch ihre kritischen Aktivitäten – einbringen. Ich meine, dass das auch für andere Stadtteile geht und dass man auch in problematischen Bereichen diese Initiativen stärken und einbeziehen sollte, anstatt sie als Störfaktor zu sehen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Frau Sudmann.

**Heike Sudmann DIE LINKE:\*** Es ist schon ein bisschen komisch, wenn alle hier sagen, Eigenlob stinke, aber ich lobe mich trotzdem noch einmal.

*(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE – Finn-Ole Ritter FDP: Sie nicht!)*

Ich habe durch meine Zwischenfrage schon deutlich gemacht, dass es eine Gruppierung gibt, die wirklich uneingeschränkt Lob verdient hat, und das sind die engagierten Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen, die seit mindestens 1993 dafür gesorgt haben, dass überhaupt etwas passiert ist. Da darf man auch gerne einmal klatschen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Antje Möller GRÜNE)

Nicht umsonst sagen der Wilhelmsburger und die Wilhelmsburgerin: Was aus dem Norden kommt, macht uns eher Schwierigkeiten. Die Müllverbrennungsanlage, der Giftberg in Georgswerder – all diese Sachen sind immer aus dem Norden gekommen und in Wilhelmsburg abgeladen worden. Und gerade weil sie stiefmütterlich behandelt wurden, haben die Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen sich so engagiert. Niemand wird sich hier hinstellen und sagen, diese Entwicklung wäre auch gekommen, wenn es nicht so viel Druck aus Wilhelmsburg gegeben hätte. Dafür ein dickes Lob und ein herzliches Dankeschön an die Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Antje Möller GRÜNE)

Frau Leonhard, Sie haben eben gesagt – ich formuliere es einmal ein bisschen überspitzt –, die Mietsteigerungen seien eigentlich sehr begrenzt,

*(Finn-Ole Ritter FDP: Nee, nee, nee, es gibt ein Angebot!)*

es gebe sie nur bei Wohnungen, die neu gebaut wurden, oder bei Wohnungen, einmal abgesehen vom Weltquartier, die jetzt saniert wurden. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass in Ottensen und St. Georg die Entwicklung damals genauso war. Es gab zu Anfang ein paar Wohnungen, die teurer wurden, und da hat man auch gedacht, es passiert nichts weiter. Das ist aber der Einstieg, dass alle Mieten steigen werden. Deswegen werden Sie es nicht schaffen, eine Verdrängung zu verhindern, wenn Sie so weitermachen.

Noch einmal zum Thema Wohnungsbau: 5000 bis 6000 Wohnungen, so kann man jetzt lesen, sollen neu entstehen. Wo sollen die eigentlich gebaut werden? Da fehlen noch klare Aussagen. Es fehlt zum Beispiel die Aussage, dass nicht wieder die

**(Heike Sudmann)**

Kleingärten zu Wohnungsbauerwartungsland werden. Die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Wilhelmsburg sind durch die Igs schon sehr drangsaliert worden. Es fehlt außerdem ein ganz wichtiger Punkt, und das hat die IBA auch nicht geleistet. Sie werden wissen, dass es ursprünglich Planungen gab, den Reiherstieg aufzuwerten und am Veringkanal Wohnen auf beiden Seiten zu ermöglichen. Das ist gescheitert. Und woran ist es gescheitert?

*(Finn-Ole Ritter FDP: Wer war's?)*

Am achten Bezirk, an der Hafenwirtschaft, und dieses Konfliktfeld ist niemand angegangen, auch nicht Herr Ritter, der gerade immer dazwischenblubbert. Dieses Konfliktfeld fehlt komplett.

*(Beifall bei der LINKEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Blubbert? Er blubbert doch nicht!)*

– Er hat nicht geblubbert, aber ich kann ihn nicht verstehen. Er spricht immer so tief und blub, blub – egal.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Ach, Frau Sudmann, jetzt haben wir uns so gut kennengelernt!)*

Ein weiterer Punkt, der im Gefolge der IBA auf uns zukommt, ist, dass die IBA GmbH als städtische Entwicklungsgesellschaft weiterarbeiten soll. Da frage ich mich: Warum eigentlich? Es ist eine öffentliche Aufgabe, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu betreiben, und hier soll auf einmal ein Teil ausgegliedert werden und außerhalb der Verwaltung relativ frei agieren können. Das geht nicht, sondern das gehört weiter in die öffentliche Hand.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Herr Roock.

**Hans-Detlef Roock** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal auf die Bedeutung des großartigen Stadtentwicklungsprojekts eingehen und mich nicht wie Sie, Frau Sudmann, in Klein-Klein und Gemeckere verlieren.

*(Beifall bei Robert Heinemann CDU und der SPD)*

Herr Wersich hat in seinem Beitrag deutlich gemacht, wie man von einer Vision zur Umsetzung kommt. Es ist besonders deutlich geworden, dass eine Metropole wie Hamburg Visionen braucht, um nicht im Stillstand zu verharren; Hamburg braucht mit Sicherheit kein Klein-Klein.

*(Beifall bei Dietrich Wersich CDU)*

Durch Stillstand und einfaches Verwalten würde Hamburg im nationalen und internationalen Wettbewerb abgehängt werden, und das wäre fatal für unsere Stadt. Deshalb ist es erfreulich, dass ein

ehemals abgehängter und stigmatisierter Stadtteil wie Wilhelmsburg neue Impulse durch die Internationale Bauausstellung bekommen hat. Die Väter des Leitbilds "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" können zu Recht darauf stolz sein, Frau Sudmann, dass für das Leitziel "Sprung über die Elbe" mit den vielen Ideen dieser Ausstellung der richtige Anlauf und Absprung gefunden wurde.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Es ging darum, ob die wachsende Stadt auch Mütter hat!)*

– Herr Dr. Dressel, um darauf zu antworten: Auch Frauen können springen, die beziehe ich da mit ein.

Wenn etwas gut läuft, dann soll man das auch entsprechend würdigen. Ich bin sehr froh, dass der SPD-Senat die Ideen der CDU-Senate weitergeführt hat. Ich erwarte heute vom SPD-Senat – das ist auch von Frau Stöver sehr deutlich angesprochen worden –, dass er den "Sprung über die Elbe" mit der notwendigen Konsequenz weiterentwickelt.

*(Beifall bei der CDU)*

Ich habe mich an anderer Stelle schon geäußert und gesagt, dass es vielleicht die beste stadtentwicklungspolitische Entscheidung der letzten 25 Jahre war, die IBA nach Hamburg zu holen. Alle Skeptiker, die von Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung aufgrund von Mietpreissteigerungen und anderen negativen Folgen gesprochen haben – und das ist wirklich freundlich ausgedrückt –, wurden dank der verantwortungsbewussten Umsetzung eines Besseren belehrt. Das zeigt auch, dass nicht immer derjenige, der am lautesten schreit, recht hat.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, welche großartigen Projekte dort realisiert wurden. Ich will das nicht weiter ausführen, sondern nur noch einmal betonen, dass es beispielhaft ist, wie das Weltquartier entwickelt worden ist. Deshalb sind auch Ihr Vorwurf und der schräge Vergleich nicht haltbar, Frau Sudmann.

*(Heike Sudmann DIE LINKE: Welcher schräge Vergleich?)*

Ich glaube, Frau Dr. Leonhard hat Ihnen eben erklärt, wie es dort zu einem wirklich positiven Ergebnis gekommen ist.

*(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)*

Es sind mehr als 80 Prozent der ursprünglichen Bewohner im Stadtteil verblieben, rund die Hälfte ist in ihre alten Wohnungen zurückgekehrt. Es sind eben nicht die Versuchskaninchen hopsgegangen, Frau Sudmann, wie Sie es formuliert haben. Viele Millionen öffentliche Gelder sind nach Wilhelmsburg geflossen. Die Wilhelmsburger freuen sich

**(Hans-Detlef Roock)**

über viele neue Projekte. – Ich sehe, die rote Lampe leuchtet.

*(Gabi Dobusch SPD: Was bedeutet sie wohl? – Dr. Andreas Dressel SPD: Spielverderber!)*

Ich kann abschließend nur sagen: Die 300 Millionen Euro, die wir dort investiert haben, haben eine Folgeinvestition von 700 Millionen Euro ausgelöst – privates Geld, das dort in die Hand genommen wurde. Das sollte man nicht verkennen. Ich finde, das ist großartig geworden, und diese Großartigkeit sollten wir auch nach Süden weiterführen. – Danke schön.

*(Beifall bei der CDU und der SPD)*

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Meine Damen und Herren! Das war fast eine Punktlandung, denn wir haben die Redezeit für den heutigen Teil der Aktuellen Stunde ausgeschöpft. Das dritte, vierte und fünfte Thema werden wir dann morgen aufrufen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zu Tagesordnungspunkt 4b: Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten für das Präsidium.

**[Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten]**

Sie finden vor sich auf dem Tisch einen orangefarbenen Stimmzettel. Darauf steht der Vorschlag für die Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten. Der Stimmzettel enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

*(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)*

Ich darf Frau Timmermann und Herrn Wankum bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen und ich bitte um Stimmenauszählung. Die Sitzung ist für die Dauer dieser Stimmenauszählung unterbrochen.

**Unterbrechung: 16.38 Uhr**

**Wiederbeginn: 16.48 Uhr**

**Erster Vizepräsident Frank Schira:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis zur Wahl einer Vizepräsidentin bekannt. Es sind 117 Stimmzettel abgegeben worden, davon war eine Stimme ungültig. Somit sind 116 Stimmen gültig. Auf Frau Antje Möller entfielen 77 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen. Damit ist Frau Möller gewählt.

*(Beifall bei allen Fraktionen)*

Frau Möller, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

**Antje Möller GRÜNE:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Frau Möller hat die Wahl angenommen, und ich darf Sie bitten, nach den Gratulationen hier vorne bei uns Platz zu nehmen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort, Punkte 3 und 4a, Drucksachen 20/9599 und 20/9783: Nachwahl eines Mitglieds für das Datenschutzgremium der Bürgerschaft nach Paragraf 14 der Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft sowie Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Nachwahl eines Mitglieds für das Datenschutzgremium der Bürgerschaft nach § 14 der Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft**

**– Drs 20/9599 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde**

**– Drs 20/9783 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, die beiden Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen.

Auch diese Stimmzettel liegen Ihnen bereits vor. Sie enthalten jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

*(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)*

Ich darf nun Frau Timmermann bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

**(Erster Vizepräsident Frank Schira)**

Das Ergebnis wird ermittelt und im Laufe der Sitzung bekannt gegeben.\*\*

Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 20/9691, Antrag der FDP-Fraktion: Die gemeinsame europäische Verantwortung leben – Zuständigkeiten für die Flüchtlingsaufnahme in Europa endlich fair regeln.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Die gemeinsame europäische Verantwortung leben – Zuständigkeiten für die Flüchtlingsaufnahme in Europa endlich fair regeln  
– Drs 20/9691 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Vonseiten der FDP-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung an den Europaausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Frau Kaesbach wünscht es und bekommt es.

**Martina Kaesbach** FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle haben die dramatischen Bilder der Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer vor Augen. Jeden von uns haben diese tief ergreifenden Geschehnisse, das Wissen um ein brennendes, mit Menschen besetztes Boot, das Wissen um den Tod von über 400 Menschen vor der italienischen Insel Lampedusa berührt. Die Opfer haben gehofft, dass sie nach der Flucht eine bessere Zukunft vor sich haben. Diese Hoffnung haben sie mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Die Ereignisse haben eine Diskussion in Europa, in Deutschland und auch bei uns in Hamburg entfacht. Es wurde über die vorhandenen Abwehrmechanismen und das Vorgehen gegen Schlepper diskutiert, es wurde über die alle Jahre wieder auftretende Frage der Effektivität der Entwicklungshilfe gesprochen und noch vieles mehr. Beim EU-Gipfeltreffen in Brüssel Ende Oktober wurden leider nur kleine bis gar keine Brötchen gebacken. Man einigte sich unter anderem darauf, den Menschenschmuggel vermehrt zu bekämpfen. Eine grundsätzliche Änderung des Asylsystems war jedoch kein Thema. Dabei wäre eine grundsätzliche Änderung der Asylregelung für eine zeitgemäße Flüchtlingspolitik dringend geboten.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP fordert schon seit Jahren einen europäischen fairen Verteilerschlüssel für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge. Gerade die sogenannten europäischen Randstaaten wie Malta, Italien und Spanien sind mit den über das Mittelmeer ankommenden Flüchtlingen teilweise überfordert. Sie müssen sich aber an das geltende Recht halten,

wonach derjenige Mitgliedsstaat für einen Asylantrag verantwortlich ist, in dem der Flüchtling zuerst Boden betreten hat. Auch die im Juni 2013 neu verhandelte Dublin-III-Verordnung verschafft diesen Ländern keine Abhilfe. Die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, ließ nach dem EU-Gipfeltreffen verlauten, dass über eine grundsätzliche Änderung des Asylsystems frühestens im Juni nächsten Jahres gesprochen werde. Dies ist Grund genug, jetzt tätig zu werden,

(Beifall bei der FDP)

um sicherzustellen, dass dieser Punkt beim nächsten EU-Gipfeltreffen auch tatsächlich behandelt wird. Von daher fordern wir den Senat auf, sich jetzt auf Bundesebene für die Einführung eines Schlüssels zur europaweiten Verteilung für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge stark zu machen. Deutschland muss im Vorfeld des nächsten EU-Gipfels Gespräche mit anderen Ländern führen, um eine schnellstmögliche Einigung und damit eine Änderung des Asylsystems zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Europa wächst immer mehr zusammen. Europa muss deshalb gelebt und gestaltet werden. Das heißt auch, gemeinsame Verantwortung übernehmen, die Flüchtlings- und Asylpolitik als europäische Aufgabe verstehen. Denn eines wurde in der bis jetzt geführten Diskussion um das Asylsystem klar: Der Gedanke an eine gerechte Verteilung innerhalb der EU ist nicht nur bei der FDP vorhanden. So stellte jüngst auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, die Forderung nach einer gerechten Verteilung innerhalb der EU auf.

Bürgermeister Olaf Scholz muss nicht einmal seinen Blick über Deutschland hinaus wagen, ein Blick nach Berlin reicht völlig aus.

(Dr. Roland Heintze CDU: Da ist er im Moment fast täglich!)

– Genau, wo er sich im Moment fast täglich befindet. Man könnte fast schon sagen, das wäre sein zweites Zuhause.

(Ekkehard Wysocki SPD: Bloß kein Neid!)

– Damit haben wir kein Problem.

In Berlin sind seine Genossinnen und Genossen schon relativ weit. Die Berliner Integrationssenatorin Dilek Kolat hat sich Ende Oktober für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in Europa und eine humane europäische Flüchtlingspolitik ausgesprochen. Die SPD-Bundestagsfraktion gab am 28. Oktober eine Pressemitteilung heraus, in der die Abgeordnete Kerstin Griese eine verstärkte inhereuropäische Solidarität und die Einführung eines fairen Verteilerschlüssels forderte.

Wir Liberalen fordern nicht nur pauschal einen europaweiten Verteilerschlüssel, wir wollen diesen auch konkret ausgestaltet haben, denn mit pau-

\*\* Die Wahlergebnisse sind auf Seite 5417 zu finden.

**(Martina Kaesbach)**

schalen Forderungen kommen wir nicht voran. Die konkrete Ausgestaltung eines europaweiten Verteilerschlüssels sollte sich am Vorbild des bereits zwischen den deutschen Bundesländern angewandten und bewährten sogenannten Königsteiner Schlüssels orientieren.

*(Sören Schumacher SPD: Ist das jetzt eine Rede für das Europaparlament? – Kazim Abaci SPD: Wir sind doch in Hamburg!)*

Eine Verteilung auf die Mitgliedsstaaten soll je nach Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft erfolgen. Darüber hinaus soll eine schnellere Integration ermöglicht werden, indem auf bestehende familiäre Bindungen in einem Mitgliedsstaat sowie bestehende Sprachkenntnisse Rücksicht genommen wird. Der Antrag hat also nicht nur den Anspruch, ein gerechteres, sondern auch ein soziales Verteilungssystem erreichen zu wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen aus Hamburg, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche genau Sie an. Wir können in Deutschland nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen, so realistisch sollten wir alle sein, aber die Flüchtlingskatastrophen haben uns gezeigt: Eine Reform bei der Verteilung von Flüchtlingen ist notwendig, und diese muss europaweit vorangetrieben werden. Insofern ist ein jetziges Handeln angezeigt. Wir begrüßen also die Überweisung unseres Antrags an den Innenausschuss, sind aber der Auffassung, dass eigentlich ein sofortiges Handeln nottut, damit Deutschland sich im Juni 2014 auch wirklich für ein faires und soziales Verteilungssystem für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge auf europäischer Ebene einsetzt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der FDP – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie haben völlig recht, Frau Kaesbach, das Unglück vor Lampedusa hat nicht nur die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik ins Bewusstsein von uns allen gerückt, sondern es fordert uns alle auch auf, Konsequenzen aus ihm zu ziehen. So muss die Sicherung der EU-Außengrenzen menschenrechtskonform gestaltet werden, und es kann nicht sein – das ist völlig unmöglich –, dass in Seenot geratene Menschen nicht sofort gerettet werden. Der Gedanke ist unerträglich, dass erst gefragt wird, um wen es sich denn handele, bevor Rettungsmannschaften hinausfahren und Menschen aus Seenot retten. So geht es nicht.

*(Beifall bei der SPD, der FDP und vereinzelt bei der CDU)*

Es ist auch richtig, sich angesichts dieser Katastrophe Gedanken zu machen, wie die europäische Flüchtlingspolitik möglicherweise neu gestaltet werden könnte, und es ist selbstverständlich richtig zu überlegen, wie die Flüchtlingsströme so verteilt werden können, dass die Länder, die die Flüchtlinge aufnehmen, auch selbst so ausgestattet sind, dass diese Flüchtlinge menschengerecht untergebracht sind und ihre Betreuung gewährleistet ist.

Allerdings kommen jetzt ein paar Sachen, die mich etwas ratlos machen. Wenn ich mich recht erinnere, dann hat die bisherige Bundesregierung unter FDP-Beteiligung gerade der neuen Dublin-III-Verordnung zugestimmt. Von daher verwundert es mich, dass Sie nun auf regionaler Ebene das alles reparieren möchten. Erst stimmen Sie zu, und dann sagen Sie, wir reparieren es. Das wundert mich ein bisschen.

*(Beifall bei der SPD)*

Sie haben recht, dass die Verteilung in Europa möglicherweise ungerecht ist – ich sage es vorsichtig –, aber der Königsteiner Schlüssel, auf Europa angewandt, würde dann doch zu merkwürdigen Ergebnissen führen. Ich darf Ihnen die Zahlen von 2012 vor Augen führen. Damals gab es in der Bundesrepublik 77 650 Asylanträge. Von diesen 77 650 Asylbewerbern hätten ungefähr 23 000 auf andere europäische Länder verteilt werden müssen, wenn man den Königsteiner Schlüssel zugrunde gelegt hätte. Italien hätte dann ungefähr 23 000 Asylbewerber zusätzlich aufnehmen müssen. Ich glaube nicht, dass Sie das möchten.

*(Beifall bei der SPD – Kai Voet van Vormizee CDU: Das wissen Sie doch gar nicht!)*

Daher ist es richtig, dass Sie zwar den Königsteiner Schlüssel ansprechen, aber in Ihrem Antrag auch schreiben, dass darüber hinaus familiäre Bindungen und Sprachkenntnisse berücksichtigt werden und eine Verteilung auf die Mitgliedsstaaten je nach Bevölkerungsstärke – das wäre der Königsteiner Schlüssel – und Wirtschaftskraft erfolgen sollte.

*(Glocke)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Dr. Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bläsing?

**Dr. Martin Schäfer SPD:** Aber gern.

**Zwischenfrage von Robert Bläsing FDP:** Vielen Dank, Herr Dr. Schäfer. – Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir den Königsteiner Schlüssel quasi nur als Beispiel genommen haben und er nicht 1:1 auf EU-Ebene umgesetzt werden soll? Das ist eine Kann-Option, eine mögliche Variante.

**Dr. Martin Schäfer** SPD (fortfahrend): Ich habe gerade eben, indem ich aus Ihrem Antrag zitiert habe, ausgeführt, dass es richtig ist, auch andere Kriterien hinzuzuziehen, und es falsch wäre, ausschließlich die Kriterien des Königsteiner Schlüssels heranzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Umverteilung auf europäischer Ebene entsprechend den von Ihnen vorgeschlagenen Maßgaben wäre im Übrigen auch nicht ganz so einfach vorzunehmen, wie es in der relativ kleinen Bundesrepublik möglich ist. Jemanden von einem Bundesland in ein anderes Bundesland zu bringen ist doch viel einfacher, als jemanden aus einem südeuropäischen Land zwangsweise – oder wie ist das gedacht – in ein nordeuropäisches Land umzusiedeln.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Dann sagen Sie doch mal Ihren Vorschlag!)

Es wäre sinnvoll, darüber etwas mehr nachzudenken, als es bei Ihrem Antrag geschehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Daher schlagen wir Ihnen vor, das ruhig und ordentlich im Ausschuss zu beraten und nicht solche Schnellschüsse zu beschließen, denn das wäre falsch.

(Beifall bei der SPD)

Es muss obendrein europaweit sichergestellt werden, dass der Verpflichtung auf Gewährung von Mindeststandards für Flüchtlinge in jedem Land nachgekommen wird. Dort, wo das nicht der Fall ist, muss von EU-Seite aus Druck ausgeübt werden, damit das geschieht. Das ist dringend geboten.

(Beifall bei der SPD)

Nun hat Hamburg auf mögliche Reformen der europäischen Flüchtlingspolitik nicht unmittelbar Einfluss. Der Einfluss, den man geltend machen kann, ist zunächst einmal begrenzt; wir sollten es dennoch versuchen, ohne jeden Zweifel. Was wir aber tun können, ist, konkret vor Ort zu helfen, und das leistet die Stadt.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Ja, genau!)

Hamburg stellt sich gerade in diesen Wochen in besonderem Maße seiner humanitären Verantwortung.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: In Turnhallen und Zelten!)

Angesichts der stetig wachsenden Flüchtlingszahlen entstehen überall neue Unterkünfte, was besonders in einem Stadtstaat nicht ganz einfach ist. So freut es mich ausdrücklich, dass es nun in Harvestehude eine Initiative gibt, die es unterstützt, die Sophienterrassen als mögliche Flüchtlingsun-

terkunft zu nutzen und das im Stadtteil voranbringen will. Ich lade meine Mitwahlkreisabgeordneten Herrn Steffen und Frau Wolff – beide sind gerade nicht da – ein, dabei tatkräftig mitzuwirken, sodass wir in dieser Sache gemeinsam an einem Strang ziehen, und zwar am selben Ende des Stranges, um das, was wir auf Hamburger Ebene tun können, auch tatsächlich voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Voet van Vormizeele.

**Kai Voet van Vormizeele** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will relativ nahtlos dort ansetzen, wo Herr Dr. Schäfer eben aufgehört hat, denn auch ich muss feststellen, dass mir bei diesem Antrag ein bisschen der Glaube fehlt, dass die dort genannten Punkte irgendetwas mit einer Lösung zu tun haben, auch wenn er versucht, einen Lösungsansatz für sich in Anspruch zu nehmen. Man kann in der Tat über viele Felder der Flüchtlingspolitik in Europa reden, die wir anders und besser gestalten müssen. Ich glaube aber, dass Dublin III hierzu wesentliche Bestandteile beisteuert. Ich will noch einmal deutlich machen, dass der hier vermittelte Eindruck, Deutschland und allen voran Hamburg würde nicht ausreichend Verantwortung übernehmen, schlichtweg nicht zutreffend ist.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

In Deutschland haben wir im vergangenen Jahr 80 000 Flüchtlinge aufgenommen. Wir können Ihnen heute schon sagen, dass wir im Jahr 2013 voraussichtlich eine Zahl um die 120 000 erreichen werden. Das ist viel Verantwortung, die wir, wie ich finde, auch in einer großen Gemeinsamkeit der Demokraten tragen. Es wird aber der Eindruck erweckt, dass gerade Italien unter der Last ächzt und stöhnt; man muss aber die Zahlen ein bisschen relativieren. In Deutschland kommen auf 1 Million Einwohner 946 Flüchtlinge, in Italien kommen auf die gleiche Einwohnerzahl 260 Flüchtlinge. Die Belastung in Italien ist eine völlig andere, und ich weiß momentan nicht, wie wir die humanitären Probleme durch eine andere Verteilung lösen wollen. Das ist kein Lösungsansatz.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich finde auch, dass insbesondere der Hinweis auf den Königsteiner Schlüssel spannend ist, denn noch vor ein paar Wochen – wenn wir uns einmal zurückerinnern – haben wir in diesem Hause Debatten über eine Problemlage geführt, die zum Teil aus diesem Königsteiner Schlüssel heraus erst entstanden ist, nämlich die Residenzpflicht. Das Ganze macht nur Sinn, wenn ich sage: Liebe Leute, wir verteilen euch, dann müsst ihr aber auch

**(Kai Voet van Vormizeele)**

dort bleiben. Wenn Sie also innerhalb Europas verteilen wollen, dann müssten Sie aber dafür sorgen, dass die Flüchtlinge auch in den entsprechenden Ländern bleiben. Wenn Sie das nicht wollen, dann brauchen Sie auch nicht umzuverteilen, denn dann gibt es Flüchtlingsbewegungen in Europa, die wir überhaupt nicht mehr kontrollieren können. Das Ganze ist kurz angedacht, aber das war es dann, ehrlich gesagt, auch. Dieser Antrag ist die Wiederverwertung von FDP-Anträgen aus dem Europäischen Parlament, denn daher kommt er.

Nun noch eine letzte Bemerkung: Frau Kaesbach hat als besondere Rechtfertigung dieses Antrags auf den Kollegen Schulz, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der momentan nicht müde wird, in jeder Fernsehsendung zu dem Thema aufzutauchen, hingewiesen. Er hat ein bemerkenswertes Interview gegeben, in dem er sich auch zu Flüchtlingsfragen geäußert und Vorschläge letztendlich in Richtung einer Kontingentlösung gemacht hat. Ich finde diesen Text deshalb interessant, weil er in diesem Interview permanent Größen miteinander vermischt. Einmal redet er von Flüchtlingen, im nächsten Moment von Asylbewerbern und stellt Kontingentlösungen in Aussicht. Wenn wir für Menschen, die eigentlich keinen Asylgrund haben, sondern aus wirtschaftlicher Not fliehen, Kontingentlösungen wollen und wir Einwanderung in Europa regulieren wollen, dann müssen wir darüber reden. Das können wir auch, nur dann müssen wir alle wissen, dass in dem Moment natürlich das Asylrecht, wie wir es in Deutschland kennen, arg gefährdet ist.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist doch schon beseitigt!)*

Ich sage deutlich: Das Asylrecht, das wir in Deutschland haben, das eine geschichtliche Entwicklung durchgemacht hat als direkte Konsequenz unserer Vergangenheit in der Zeit von 1933 bis 1945, kann für mich nicht zur Disposition stehen. Sie müssen sich genau überlegen, ob Sie wirklich diese Art von Lösung wollen, denn dann schaffen wir das Asylrecht faktisch ab.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Das habt Ihr doch schon!)*

Das finde ich den falschen Weg und den wollen wir nicht mitgehen. Wenn die Kollegen der SPD den FDP-Antrag im Innenausschuss debattieren wollen, um den Kollegen aufzuzeigen, wo die vielen inhaltlichen Mängel liegen, dann wollen wir gern unterstützend tätig sein. Ich sage Ihnen aber sehr offen, dass dies kein Antrag ist, dem wir beipflichten werden.

*(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller.

**Antje Möller GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube auch, dass es richtig ist, den FDP-Antrag an den Ausschuss zu überweisen, denn schon die heutige Debatte macht deutlich, dass jede Rednerin und jeder Redner andere Schwerpunkte setzt. Das Thema der europäischen Flüchtlingspolitik oder des europäischen Flüchtlingskompromisses ist sehr viel größer, als in dem FDP-Antrag deutlich wird und als in unseren Redebeiträgen überhaupt nur angerissen werden kann. Aus unserer Sicht ist die Verteilung überhaupt nicht das Hauptproblem, das haben einige andere schon gesagt. Ich finde, dass es einen völlig anderen Ansatz geben muss, nämlich einen, der von der Erkenntnis ausgeht, dass das gesamte in Europa gebastelte Abwehrsystem einfach versagt hat.

*(Beifall bei den GRÜNEN und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)*

Es führt dazu, dass Tausende von Menschen im Meer ertrinken. Das hat immerhin Bewegung in die Überlegungen gebracht, dass wir in Europa ein aufnehmendes System brauchen mit Kriterien, mit einem Punktesystem. Auf diesen Gedanken muss man sich einlassen, und diesen Gedanken lässt man natürlich völlig außen vor, wenn man sozusagen rein technokratisch darüber redet, wie viele Flüchtlinge in welchem Land sein sollen und wohin sie sich dann noch bewegen dürfen. Herr van Vormizeele, Deutschland ist das einzige Land innerhalb Europas mit einer Residenzpflicht. In anderen Ländern ohne Residenzpflicht gibt es bisher deswegen keine Probleme.

Der FDP-Antrag hat mehrere Punkte angerissen. Zum Beispiel sollen die Verfahren verkürzt werden. Damit meinen Sie hoffentlich nicht den Rechtsweg, meine Damen und Herren von der FDP. Sie sagen, der Zugang zur Arbeitserlaubnis solle verkürzt werden. Das reicht leider nicht aus. Wenn in Europa aufgenommene Flüchtlinge Zugang zu einem Schengen-Visum haben, dann müssen sie auch in jeweils allen Schengen-Staaten arbeiten dürfen. Nur dann gibt es innerhalb der Europäischen Union eine Beweglichkeit, die auch Sinn macht. Das hat nichts mit der Zuständigkeit eines bestimmten Landes zu tun. Entscheidend ist doch, welche Perspektiven das jeweilige europäische Land, das nach dem jetzigen Aufnahmeverfahren zuständig ist, dann den Ländern bietet. Hier haben die Länder unterschiedliche Voraussetzungen. Es ist ein Märchen – auch das ist hier schon gesagt worden –, dass die europäischen Randländer, im Sinne von Außengrenzen, die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Es sind Länder, die eine weniger hohe Bevölkerungsdichte haben wie Schweden, Luxemburg oder Malta, die den größten Anteil der Flüchtlinge pro Kopf ihrer Bevölkerung tragen

*(Zuruf von Kai Voet van Vormizeele CDU)*

**(Antje Möller)**

– ja, Luxemburg und die Schweiz im Übrigen auch –, während Italien, Spanien, Deutschland, Frankreich, Polen und so weiter einen wesentlich geringeren Anteil haben.

Darüber hinaus gibt es aber eine weitere große Fragestellung, nämlich die Frage nach der Anerkennungsquote. Sie wissen alle, dass die europäischen Länder unterschiedliche Asylregelungen haben. Die Schwankungsbreite innerhalb der Europäischen Union liegt bei 30 Prozent Anerkennung von Asylanträgen bis hin zu mehr als 70 Prozent. Hier braucht es gleiche Chancen für alle Flüchtlinge in Europa. Deshalb ist aus unserer Sicht der wichtigste Änderungsauftrag, dass man die Flüchtlinge wieder selbst entscheiden lässt, in welchem Land sie einen Antrag stellen wollen. Das war einmal die Ausgangsposition des europäischen Asylrechts nach 1945, das war nämlich Teil der Genfer Flüchtlingskonvention. Das ist aber längst Vergangenheit. Trotzdem glaube ich, dass wir darüber reden müssen.

Im Übrigen, Herr Schäfer, wissen Sie genau, dass die Sophienterrasse ein gemeinsames Eimsbütteler Projekt ist.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Super!)*

Der Kollege Steffen war erstens die ganze Zeit über hier, und zweitens gibt es dort ausnahmsweise einmal keinen Dissens mit der SPD.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Schneider.

**Christiane Schneider DIE LINKE:** Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Knapp 14 Jahre nach dem Startschuss zu einem europäischen Asylrecht ist immer noch kein Europa des Asyls geschaffen worden. Es gibt keinen gemeinsamen Schutzraum für Flüchtlinge. Diese dringende, lebensrettende Notwendigkeit ist jedoch seit dem Stockholmer Programm von 2009 eigentlich expliziter Anspruch der EU. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist tatsächlich eine radikale Wende in der Flüchtlingspolitik notwendig.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Völlig zu Recht kritisiert etwa Pro Asyl nach der Verabschiedung der Dublin-III-Verordnung, dass wir es im Asylrecht auch weiterhin mit einem Flickenteppich zu tun haben. Das inhumane und unsolidarische Asylzuständigkeitssystem bleibe in seinen Grundstrukturen erhalten und werde die flüchtlingspolitische Systemkrise in Europa nur weiter verschärfen. Wir selbst sind alle Zeuginnen und Zeugen davon.

Die Begründung des FDP-Antrags ist im Hinblick auf Dublin III unseres Erachtens deutlich zu positiv geraten. Besonders übel an Dublin III ist, dass die

Inhaftierung von Asylsuchenden in der EU zur Regel zu werden droht. Zwar gibt es im Detail etliche, auch wichtige Verbesserungen. Sie sind aber vor allem Grundsatzurteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg und des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zu verdanken. So wird etwa die Rechtsstellung von Minderjährigen verbessert. Flüchtlinge sollen gegen die Abschiebung in einen Drittstaat klagen können. Während in Deutschland bis dato ein zwölfmonatiges Arbeitsverbot galt, muss dies künftig auf neun Monate verkürzt werden. So gibt es einige Verbesserungen, die im Wesentlichen in langen und zähen Auseinandersetzungen vor Gericht erkämpft wurden. Das Grundproblem des Dublin-Verfahrens aber bleibt. Primär zuständig für Asylsuchende bleiben die EU-Randstaaten, in denen die Flüchtlinge erstmals ihren Fuß auf EU-Territorium setzen. Italien, Malta, Zypern und Griechenland liegen an jenen Routen, über die circa 90 Prozent der Flüchtlinge in die EU einreisen. Jeder kann die desaströsen Zustände etwa in Griechenland, Italien oder Ungarn kennen. Zur Genüge gibt es Bilder, Filme und Berichte von den furchtbaren Zuständen in den Randstaaten oder sogenannten Drittstaaten. Dort erhalten Menschen vielfach keinen Schutz, sondern sie verelenden. Selbst unter dem Eindruck der schrecklichen Katastrophe im Mittelmeer und dem Tod von einigen Hundert Menschen hat sich der EU-Gipfel, das ist schon gesagt worden, vor zwei Wochen nicht dazu verstanden, das bisherige System der Verteilung, oder besser Nichtverteilung, der nach Europa gelangenden Flüchtlinge zu reformieren. Es soll bis auf Weiteres alles beim Alten bleiben. Vor allem die bisherige Bundesregierung blockiert den dringend notwendigen Richtungswechsel in der EU-Politik. Für diese Verantwortungslosigkeit fehlen mir die Worte.

Insofern stimmen wir der Intention des FDP-Antrags durchaus zu. Wir dürfen die Augen vor dem Elend, das das bisherige System der Nichtverteilung hervorbringt, nicht länger verschließen; es muss gehandelt werden. Dem von der FDP vorgeschlagenen Lösungsweg stehen wir allerdings sehr kritisch gegenüber. Die FDP schlägt einen Schlüssel zur Verteilung der Flüchtlinge vor, der sich am Königsteiner Schlüssel orientiert. Dazu hat Herr Schäfer zum Beispiel schon einiges gesagt. Das führt in jedem Fall dazu – darauf hat Frau Möller bereits hingewiesen –, dass Menschen ohne Berücksichtigung ihrer persönlichen Wünsche und nicht selten unter Trennung von Familienangehörigen zwangsverteilt werden. Es gibt ganz andere Vorschläge, etwa von Pro Asyl, die humaner und günstiger sind. Asylsuchende sollen sich das Land aussuchen können, in dem sie Asyl beantragen. Statt Flüchtlinge hin- und herzuschieben, muss die EU einen Mechanismus für den Ausgleich unterschiedlicher finanzieller Belastungen durch die Flüchtlingsaufnahme schaffen. Damit wäre sowohl

**(Christiane Schneider)**

der Solidarität mit den Schutzsuchenden als auch der Solidarität innerhalb der EU Genüge getan.

(Beifall bei der LINKEN)

Ganz kann ich Sie, Herr Voet van Vormizeele, nicht verstehen und auch die SPD, die dazu geklatscht hat, nicht. Man kann nicht sagen, dass die EU in dieser Angelegenheit solidarisch handelt, sondern die Probleme werden hin- und hergeschoben und wer sie hat, der hat sie. Ich kritisiere die Intention, die Italien hatte, eine Veränderung zu beantragen, genauso wie die Intention, die zum Beispiel die Bundesregierung hatte, genau das zu verhindern. Beide haben hier nicht solidarisch gehandelt, beide sind ihren Aufgaben nicht nachgekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir jedenfalls wollen sowohl die Solidarität mit den Schutzsuchenden als auch die Solidarität innerhalb der EU. Die unterschiedlichen Belastungen können auf finanziellem Wege ausgeglichen werden, denn es ist humaner, Geld statt Menschen zu verschieben. Das sind aber alles Fragen, die wir im Ausschuss ausführlich erörtern können. Ich habe allerdings die leichte Befürchtung, dass das Thema nur an den Ausschuss verschoben wird. Da liegt es erst einmal, und die SPD, die gerade in Berlin verhandelt, ist nicht genötigt, sich zu erklären, was sie machen will.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dreschel SPD*: Nein!)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Frau Kaesbach.

**Martina Kaesbach FDP**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schäfer, Sie sprachen gerade von schwarz-gelber Koalition. Aber ich möchte Sie daran erinnern, dass im Moment

(*Sören Schumacher SPD*: Mutti allein zu Haus!)

schwarz-rote Koalitionsgespräche geführt werden. Ich bin mir sicher, dass es auch dort manche Kröte zu schlucken gilt. Man denke zum Beispiel an die Pkw-Maut für Ausländer. Ich bin gespannt, wie diese Gespräche ausgehen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben gesagt, dass auf Bundesebene nichts passiert ist. Die FDP hat sich auf europäischer Ebene sehr wohl dafür eingesetzt; das hat Herr van Vormizeele schon angedeutet. Unsere Europaabgeordnete Nadja Hirsch hat schon vor Jahren die Einführung des Verteilerschlüssels gefordert.

(Beifall bei der FDP – Glocke)

Das EU-Parlament hat dies in der Tat auch beschlossen, es hat zumindest im vergangenen Jahr die EU-Kommission beauftragt, das zu prüfen. Leider ist daraus bis jetzt nichts geworden.

Zum Thema Königsteiner Schlüssel: Wie mein Kollege Robert Bläsing schon sagte, sollte der in der Tat als Orientierung dienen. Natürlich kann man über die Kriterien noch streiten und sie erarbeiten. Wir wollen mit dem Antrag, das habe ich auch gesagt, dass die Asylpolitik grundsätzlich mehr in Richtung einer gesamteuropäischen Verantwortung geht. Mit einem Schlüssel gibt es immer mehr Transparenz, und mit Transparenz gibt es bessere Planbarkeit, und davon wird jedes Land profitieren.

(Beifall bei der FDP)

Herr van Vormizeele, wir als FDP-Fraktion haben in keiner Weise gesagt, dass Deutschland nicht genügend für Flüchtlinge tut.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Kaesbach. Ich hatte eben schon einmal zaghaft den Versuch unternommen. Es ist im Augenblick deutlich zu laut, und insbesondere die hinteren Reihen fast aller Fraktionen könnten sich ein bisschen mäßigen.

**Martina Kaesbach FDP** (fortfahrend): Sie haben sicher auch festgestellt, dass während der gesamten Diskussion, auch im Vorfeld des EU-Gipfels, mit unterschiedlichen Größenordnungen hantiert wurde. Mal hieß es, Deutschland stehe bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern an erster Stelle. Das stimmt auch, was die absoluten Zahlen betrifft. In Relation zur Bevölkerungszahl aber liegt Deutschland auf Platz elf. Ich erlebe selbst, dass darüber sehr viel Unsicherheit herrscht. Hier hilft genau ein Verteilerschlüssel, denn dann herrscht Transparenz und Planbarkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zu Ihnen, Frau Möller, möchte ich sagen, dass es in diesem Antrag um einen Systemwechsel geht. Natürlich ist klar, dass das Asylverfahren noch einiges Potenzial zur Verbesserung hat, zum Beispiel das Thema Arbeitserlaubnis. Darauf haben wir als FDP auch immer hingewirkt, aber in diesem Antrag geht es eben um die Forderung nach einem Systemwechsel.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/9691 an den Europaausschuss zustimmt, den

**(Vizepräsidentin Barbara Duden)**

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich würde es gut finden, wenn die Interessierten verstehen könnten, was ich sage. Deswegen wäre es nett, wenn es insbesondere dort hinten leiser wäre.

(Beifall bei *Dr. Eva Gümbel, Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE, und Tim Golke DIE LINKE*)

Wer die Drucksache 20/9691 sodann an den Innenausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert.

Bevor wir zu Punkt 28 kommen, bin ich Ihnen noch zwei Wahlergebnisse schuldig, einmal das Wahlergebnis der Nachwahl eines Mitglieds für das Datenschutzgremium der Bürgerschaft nach Paragraph 14 der Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft.

Kandidat war Herr Niedmers. Es wurden 116 Stimmzettel abgegeben. Auf Herrn Niedmers entfielen 92 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen, und es gab null ungültige Stimmzettel. Damit ist Herr Niedmers gewählt.

Wir kommen zum zweiten Wahlergebnis, nämlich dem der Wahl eines Deputierten der Kulturbehörde.

Hier kandidierte Herr Klaus Lübke. Es gab 117 Stimmzettel, davon 101 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen, und auch hier hat es keinen ungültigen Stimmzettel gegeben. Damit ist Herr Klaus Lübke für die Deputation gewählt.

Wir kommen zum Punkt 28, Drucksache 20/9684, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Recht auf freien Zugang zum Master sicherstellen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Recht auf freien Zugang zum Master sicherstellen**

**– Drs 20/9684 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Heyenn.

**Dora Heyenn** DIE LINKE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Jahr 1999 unterzeichneten Regierungsvertreter aus 29 europäischen Nationen die sogenannte Bologna-Erklärung. Dieser Bologna-Prozess orientierte sich an der Lissabon-Strategie, die vorsah, die Europäische Union bis 2010 – ich zitiere –:

"... zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen."

Das hat wohl nicht geklappt. Bei der Umgestaltung der Hochschulen standen nicht etwa soziale Durchlässigkeit und Demokratisierung im Vordergrund, sondern Wettbewerbsfähigkeit und Standortlogik. In der Praxis hieß das vor allem Verkürzung der Studienzeit, Reduzierung der Studieninhalte und kurzfristige Arbeitsmarktberufung auf Kosten des wissenschaftlichen Anspruchs. Bei der Entrümpelung der Lehrinhalte landete die kritische Wissenschaft als Erstes auf dem Müll. Als Ziel wurde formuliert, dass die verschiedenen nationalen Bildungssysteme miteinander kompatibel werden sollten, die Studienzeiten verkürzt, die Abbrecherquoten gesenkt sowie die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen gefördert werden sollte. Auch das hat nicht geklappt.

Erreichen wollte man dies damit, dass die Hochschulabschlüsse Diplom und Magister durch die neuen Abschlüsse Bachelor und Master ersetzt werden. Im Wintersemester 2012/2013 betrug der Anteil der Bachelor-/Masterstudiengänge in Deutschland circa 86,6 Prozent des Studienangebots. Es war aber nie die Rede davon, dass die Übergänge wie vom Vordiplom zum Diplom und vom ersten zum zweiten Staatsexamen erschwert oder sogar versagt werden sollten, sodass unterm Strich eine massive Verschlechterung der Studienbedingungen herauskam. In diesem System der gestuften Studienabschlüsse stellt sich der Bachelorabschluss als Regelabschluss dar. Das Studium als Bachelor soll wissenschaftliche Grundlagen, Methodenkompetenz, berufsfeldbezogene Qualifikationen vermitteln und, was immer wieder betont wird. Der Bachelor soll ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss sein. Genau das ist für einen Bachelorabschluss die Ausnahme und nicht die Regel. Nicht nur, dass viele mit diesem Abschluss noch nicht einmal eine Qualifizierung vergleichbar einer Ausbildung im dualen oder staatlichen Berufsbildungssystem haben, sie haben gar keine Möglichkeit, ihren Beruf auszuüben. Das gilt nicht nur für Lehramtsstudierende und Bachelorabsolventen der Psychologie.

Auch das Ziel der Bologna-Reform, dass ein Wechsel von einem Studienort zum anderen, von einem europäischen Land ins andere erleichtert werden sollte, ist glatt verfehlt. Das klappt nicht einmal zwischen Bremen und Hamburg. Wenn jemand in Bremen seinen Bachelor in Chemie gemacht hat, dann kann er sich bewerben so viel er will, er wird in Hamburg nie für ein Masterstudium aufgenommen werden, auch wenn er die Note 1,0 hat, da Hamburg für Chemie ein Analysepraktikum voraussetzt, das es an der Universität in Bremen nicht gibt. Daher klappt der Übergang vom Bachelor zum Master nicht einmal zwischen Bremen und

**(Dora Heyenn)**

Hamburg, geschweige denn im europäischen Raum.

Nach mehr als 13 Jahren treten die gravierenden Mängel des Bologna-Prozesses immer stärker hervor. Dabei ist vor allem der Übergang von einem Bachelor- in ein Masterstudium eine entscheidende und für die betroffenen Studierenden eine Existenzfrage. Sowohl die Kultusministerkonferenz als auch die Hochschulrektorenkonferenz haben sich explizit gegen eine politisch verordnete Quote für die Relation zwischen Bachelorabsolventen und Masterstudienanfängern ausgesprochen. Dennoch geben die KMK-Strukturvorgaben vor, dass nur ein Teil der Bachelorabsolventen ein Masterstudium aufnehmen kann. Die Länder können für den Zugang zum Masterstudium besondere Zulassungsvoraussetzungen festlegen. Der Bachelorabschluss berechtigt also nur rein formal zum Masterstudium.

In Hamburg gibt es kaum einen Studiengang ohne Numerus clausus, und die Anforderungen steigen jedes Jahr. So liegt die Zulassungsbeschränkung zum BWL-Studium an der Universität Hamburg in diesem Semester bei 1,6 – im Jahr 2007 war es noch 2,7. In VWL liegt der Numerus clausus bei 2,0. Allein in der Hansestadt gab es für dieses Semester 5800 Bewerber für gerade einmal 329 Bachelorplätze in BWL und 1000 Bewerber für 147 Bachelorplätze in VWL.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Hört, hört!)*

Ein Blick auf die von den Hochschulen festgelegte Anzahl von rund 170 Masterstudienplätzen in BWL zeigt, dass künftig ein immer größerer Anteil der Bachelorabsolventen – wir reden davon, dass die Zahl der Erstsemesterstudierenden steigen soll – eine immer geringere Chance auf einen Masterstudienplatz haben wird. Das können wir so nicht hinnehmen.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Angesichts der momentanen Zulassungsprobleme und des Kapazitätsmangels an den Hochschulen sollten wir uns noch einmal daran erinnern, dass es 1972 ein Bundesverfassungsgerichtsurteil gab, das berühmte Numerus-clausus-Urteil. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass sich aus dem Recht auf Berufswahlfreiheit in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip und dem allgemeinen Gleichheitssatz das Recht auf Zulassung zu einem Hochschulstudium ergibt. Das scheint vollkommen in Vergessenheit zu geraten, und die tägliche Praxis widerspricht diesem Urteil. Der Numerus clausus wurde damals explizit als Notlösung für temporäre Engpässe betrachtet; inzwischen ist der NC Regelfall, auch in Hamburg. In einigen Fächern besteht selbst mit einem sehr guten Abitur – und das heißt heute: eins Komma x; ich bin schon froh, dass es nicht null Komma x heißt, aber da werden

wir auch noch hinkommen – kaum noch die Chance, ein Studium ohne Wartezeiten von zwei oder drei Jahren aufzunehmen.

Übergangsquoten beziehungsweise eingeschränkte Übergangsmöglichkeiten verstärken ganz klar die soziale Selektion beim Hochschulzugang. In diesem Zusammenhang ist es ein großes Problem, dass weiterbildende Masterstudiengänge keine Förderung nach dem BAföG ermöglichen. Zudem steht die bisherige Praxis der Etablierung des Bachelors als Regelabschluss im klaren Kontrast zu den Aussagen der Studierenden, dass ihr wichtigster Grund für die Wahl eines Bachelorstudiums die anschließende Aufnahme eines Masterstudiums sei. Da der Bachelorabschluss nur von wenigen als das Ende ihres Studiums und überwiegend als Vorstufe zum Master gesehen wird, müssen – und das ist explizit die Auffassung der LINKEN – beide Studienabschnitte als Einheit gesehen werden.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Der Bachelorabschluss darf keine akademische Sackgasse für einen großen Teil der Absolventen sein, sondern muss für alle Studierenden die Möglichkeit des Übergangs in ein Masterstudium bieten. Insbesondere Studierende in Hamburg sind hierbei benachteiligt. So können Bachelorabsolventen auf Lehramt oder Psychologie sich vielfach nicht an anderen Universitäten für einen Masterstudienplatz bewerben, weil die örtlichen Zulassungskriterien so gestrickt sind, dass Hamburger Absolventen keine Chance haben beziehungsweise gar nicht erst zugelassen werden.

Die Studierenden der Psychologie haben einmal aufgezeigt, auf welche Universitäten das zutrifft, und sind dabei auf 17 Hochschulen gekommen. Die Universitäten in Aachen, Berlin, Dresden und Freiburg beispielsweise erwarten einfach mehr Credit Points in der für Psychologen sehr wichtigen Diagnostik, als in Hamburg überhaupt zu erreichen sind. Den Studierenden fehlt teilweise ein Credit Point, und dadurch haben sie keine Chance, sich woanders zu bewerben. Noch schlimmer ist es an den Universitäten in Konstanz, Bochum und Würzburg, in denen Credit Points in einem Fach gefordert werden, das in Hamburg gar nicht unterrichtet wird. An diesen Hochschulen brauchen sich die Hamburger Bachelorabsolventen also nicht bewerben, sie haben dort keine Chance.

Die Vielzahl an möglichen Zugangsvoraussetzungen bei den Masterstudiengängen führt in der Praxis also dazu, dass die angestrebte Flexibilität der Studiengänge sich in ihr Gegenteil verkehrt und viele Masterstudiengänge Hamburger Bachelorabsolventen verwehrt bleiben, weil sie die erforderlichen Zusatzleistungen in Hamburg nicht erbringen können.

**(Dora Heyenn)**

Hamburg setzt meines Wissens bei allen Masterstudiengängen – mit Ausnahme von Chemie – ausschließlich auf die Durchschnittsnote als Qualitätsnachweis. Das machen aber nicht alle Universitäten. Eigentlich gibt es aus Prinzip keine Landeskinderklausel, aber natürlich sind die vielen besonderen Bedingungen der anderen Universitäten versteckte Landeskinderklauseln. Es ist sehr rühmlich, dass Hamburg das nicht macht. Das bedeutet aber, dass Hamburger Studierende doppelt benachteiligt sind. Während sie selber an anderen Hochschulen bestimmte Kriterien nicht erfüllen, haben in Hamburg fast alle Absolventen anderer Universitäten Zugang. Man könnte auch sagen, dass das eine negative Landeskinderregelung ist.

Zu wenig Masterplätze sind natürlich auch eine Frage der Finanzierung, und so haben denn auch in Hamburg – und das ist ziemlich einmalig – die Juso-Hochschulgruppe, die Hochschulgruppe der GRÜNEN und ein der FDP nahestehender Studierendenverband zusammen mit dem der Linkspartei nahestehenden Hochschulverband Die Linke.SDS im April 2011 eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der es heißt – ich zitiere –:

"Die Wahl zwischen einem Masterstudium und dem direkten Einstieg in den Beruf darf nicht von der Verfügbarkeit der Masterstudienplätze abhängen."

Dem stimmen wir zu und fordern deshalb einen Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik. Es muss erkannt werden, dass die Studienanfänger momentan vielfach in eine Sackgasse geschickt werden. Sie verlieren schlicht drei, vier Jahre für nichts. Sie haben nichts in der Hand und können kaum etwas machen. Hier gibt es in einigen Studienfächern bereits jetzt große Probleme. In zwei, drei Jahren wird sich, das habe ich eben schon einmal ausgeführt, die Zahl der jährlichen Bachelorabschlüsse erhöhen und damit auch die Nachfrage nach Masterstudienplätzen. Der Anteil der abgewiesenen Bachelorabsolventen wird dann immer größer werden, und dieses Problem baut sich kontinuierlich auf. Da können wir nicht einfach zuschauen und sagen, dass sich das schon irgendwie richten werde. Es ist sehr löblich, dass die Lehramtsstudierenden einen Masterstudienplatz bekommen haben, aber im nächsten Semester werden wir das gleiche Problem wieder haben, wahrscheinlich wesentlich stärker.

Eine Lösung kann unserer Meinung nach nur dann gerecht sein, wenn wir das Recht auf einen freien Zugang zum Masterstudium und eine bedarfsdeckende Hochschulfinanzierung ermöglichen. Da befinde ich mich auch im Einklang mit Professor Lenzen und Senatorin Stapelfeldt, denn als im Oktober 2011 die Hochschulvereinbarung für die Universität Hamburg unterzeichnet wurde, wurde im Detail eine Übergangsquote vom Bachelor zum Master von bis zu 100 Prozent vereinbart. Das wird

angestrebt und ich hoffe, dass das nun auch möglichst schnell umgesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Kühn.

**Philipp-Sebastian Kühn SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Heyenn, das Bild, das Sie von der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik gezeichnet haben, ist sehr schräg,

(Dora Heyenn *DIE LINKE:* Das ist die Realität!)

denn in weiten Teilen ist es eben nicht so, wie Sie es beschrieben haben. Man kann Ihren Antrag so verstehen – und das war ein Stück weit zu erwarten, ich zumindest habe es erwartet –, dass Sie ein Rollback postulieren. Ich will für die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause – die anderen Fraktionen werden sich gleich noch äußern – sehr deutlich sagen, dass wir einem solchen Rollback nicht folgen, sondern an dem Prinzip von Bachelor und Master festhalten werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Ohne Frage gibt es Schwierigkeiten im System, und die Bundesländer und Kulturminister haben sich darauf verständigt, das System der Bachelor- und Masterstudiengänge kritisch zu überprüfen und dort, wo es Fehlentwicklungen gegeben hat – und die hat es ohne Zweifel gegeben –, für Änderungen zu sorgen.

Ihr Antrag basiert natürlich zum Teil auf den Diskussionen, die wir in Hamburg um die Lehramtsstudenten hatten. Ich habe schon in der Debatte um das Kapazitätsrecht, bei der Ihre Argumentation ebenfalls ziemlich schräg war, darauf hingewiesen, dass wir unterscheiden müssen zwischen Studiengängen, wo der Bachelor sehr wohl berufsqualifizierend ist, und solchen, wo er es nicht ist. Die Lehramtsstudenten bilden da eine besondere Gruppe, für die wir aber eine Lösung gefunden haben, was ich noch einmal ausdrücklich begrüßen will. Zugleich will ich an die letzte Sitzung des Wissenschaftsausschusses erinnern, auf der der Kollege Holster darauf hingewiesen hat, dass es nicht nur um die Frage der Masterplätze geht, sondern auch um die Referendariatsplätze. Auch deshalb greift Ihre Darstellung viel zu kurz und ist in der Argumentationslogik schräg.

(Christiane Schneider *DIE LINKE:* Was verstehen Sie eigentlich unter schräg?)

Für die Lehramtsstudenten haben wir eine Lösung gefunden, und der Senat hat in der Sitzung des Wissenschaftsausschusses gesagt, dass er an diesem Problem weiter arbeiten werde. Ich finde es

**(Philipp-Sebastian Kühn)**

aber auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir bei der großen Masse der Studiengänge in Hamburg genügend Masterplätze haben. Es werden gar nicht alle Masterplätze nachgefragt. Um noch einmal auf das Beispiel der Psychologiestudenten zu kommen: In der ersten Runde des Nachrückverfahrens haben bis auf elf Studierende doch noch alle einen Platz bekommen, und es ist sehr wahrscheinlich, dass in der zweiten Runde auch die übrigen noch befriedigt werden können. Es gehört zum normalen Verlauf der Studienplatzvergabe, dass wir mehrere Verfahren haben. Es ist eben auch entscheidend, ob die vergebenen Studienplätze angetreten werden oder nicht. Die Zahlen, die wir in Hamburg haben, sind auch ein Ausdruck dafür, dass Hamburg ein attraktiver Studienort ist. Und man kann grundsätzlich erst einmal positiv bewerten, dass wir als Hochschulstandort nachgefragter sind als andere Studienstädte in der Bundesrepublik.

Zum Nachrückverfahren habe ich eben schon einiges gesagt. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir die Kapazitäten für die Bachelorstudierenden erhöhen, in den kommenden Jahren natürlich auch an die Frage der Masterplätze herangehen müssen. Das ist in der letzten Ausschusssitzung seitens des Senats bereits thematisiert worden. Natürlich hat meine Fraktion die Erwartung, dass es in den Koalitionsverhandlungen und wenn es um die Folgeverhandlung für weitere Hochschulpakete geht, Ziel sein muss, eine Lösung zu erzielen, mit der es in einer nächsten Hochschulpaketrunde künftig auch mehr Masterplätze geben wird. Ich glaube, da besteht kein Dissens, zumindest habe ich keinen wahrnehmen können. Aber das sind Verhandlungen, die in den kommenden Jahren laufen müssen. Dass wir diese Notwendigkeiten haben, ist allen Beteiligten vollkommen klar.

Ich möchte zum Schluss noch einen Hinweis geben, der mir auch angesichts der anstehenden Beratungen zum Hochschulgesetz wichtig ist. Als wir damals diese Bachelor-Master-Reform gemacht haben, waren wir in weiten Teilen der Überzeugung, dass ein Großteil der Bachelorstudierenden dem angelsächsischen Vorbild folgend zunächst einmal in den Beruf gehen und dann irgendwann später seinen Master machen würde. Diese Erwartung ist vollkommen widerlegt worden. Wir haben in der Bundesrepublik die Situation, dass fast 100 Prozent der Bachelorabsolventen direkt im Anschluss ihren Master machen wollen. Trotzdem finde ich, dass wir die grundlegende Idee, dass jemand mit seinem Bachelor ins Berufsleben startet und dann schaut, worauf er sich aufbauend aus den Erfahrungen des Berufslebens qualifizieren will, nicht aus den Augen verlieren sollten. Wir müssen aber versuchen, den Anreiz, diesen Gedanken aufzugreifen, attraktiver zu gestalten. Eine Möglichkeit wäre zu überlegen, wie wir die staatlichen Hochschulen besser in die Lage versetzen

können, auch berufsbegleitende Masterangebote anzubieten, denn natürlich will jemand, der seinen Bachelor gemacht hat, im Berufsleben war und Geld verdient hat, nicht noch einmal für zwei Jahre komplett aus dem Berufsleben aussteigen. Ich glaube, es ist eine wichtige Aufgabe zu überlegen, wie wir die staatlichen Hochschulen besser in die Situation versetzen können, auch diesen Studierenden ein Angebot machen zu können. Im Moment sind diese Studierenden komplett auf Angebote privater Anbieter beschränkt. Wir alle sind gefordert, den Hochschulen eine bessere Möglichkeit zu geben, entsprechende Angebote zu machen.

Zusammenfassend ist zu sagen: Sie haben ein Bild gezeichnet, das vollkommen überzogen ist. Wir haben in Hamburg nach wie vor die Situation, den meisten an einem Masterstudiengang Interessierten ein Angebot machen zu können; in vielen Studiengängen bieten wir sogar mehr Masterplätze an, als am Ende besetzt werden. Für die Lehramtsstudenten haben wir eine Lösung gefunden. Für die Psychologiestudenten gilt, dass ein Bachelor, anders als im Lehramt, sehr wohl berufsqualifizierend ist. Das hat der Berufsverband der Psychologen selber festgestellt, und insofern ist das schon ein großer Unterschied zu den Lehramtsstudenten. – In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Kleibauer.

**Thilo Kleibauer CDU:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der LINKEN adressiert ein wichtiges Thema, wird aber, Frau Heyenn, dem Thema überhaupt nicht gerecht. Er ist erkennbar von einer Gruppierung geschrieben, die gerne populistische Maximalforderungen aufstellt, aber gewählt wird, um nicht in politische Verantwortung zu gehen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Lieber Gott, was ist das denn?)

Ihre Argumentation ist relativ simpel. Wir haben 1800 Bewerbungen auf einen Masterstudienplatz, es gibt aber nur 170 Plätze in diesem Fach, also brauchen wir nach Ihrer Logik 1800 Plätze. Ich finde, das wird der Sache nicht gerecht. Es gibt Nachrückverfahren; Herr Kühn hat es ausgeführt. Wir alle wissen, dass es sowohl bei Bachelorstudiengängen als auch bei Masterstudiengängen sehr, sehr viele Doppelbewerbungen gibt – sicherlich kann man einiges im Verfahren verbessern, was mit dieser Stiftung auch einmal angedacht war –, was zu diesen hohen Zahlen führt. Wenn man dann im Nachrückverfahren ist, verflüchtigen sich diese Zahlen relativ schnell.

**(Thilo Kleibauer)**

Die Situation in den Studiengängen ist sehr unterschiedlich. Auch deshalb sind pauschale Lösungen, wie Sie sie einfordern, nicht der richtige Weg, zumal man auch sagen muss, dass wir in Hamburg viele Masterstudiengänge anbieten, für die wir weniger Bewerbungen als zur Verfügung stehende Plätze haben. Die Anzahl der Bewerber, die ihre Studienplätze dann auch annehmen, ist teilweise noch einmal geringer. Wir müssen uns sicherlich um diejenigen kümmern, die als Bachelorabsolventen in Hamburg keinen Masterstudienplatz bekommen, aber wir sollten genauso darauf schauen, wo wir freie Masterstudienplätze haben und warum es uns als Hochschulstandort Hamburg nicht gelingt, qualifizierte Bewerber für diese zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine Modellrechnung des CHE, die im April dieses Jahres aufgestellt worden ist und zu dem Schluss kommt, dass die Entwicklung der Nachfrage nach Masterstudienplätzen planerisch unterschätzt worden ist. Das hat mit den Bachelor-Master-Übergangsquoten zu tun, wo man am Anfang natürlich wenig Erfahrungswerte hatte. Da sehe ich auch einen gewissen Handlungsbedarf, zumal sich die Situation relativ schnell durch den Hochschulpakt verschärft, denn der Hochschulpakt hat dazu geführt, dass wir grundständige Studienangebote und Bachelorkapazitäten ausgebaut haben, nicht aber im gleichen Umfang Masterstudienplätze. Die CHE-Analyse sagt deshalb ganz klar, dass es Handlungsbedarf gibt, auch für die Politik. Diesen Handlungsbedarf, Frau Heyenn, sehen wir auch. Das heißt aber nicht, dass man nicht auch berücksichtigen sollte, dass es Menschen gibt, die sagen, der Bachelorabschluss reiche aus. Da gebe ich Herrn Kühn recht. Man sollte deshalb nicht gleich die ganze Bachelor-Master-Umstellung durch die Bank schlechtreden. Wir werden sicherlich – und das ist eine Aufgabe, die nicht in zwei, drei oder vier Jahren gelöst sein kann – im Auge behalten müssen, wie Bachelorabschlüsse wahrgenommen werden und welche Berufsbilder es für sie gibt.

Was wir auch im Auge behalten sollten, Frau Heyenn, ist die Qualität des Hochschulangebots. Ich bin sehr dafür, dass wir auch darüber diskutieren, wie viele Studienplätze wir als Stadt zur Verfügung stellen – wir stellen als Stadtstaat rechnerisch durchaus viele zur Verfügung – und in welchen Fächern. Leider verweigert sich der Senat dieser Diskussion. Am Anfang der Legislaturperiode hat er vollmundig angekündigt, er erstelle Leitlinien. Aber wie sehen diese Leitlinien aus? Vor anderthalb Jahren wurde den Hochschulen die Pistole auf die Brust gesetzt, ihr Studienplatzangebot sei so und so zu steuern, aber diese Leitlinien sind dem Parlament bis heute nicht vorgelegt worden. Nach der ursprünglichen Zeitplanung sollte das schon viel schneller geschehen sein. Ich finde es wichtig, dass wir das diskutieren. Dabei müssen wir natürlich auch berücksichtigen, welches Angebot an

Studienplätzen die einzelnen Hochschulen verkraften können, um ein gutes Angebot in der Lehre und Qualität abzudecken.

Ich möchte einen weiteren Punkt erwähnen – Frau Heyenn hat ihn angesprochen –, den man bei diesem Thema nicht unberücksichtigt lassen darf, die Pressemitteilung des Senats vom 21. Oktober 2011 anlässlich der Hochschulvereinbarung. In dieser Pressemitteilung steht ein Absatz, der überschrieben ist mit:

"Wesentliche Eckpunkte der Vereinbarung sind:"

Mitten in diesem Absatz steht der Satz:

"Darüber hinaus garantiert die Vereinbarung jedem Hamburger Bachelor-Absolventen einen Master-Studienplatz."

Bis heute hat der Senat diese Aussage nicht zurückgenommen. Es ist politisch fahrlässig, dass Sie, Frau Dr. Stapelfeldt, hier Erwartungen geweckt haben, von denen Sie wussten, dass sie nicht erfüllbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem Sie dann gemerkt haben, dass es ganz so einfach nicht ist, haben Sie versucht, die Probleme auf die Hochschulen abzuwälzen und mit einer Härtefallquote für Masterstudiengänge nachgesteuert, die die Bürgerschaft vor einiger Zeit beschlossen hat. Wie sieht diese Härtefallquote in der Praxis aus? In den allermeisten Masterstudiengängen führt die Verteilung der Studienplätze zu keinen Problemen, aber wir haben drei Studiengänge, nämlich Lehramt, Psychologie und Betriebswirtschaft, in denen wir viel zu viele Härtefallanträge haben. In allen drei Studiengängen sind deutlich mehr Härtefallanträge gestellt worden, als Plätze zur Verfügung stehen. Das zeigt doch, dass Ihre Lösung der falsche Weg ist.

Deshalb, liebe Frau Senatorin, sind Sie bei diesem Thema gefordert. Wir fordern Sie auf, Ihre Vorstellung, was die Entwicklung der Studienplätze am Hochschulstandort Hamburg angeht, hier vorzulegen und mit uns zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

**Dr. Eva Gümbel GRÜNE:**\* Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Heyenn, erst einmal vielen Dank dafür, dass wir dieses Thema aufgrund der Anmeldung Ihres Antrags debattieren können. Sie haben sehr schön dargestellt, wo es hakt und wo die Schwierigkeiten bei der Umstellung besonders greifbar werden. Sie haben Zustände deutlich gemacht, die für Bildungsbiographien sorgen, die für junge Menschen sehr belastend sind, denn sie

**(Dr. Eva Gümbel)**

müssen, wenn sie den Übergang vom Bachelor zum Master nicht schaffen, Wartezeiten hinnehmen. Nach der Umstellung auf G8 durch das Bildungssystem galoppiert zu sein, den Bachelor erworben zu haben und dann in einer Warteschleife zu landen, kann sehr unangenehm sein und führt zu Unsicherheiten.

Ich will aber an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass wir Ihren Antrag für falsch halten, und zwar aus folgendem Grund: Wenn wir davon ausgehen, dass das, was Sie beschrieben haben, eine im Prinzip richtige Beschreibung der Wirklichkeit ist, dann muss man doch fragen, wie man dieses Problem – und wir haben es in der Tat – lösen kann und ob es möglich ist, dies von Hamburg aus zu tun. Da müssen wir ganz klar sagen, dass trotz des Bildungsföderalismus, wie wir ihn heute noch haben, dieses Problem nicht von Hamburg allein gelöst werden kann.

Sie wollen mit Ihrem Antrag im Prinzip eine Insellösung für Hamburg. Sie wollen die Bachelor-Master-Umstellung kippen und in einem Rutsch eine Garantie für Bachelor-Master einführen. Wozu würde das führen? Das würde dazu führen, dass die, die im Augenblick im System sind, das hätten, was Sie mit Ihrem Antrag erreichen wollen, nämlich die Garantie. Aber was passiert in der Folge? Wenn Hamburg das einzige Bundesland ist, das diese Garantie ausspricht, dann wollen natürlich alle Studierenden der gesamten Republik nach Hamburg kommen. Damit würde der NC bei null Komma irgendetwas liegen, vielleicht wären ein oder zwei Hamburger Abiturienten dabei – ich weiß nicht, wie viele Abiturienten in Hamburg so gut sind –, und das war es dann. Ich will damit sagen, dass ich die Sicht auf die Probleme teile, dass aber Ihr Antrag keine nachhaltige Lösung darstellt. Deshalb muss er leider abgelehnt werden. Wir haben uns mit diesem Problem aber in der letzten Ausschusssitzung bereits sehr auseinandergesetzt, und jetzt ist es Aufgabe des Senats, etwas zu tun.

Frau Senatorin, es ist in der Tat wichtig, jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, dass nicht nur für die Lehramts-, Psychologie- und BWL-Studierenden, sondern für alle der Übergang machbar wird. Natürlich sagen die Hochschulen – deshalb ist das relativ knifflig –, dass es von Hamburg aus keine Hindernisse gebe; das ist der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn Dr. Schinnenburg zu entnehmen. Wenn man aber genau hinschaut, ist es genau so, wie Frau Heyenn es beschrieben hat. In einem Fach können nur so und so viele Credit Points erworben werden, aber an vielen anderen Universitäten sind mehr erforderlich oder ein anderswo benötigtes Modul wird nicht angeboten. Das heißt, es sind versteckte Hindernisse da, und die Hochschulen müssen sich auf einen schwierigen Prozess einlassen. Das muss aber von der politischen Seite, von der KMK her organi-

siert werden, und natürlich muss der Anstoß aus Hamburg von Ihnen kommen.

Unsere Forderung an den Senat ist, die Bachelor-Master-Studierbarkeit in dem Sinne zu gewährleisten, die wir alle – und ich glaube, da sind wir uns einig in diesem Hause – wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kühn, wir beide sollten den heutigen Tag genießen. Es kommt selten vor, dass ich Ihnen in allem zustimme, was Sie sagen; heute ist es so. Lassen Sie uns diesen Tag genießen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Viel Spaß dabei!)

Herr Kühn hat mit dem, was er gesagt hat, recht. Lassen Sie es mich nur an einigen wenigen Punkten ergänzen, vielleicht auch ein wenig deutlicher sagen. Sie sind Regierungsfraktion, da muss man ein bisschen zurückhaltender sprechen. Als Oppositionsfraktion kann man das deutlicher sagen.

Sie sprachen von einem Rollback, das Frau Heyenn versuche einzuleiten. Ich nehme ein schärferes Wort: Was sie will und was sie vorgetragen hat, ist nichts anderes als reaktionär. Sie möchte alle richtungsweisenden Fortschritte der Wissenschaftspolitik der letzten zehn, fünfzehn Jahre schlicht und ergreifend zurückdrehen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Hast du den Antrag nicht gelesen, oder was?)

Offenbar hat sie vergessen, wie viele Studierende es vor Einführung des Bachelorabschlusses gab, die die Hochschulen nach endlosen Semestern ohne Abschluss verließen und viel schlechtere Berufschancen hatten als die heutigen Bachelorabsolventen; das ist nur ein Beispiel. Es gibt viele gute Gründe für das Bachelor-Master-System, und es ist gar keine Frage, dass Reformbedarf besteht. Sie sagen Rollback, ich sage reaktionär.

Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen. Ich bin schon sehr erstaunt, dass Frau Heyenn die Abschaffung von speziellen Eignungstests fordert. Die Einführung spezieller Eignungstests ist eine sehr gute Entwicklung. Die FDP – und ich glaube, andere sehen das auch so – ist nicht der Meinung, dass man ausschließlich nach der Abschlussnote gehen sollte.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Ich bin in der Tat der Meinung, dass es in verschiedenen Fächern wie zum Beispiel Psychologie oder Medizin sinnvoll und richtig ist, auch spezielle Fähigkeiten, die für den betreffenden Studiengang er-

**(Dr. Wieland Schinnenburg)**

forderlich sind, gezielt abzu prüfen und nicht nur auf die Abschlussnote zu schauen. Wir sollten den Hochschulen für diesen Einsatz danken, denn mit diesen Eignungstests ist viel Arbeit verbunden; von der FDP-Fraktion geht ein großer Dank an die Hochschulen. Frau Heyenn, Sie sind ganz und gar auf dem falschen Dampfer, wenn Sie diese abschaffen wollen. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt wurde schon erwähnt. Sie wollen ernsthaft mit der Zulassung zum Bachelorstudium automatisch eine Garantie auf einen Masterstudienplatz vergeben. Abgesehen davon, dass damit der Bachelor als berufsqualifizierender Abschluss entwertet, wenn nicht gar beseitigt würde, ist das in vielen Fällen gar nicht möglich. Was machen Sie denn mit den Hochschulen, die in einer bestimmten Fachrichtung zwar einen Bachelorstudiengang anbieten, aber keinen Masterstudiengang? Wer soll das von Ihnen so groß und vollmundig verkündete Versprechen umsetzen? Das geht gar nicht. Wenn Sie nachdenken, kommen Sie vielleicht selber darauf.

Der dritte Punkt: Geld für ein bedarfsdeckendes Masterangebot. Liebe Frau Heyenn, ich bin mit Ihnen der Meinung, dass die Hamburger Hochschulen unterfinanziert sind und die Senatorin da viel Ungutes getan hat. Aber was Sie hier fordern, ist aus meiner Sicht schlicht und ergreifend nicht finanzierbar. Sie wissen vielleicht, dass die FDP bei den letzten Haushaltsberatungen 10 Millionen Euro mehr für Hamburgs Hochschulen gefordert hat und das auch begründet und eine Gegenfinanzierung angeboten hat. Ich wäre aber dagegen, das Geld für ein rein dogmatisches Manöver, wie Sie es hier tun, auszugeben. Das geben wir besser für qualifizierte Studienplätze aus. Frau Heyenn, Sie sind hier völlig auf dem falschen Dampfer.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt könnte man den Antrag natürlich an den Wissenschaftsausschuss überweisen, und ich bin sehr dafür, im Wissenschaftsausschuss über eine Verbesserung des Bachelor-Master-Systems allgemein, aber vor allem in Hamburg zu diskutieren. Aber was Sie hier liefern, hat einfach viel zu wenig Substanz. Deshalb lehnen wir die Überweisung und auch alle Petita dieses Antrags ab.

Ein letztes Wort an Herrn Kühn: Es tut mir leid, das nächste Mal streiten wir uns wieder über 0,88 Prozent und die Vertreibung von Spitzenpersonal, aber heute war es noch einmal richtig schön für uns beide.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CDU:  
Oh! – *Christiane Schneider DIE LINKE:*  
Muss ich das jetzt verstehen?)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn DIE LINKE:**\* Ich würde gerne auf einiges eingehen. Herr Kleibauer, Sie haben gesagt, dass unser Antrag populistisch sei und zu einer Partei passe, die keine Verantwortung übernehmen wolle. Ich verstehe Sie so, dass Sie meinen, DIE LINKE sei eine Partei, die keine Regierungsverantwortung übernehmen könne.

(Beifall bei der LINKEN – *Finn-Ole Ritter FDP:* Richtig!)

– Ich weiß, dass Sie sich das wünschen.

Um einmal mit Herrn Kühn zu sprechen: Das ist wirklich schräg, sehr schräg sogar.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie selbst haben diese Pressemeldung vom 21. Oktober 2011 zur Hochschulvereinbarung für die Uni Hamburg aus der Tasche gezogen, und darin steht unter anderem, dass zwischen der Wissenschaftsbehörde und der Universität Hamburg die Übergangsquote Bachelor/Master zu 100 Prozent im Detail vereinbart wurde. Wollen Sie etwa Frau Stapelfeldt und der SPD vorwerfen, nicht regierungsfähig zu sein, weil sie hier eine populistische Forderung erheben? Diese besteht nach wie vor und ist Regierungmeinung im Moment.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass Frau Stapelfeldt und Herr Professor Lenzen eine Vereinbarung unterschrieben haben, in der steht, dass eine tatsächliche Kapazität entsprechend der Zahl der Studienanfänger geschaffen werden muss. Es müssen also mehr Eingangsplätze für Bachelor-Studenten geschaffen werden. Auch das ist Regierungmeinung, und insofern befinden wir uns da ausnahmsweise einmal in guter Gesellschaft mit der SPD.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Mit der alten SPD!)

Wenn Sie, Frau Dr. Gümbel, sagen, dass Hamburg das allein nicht schaffen kann, dann müssen Sie sich einmal diese Erklärung anschauen, weil genau das die Senatorin versprochen hat. Und wenn Sie sich darüber aufregen, dass wir eine Garantie fordern, dass alle, die ein Bachelor-Studium anfangen, auch ein Anrecht auf einen Master-Studienplatz haben, dann möchte ich Sie einmal daran erinnern, wie es denn beim Diplom-Studium war. Da wusste jeder, der sein Vordiplom machte, dass er, wenn er nicht gerade eine Fünf oder eine Vier minus hatte, auch einen Diplom-Platz bekam. Das war selbstverständlich. Und es war auch selbstverständlich für Jura- oder Lehramtsstudenten, die das erste Staatsexamen gemacht hatten und deren Note einigermaßen war, dass sie dann das zweite Staatsexamen machen konnten. Warum ist

**(Dora Heyenn)**

das denn plötzlich utopisch? Das wäre einfach nur menschlich, weil sich dann auch die einzelnen Studierenden darauf verlassen könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie hier von Rollback sprechen und dass wir das gesamte Bachelor-Master-System mit diesem Antrag abschaffen wollten, dann kann ich nur feststellen, dass Sie ihn nicht gelesen haben. Alles, was wir fordern, ist, dass jeder Bachelor-Absolvent einen Master-Studienplatz bekommen kann. Das ist alles, was hier drinsteht, und das ist sogar Regierungsmeinung. Von Rollback kann keine Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Frau Heyenn, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Schinnenburg?

**Dora Heyenn** DIE LINKE (fortfahrend): Nach dem Adjektiv, das Herr Schinnenburg mir zugeordnet hat, möchte ich das nicht.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, dass alle Bachelor-Abschlüsse berufsqualifizierend seien. Insbesondere Herr Kühn hat gesagt, dass auch diejenigen, die jetzt einen Bachelor in Psychologie haben, ohne weiteres einen Beruf ergreifen könnten. Sie haben sich auf den Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen berufen. Ich sage Ihnen einmal, was die gesagt haben. Sie haben gesagt, dass diejenigen, die keinen Master-Abschluss anstreben wollen oder zum Beispiel wegen fehlender Master-Studienplätze auch keinen bekommen, verglichen mit Bachelor-Absolventen anderer Fächer durchaus diese Möglichkeit hätten. Da wird Pest mit Cholera verglichen, weil die anderen nämlich auch keine Möglichkeiten haben.

Was mir noch ein besonderes Anliegen ist: In der Anfrage von Herrn Schinnenburg ist deutlich geworden, dass im ersten und zweiten Nachrückverfahren viele die Studienplätze nicht angenommen haben. Das ist natürlich das Ergebnis dieser unglaublichen Unsicherheit, dass Bachelor-Absolventen große Angst haben müssen, keinen Master-Platz zu bekommen. Also was machen sie? Sie wollen ihr Leben auch irgendwie absichern und bewerben sich bei zwei, drei, vier verschiedenen Universitäten. Dadurch kommt dieses ganze Hin- und Hergeruckel zustande, und das ist auch für die Studierenden eine unglaubliche Belastung. Sie müssen ständig damit rechnen, dass sie umziehen müssen. Bei der KMK muss man wirklich noch einmal darüber nachdenken, das zu ändern.

Jetzt noch einmal dazu, dass es ein dogmatisches Manöver sei, wenn man fordere, dass jeder, der

einen Bachelor-Abschluss hat, auch einen Master-Platz bekomme. Wir haben jetzt bei den Psychologen laut Aussage des Senats noch 13 junge Menschen, die einen Bachelor haben und keinen Master-Platz bekommen. Man kann natürlich sagen, es seien nur 13, aber es geht da nicht nur um Bildungsbiografien, sondern es geht um Existenzängste. Wenn sie jetzt nichts weiter bekommen – und sie werden nichts bekommen –, dann müssen sie Hartz IV beantragen. Dann haben sie drei bis vier Jahre umsonst studiert und müssen völlig neu anfangen, und das ist eine Zumutung.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/9684 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/9684 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf, Drucksache 20/8962, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Hamburger Einbürgerungsinitiative – Erste Zwischenbilanz.

**[Große Anfrage der SPD-Fraktion:  
Hamburger Einbürgerungsinitiative – Erste Zwischenbilanz  
– Drs 20/8962 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Abaci, Sie haben es.

**Kazim Abaci** SPD:\* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist eine internationale und kosmopolitische Stadt. Die Stadt, in der wir leben, hat den Ruf, liberal und weltoffen zu sein. Diesen Ruf muss sich unsere Stadt immer wieder neu verdienen, und wir alle müssen daran mitarbeiten.

Hamburg wächst, und das ist erfreulich. Das ist nicht nur den Eingewanderten zu verdanken. Laut Prognosen werden in der Stadt bald 1,9 Millionen Einwohner leben. In der Metropolregion wären es dann 5 Millionen Menschen, die entlang unserer beiden Elbufer leben und arbeiten. Hamburg bietet

**(Kazim Abaci)**

als Zentrum einer großen Metropolregion viele Chancen: wohnen, arbeiten, mobil sein, selbstbestimmt leben inmitten einer urbanen Infrastruktur, und dasselbe bietet es auch seinen Kindern durch gute Bildung und Ausbildung von der Kita bis zum Hochschulabschluss. Das alles können wir in Hamburg, und wir können es, weil wir so viele unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen in der Stadt versammeln.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Herr Abaci, verzeihen Sie die kurze Unterbrechung. Ich bitte die Abgeordneten, jetzt genauso aufmerksam zu sein wie in der vorhergegangenen Debatte.

Fahren Sie bitte fort.

**Kazim Abaci** SPD (fortfahrend): Wenn mehr als 180 Nationen in Hamburg vertreten sind, bedeutet das unter anderem, dass wir uns einer der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich annehmen müssen: der Integration und Vielfalt. Integration ist nur dann gelungen, wenn Zuwanderer gleichberechtigt an allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens teilhaben, genauer gesagt, wenn sie es können und tun.

(Beifall bei der SPD)

Ein wichtiges Element der Integrationspolitik ist die Einbürgerungskampagne, die vom Vorgängersensat begonnen wurde. Durch das systematische und offensive Vorgehen des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz zeigt diese Kampagne bundesweit großartige Erfolge.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg ist, bezogen auf seine Einwohnerzahl und Einbürgerungsquote, bundesweit Spitzenreiter – und das ist gut so. Es ist wichtig und richtig, dass Menschen, die seit mehreren Jahren hier leben, die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Das ist ein Bekenntnis zu Deutschland. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt, für den gelten auch dieselben Rechte und Pflichten, allen voran das aktive wie passive Wahlrecht.

Meine Damen und Herren! Die Einbürgerung ist auch ein wichtiges Signal. Deutschland, das sich lange gewehrt hatte, Einwanderungsland zu sein, baut endlich Brücken. Wer am tieferen Sinn dieser Politik zweifelt, sollte eine Einbürgerungsfeier im Festsaal des Rathauses erleben. Dort wird mit der Verleihung der Einbürgerungsurkunde durch den Ersten Bürgermeister und dem gemeinsamen Singen der Hammonia und der Nationalhymne das Hochamt der bürgerlichen Demokratie erlebt.

Wie Sie der Drucksache entnehmen können, konnte die Zahl der Anträge auf Einbürgerung von 5249 im Jahr 2011 auf 7164 im Jahre 2012 erhöht wer-

den. Das ist eine Steigerung von etwa 37 Prozent. Während Hamburg im ersten Halbjahr 2012 noch 2687 Neueinbürgerungen zu verzeichnen hatte, waren es im ersten Halbjahr 2013 schon 3747. Das ist eine Steigerung von etwa 40 Prozent, und das ist ein Erfolg der Einbürgerungskampagne des Senats.

(Beifall bei der SPD)

Die Drucksache zeigt auch, dass die Verfahrensdauer durch mehr Personal und verbesserte Arbeitsabläufe erheblich reduziert wurde. Diese Zahlen belegen eindeutig, dass die Kampagne ein Erfolgsmodell ist und einen weiteren Beleg für die Willkommens- und Anerkennungskultur unserer Stadt darstellt. Die Bundesrepublik Deutschland, das sollte nicht kleingeredet werden, ist ein Land mit einem liberalen Zuwanderungsrecht. Man kann darüber lachen, aber es ist so. Dieses Zuwanderungsrecht lässt sich dennoch weiter verbessern. Wie Sie der Drucksache entnehmen können, erfolgen etwa 60 Prozent aller Einbürgerungen unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit. Das zeigt, dass die Mehrstaatigkeit, die der Ausnahmefall sein sollte, längst ein Regelfall geworden ist und dass das Konzept einer exklusiven nationalen Identität hoffnungslos überholt ist. Die ungleiche und ungerechte Behandlung von Bevölkerungsgruppen ist zu beseitigen. Das ist ein Beleg dafür, dass wir ein moderneres Staatsangehörigkeitsrecht brauchen. Dazu gehören auch die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionszwangs.

(Beifall bei der SPD)

Wie ich eingangs sagte, müssen wir uns den guten Ruf unserer Stadt gemeinsam immer wieder neu verdienen. Hamburg tut etwas dafür. Die Drucksache ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund nicht als problembeladene Randgruppe betrachten, der vorrangig karitativ geholfen werden muss. Vielmehr sind sie elementarer Bestandteil der hamburgischen Bevölkerung mit verschiedensten sozialen Bezügen. Diese Hamburgerinnen und Hamburger haben Kompetenzen und Fähigkeiten, die es zu würdigen und zu fördern gilt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Haufler, Sie haben das Wort.

**Nikolaus Haufler** CDU:\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Abaci, es ist beeindruckend, wie Sie eine Große Anfrage mit so wenigen neuen Daten und Fakten, aber so hochtrabenden Worten zu einem

**(Nikolaus Haufler)**

Vorgang von geradezu globaler Bedeutung hochstilisieren möchten.

(Beifall bei der CDU)

Wir raten Ihnen deutlich, sich hier mit Eigenlob zurückzuhalten und mehr Einsatz zu zeigen. Mehr Sein als Schein würde Ihrer Fraktion in diesem Zusammenhang guttun.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten bei diesem Thema keine weitschweifigen Theorien entwickeln, sondern wir sollten uns aus Sicht der betroffenen Menschen anschauen, was diese Initiative überhaupt ausmacht. Der Senat schreibt es auch in seiner Antwort auf Ihre Anfrage – ich zitiere –:

"Jeder Einbürgerungswillige [kann] einen Einbürgerungsantrag stellen, ohne vom Bürgermeister dazu ausdrücklich ermutigt worden zu sein."

Ich bin dem Senat dankbar, dass er das klargestellt hat,

(Beifall bei der CDU)

denn das Einbürgerungsverfahren bleibt wie so viele andere auch nach dieser Initiative ein Antragsverfahren. Dass dieses eine Verfahren jetzt kundenfreundlicher und effizienter geworden ist, können wir als Christdemokraten nur begrüßen.

(Beifall bei der CDU)

Klar ist aber auch, dass dieses Projekt eine bevorzugte Personalausstattung genossen hat und einer strengeren Prozesskontrolle unterlag, weil der Bürgermeister es nun einmal so stark mit seiner eigenen Person verbunden hat. Das ist selbstverständlich. Wir sagen aber, dass jeder Bürger in dieser Stadt, ob Deutscher oder Ausländer, einen Anspruch auf ein kundenfreundliches, effizientes und zügiges Antragsverfahren hat, wenn er sich auf den Weg in eine unserer Behörden macht. Das gilt für Einbürgerungsanträge genauso wie für Anträge auf Anerkennung von ausländischen Diplomen, für Anträge auf Sprach- und Integrationskurse oder für Anträge auf aufenthaltsrechtliche Entscheidungen.

Es kann aber nicht sein, dass man Effizienz alleine dadurch erreicht, indem man einzelne Projekte zur Chefsache des Bürgermeisters macht. Kein Bürgermeister kann alle Prozesse persönlich kontrollieren und beaufsichtigen.

(*Gerhard Lein SPD*: Das ist auch gut so!)

Was wir brauchen, ist eine breite Offensive für Effizienz und Kundenfreundlichkeit in unseren Behörden gegenüber allen Hamburgern.

Ich führe viele Gespräche mit Zuwanderern in dieser Stadt, und das Thema Antragsbearbeitung sorgt immer wieder für Unmut. Bei der Diplomanerkennung sagen die Verwaltungen, an der hohen

Antragsbearbeitungsdauer seien die Antragsteller selbst schuld. Es heißt, dass die Menschen nicht die richtigen Unterlagen bringen würden und dadurch immer wieder Zeit verloren gehe. Aber wenn ich mit den Menschen spreche, dann höre ich, dass die Leitfäden für die notwendigen Unterlagen falsch sind und diese auch nicht korrigiert werden. Ich höre auch, dass Antragsteller genau die geforderten Unterlagen mitbringen und dann zwei-, dreimal wiederkommen müssen, weil dem Sachbearbeiter immer wieder neue notwendige Unterlagen einfallen. Jeder Monat Bearbeitungszeit bedeutet für diese Menschen aber häufig einen Verdienstausschlag in dreistelliger oder vierstelliger Höhe.

Solange das ignoriert wird, können wir noch nicht von Kundenorientierung in diesem Bereich sprechen, und wir wissen auch, dass die Einrichtung der "Zentralen Anlaufstelle Anerkennung", die wir sehr gern gewonnen haben und auf deren Dienstleistung wir nicht verzichten möchten, deutlich macht, dass das normale Antragsverfahren ohne Beratung durch eine neutrale Stelle noch nicht gut genug funktioniert. Aber warum eigentlich nicht? Deshalb fordere ich den Bürgermeister auf, als nächstes Projekt die Antragsbearbeitung im Bereich Diplomanerkennung zur Chefsache zu machen, damit die fleißigen und leistungsbereiten Zuwanderer in dieser Stadt so schnell wie möglich mehr Geld verdienen, mehr Steuern zahlen und mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen können.

(Beifall bei der CDU – *Kazim Abaci SPD*: Darum geht es nicht!)

Ein anderes Beispiel für wenig kundenfreundliche Antragsbearbeitung sind viele Vorgänge in unseren Ausländerämtern. Solange wir kein modernes Terminmanagement in jedem Ausländeramt haben und immer wieder chaotische Zustände vorkommen, werden Menschen jahrelang den Eindruck von Unprofessionalität von unserer Stadt haben, und der positive Eindruck durch die schnellere Bearbeitung der Einbürgerungsanträge wird dadurch zunichte gemacht. Ich fordere deshalb den Bürgermeister auf, als nächstes Projekt die Antragsbearbeitung im Bereich Aufenthaltsrecht zur Chefsache zu machen, damit die legal hier lebenden fleißigen und leistungsbereiten Zuwanderer in dieser Stadt ihre Zeit nicht in Amtsfluren verbringen, sondern ihre Zeit bei der Arbeit und ihren Familien verbringen können.

Meine Damen und Herren! Sie sehen an diesen Beispielen, dass die Initiative des Bürgermeisters allenfalls ein Anfang sein kann. Wir lassen es nicht zu, dass der Senat hier stehen bleibt und seine Priorität auf Eigenlob anstatt auf Einsatz setzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Demirel, Sie haben das Wort.

**Phyliss Demirel GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Haufler, ich weiß nicht, welchen Maßstab Sie setzen, aber alle Bürgerinnen und Bürger in Hamburg haben das Recht, kundenfreundliche Ämter zu genießen, nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Liebe SPD, Sie haben in der letzten Bürgerschaftssitzung versucht, eine Drucksache zu psychosozialen Beratungsstellen als Kenntnisnahme stillschweigend zu verabschieden. Eine Drucksache, die ganze Beratungslandschaften in Hamburg für alle Betroffenen massiv einschränkt, wovon laut Ihrer Drucksache 25 000 Menschen in Hamburg betroffen sind, ohne Debatte in den Gremien durchzuziehen, gehört zu Ihren parlamentarischen Gepflogenheiten. Und wo Sie das Gefühl haben, mit der Debatte etwas glänzen zu können, machen Sie sofort ein großes Tamtam und treten hier groß auf mit Ihrer Einbürgerungskampagne.

(Beifall bei *Dr. Friederike Föcking* und *Dennis Thering*, beide CDU)

Das ist nicht die Politik, die Sie den Hamburgerinnen und Hamburgern vor der Wahl versprochen haben, liebe SPD.

Jetzt komme ich zu der aktuellen Drucksache, der Großen Anfrage. Sie schreiben in der Lyrik, der Senat habe mit der im Jahr 2011 begonnenen Einbürgerungsinitiative des Bürgermeisters eine neue Dynamik in der Einbürgerungspolitik angestoßen.

(*Jan Quast SPD*: Ja!)

Diese neue Dynamik hat als erste Bilanz sage und schreibe 1,7 Prozent mehr Einbürgerungen im Jahr 2012 gebracht. Das ist keine neue Dynamik, das ist eine lachhafte Nummer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Nach Ihrer Einbürgerungskampagne à la Scholz konnten Sie 2012 lediglich um 1,7 Prozent erhöhte Einbürgerungszahlen präsentieren. 2011 waren es 6,5 Prozent, 2010 fast 43 Prozent und 2009 32 Prozent mehr Einbürgerungen in Hamburg. Und Sie wollen hier Ihre 1,7 Prozent im Jahr 2012 als großen Erfolg verkaufen? Das glauben Sie doch selbst nicht. Ende 2013 wird diese Zahl deutlich besser aussehen, was wir auch begrüßen. Wenn nicht, dann wäre dies ein großer Verwaltungsaufwand für nichts.

Wenn wir uns aber die Zahlen der Beratungsgespräche anschauen, stellen wir eine positive Veränderung fest. Das gilt auch für die Zahl der Ein-

bürgerungsanträge. Das sind aber noch keine Zahlen von tatsächlich erfolgreich eingebürgerten Menschen. Das ist ein großer Unterschied, und das wissen Sie auch ganz genau. In der Tabelle zu den abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren sind 2010 und 2011 im Vergleich zu den vorherigen Jahren große Sprünge zu verzeichnen. Damals wurde die schwarz-grüne Kampagne "Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause" mit den Einbürgerungslotsen gestartet.

Das zeigt uns, dass die Menschen beim Einbürgerungsverfahren mehr Beratung und Begleitung brauchen. Das erfolgreiche Projekt mit den Einbürgerungslotsen leistet hier hervorragende Arbeit in vielen Sprachen. Wir betrachten jede Einbürgerung in Hamburg als Gewinn, obwohl wir GRÜNEN gleichberechtigte Teilhabe nicht von einer Einbürgerung abhängig machen wollen. Alle Menschen in unserer Gesellschaft haben das Recht, als gleichberechtigte Mitglieder teilzuhaben, egal welcher Herkunft.

Wir haben auch weitere Baustellen im Rahmen dieser Großen Anfrage festgestellt. Insbesondere ältere Menschen sind bei der Einbürgerung sehr zögerlich, wenn sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit abgeben müssen. Wir sehen auch bei den Optionspflichtigen, dass eine beträchtliche Zahl der jungen Menschen noch keine Reaktion auf die Benachrichtigung gezeigt hat. Junge Menschen wollen nicht – und das sollten sie auch nicht – gezwungen werden, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Nicht nur, aber auch deshalb haben wir im Mai dieses Jahres aus Hamburg ein klares Zeichen – das Bekenntnis zur doppelten Staatsangehörigkeit und zur Abschaffung des Optionszwangs – gesendet und uns in diesem Haus gemeinsam dafür eingesetzt. Aber auch diese Initiative hat den Bundestag leider nicht rechtzeitig erreicht. Diese Forderung gilt weiterhin in Richtung Berlin und Große Koalition.

Liebe SPD, eine große Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund schaut gezielt hin, was Sie in diesen Koalitionsgesprächen machen.

(*Jan Quast SPD*: Sie hätten doch welche führen können, Sie wollten doch keine Koalitionsgespräche!)

Wenn Sie es wieder vermasseln, werden Sie es bei den nächsten Wahlen richtig zu spüren bekommen, das ist Ihnen bekannt.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Da kann der Bürgermeister so viele Briefe schreiben, wie er mag, das wird ihm auch nicht helfen.

Ich möchte noch den letzten Punkt in der Großen Anfrage, den Bereich Willkommenskultur, ansprechen. Hier schmücken Sie sich wieder mit fremden Federn, wie toll das Welcome Center in Hamburg

**(Phylliss Demirel)**

sei. Das Welcome Center in Hamburg ist toll und leistet eine sehr gute Arbeit.

Sie sprechen hier auch vom Abbau von Diskriminierung, dabei haben Sie doch die "Arbeitsstelle Vielfalt" abgeschafft. In Hamburg existiert nur noch eine Stelle von basis & woge e.V. mit einem jährlichen Budget von 2000 Euro. Das ist die Antidiskriminierungsarbeit, die die SPD in Hamburg darunter versteht.

*(Jan Quast SPD: Das ist ja eine Unverschämtheit!)*

Sie sind es doch, liebe SPD, die die Integrationscenter zwingen wollte, ohne zusätzliche Kapazitäten und Mittel Antidiskriminierungsberatung anzubieten. Ihre Realpolitik, die Sie an den Tag legen, ist alles andere als das, was die Stadt Hamburg verdient. Auch Ihr Umgang mit den Lampedusa-Flüchtlings ist ein weiterer Beweis dafür, wie es um die Willkommenskultur in Hamburg à la SPD bestellt ist.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Gerhard Lein SPD: Jetzt hebt sie aber ab!)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Jarchow, Sie haben das Wort.

**Carl-Edgar Jarchow FDP:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Lektüre Ihrer Anfrage konnten wir erfreut zur Kenntnis nehmen, dass sich die bereits seit 2009 steigende Zahl der erfolgten Einbürgerungen auch in dieser Legislaturperiode nicht abgeschwächt hat. Viele Mitbürger mit Migrationshintergrund wollen sich auf Dauer zur deutschen Staatsbürgerschaft bekennen und damit ihre erfolgreiche Integration auch formal abschließen. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

Die von der letzten Großen Koalition erhöhten Einbürgerungsstandards haben offenbar auch längerfristig keine negativen Auswirkungen auf die Entwicklungen der Einbürgerung gehabt. Anscheinend sind die Ausländer, die seit Langem in unserer Gesellschaft leben und deutsche Bürger werden wollen, in fast allen Fällen bereits so weit integriert, dass sie die Anforderungen einer Einbürgerung ohne Probleme erfüllen.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist aber auch von vorgestern!)*

– Das ist von vorgestern, ich komme aber auch noch zu heute.

Entgegen der Präambel der Anfrage ist daher nicht das Einbürgerungsverfahren oder die erfolgte Einbürgerung die beste Voraussetzung für die rechtliche Gleichstellung und Teilhabe von Bürgern mit Migrationshintergrund, sondern die Voraussetzung dafür ist eine vorangegangene erfolgreiche Integration, die die betreffenden Menschen selbst und die Gesellschaft um sie herum zu schaffen haben.

Nur eine erfolgreiche Integration ermöglicht die Gleichstellung und Teilhabe, und die Einbürgerung ist nur noch der abschließende formale Akt.

Wie sich die SPD hier und heute aber selbst dafür lobt, seit 2011 entscheidende Schritte vollbracht zu haben, erscheint uns dann doch etwas verfrüht. Wie wir der Drucksache entnehmen können, haben wir es bereits seit 2009 mit einem starken Anstieg zu tun und seit 2011 mit einem starken Anstieg der Beratungsgespräche und der Anträge auf Einbürgerung. Der größte Anstieg der tatsächlichen Einbürgerungen hat bereits 2009 begonnen. Für diesen Anstieg kann wohl kaum die Initiative des Bürgermeisters von 2011 verantwortlich sein.

*(Beifall bei der FDP)*

Etwas besorgniserregend ist hingegen die andauernd niedrige Resonanz derjenigen, für die die Optionspflicht gilt. Hinsichtlich der erfolgreichen Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Optionspflicht bleibt abzuwarten, wie der neue Bundestag sich in dieser Angelegenheit verhalten wird. Unserer Meinung nach hat die SPD hier eine große Chance, ihr Engagement auf Landesebene in dieser Angelegenheit nun bei laufenden Koalitionsverhandlungen und später im Bundestag entscheidend fortzusetzen und zum Erfolg zu führen.

*(Dirk Kienscherf SPD: Die FDP hat es ja nicht gemacht!)*

– Die FDP hat es nicht gemacht, genau.

Nachdem sich die Verfahrensdauer bei Einbürgerungen im Vergleich zu vor fünf Jahren durch Ablaufoptimierung bereits deutlich reduziert hat, können wir anhand der Senatsantworten feststellen, dass der Trend zur Verkürzung der Bearbeitungszeit trotz der stark ansteigenden Antragszahlen weiter anhält. Es wäre wünschenswert, wenn der Senat in vielen anderen kritischen Bereichen von Leistungsverwaltung in Hamburg und bei der Personalentwicklung annähernd so vorausschauend handeln und die nötigen haushalterischen Prioritäten setzen würde wie im Bereich Einbürgerung. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der FDP)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Yildiz, Sie haben das Wort.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, dass einige Kollegen, die hier geredet haben, die SPD-Anfrage nicht gelesen haben, auch der Kollege Abaci nicht. Ich werde Ihre Rede mit konkreten Zahlen belegen und sagen, was sie bedeuten. Ich bin außerdem verwundert, dass Sie eine Anfrage so groß aufziehen und loben. Wenn man das aber mit Zahlen belegt, dann ist es ein lachhaftes Ergebnis, wenn man sich anschaut, dass der Bürger-

**(Mehmet Yildiz)**

meister pro Monat 4000 Menschen anschreibt und die Resonanz sehr, sehr mager ist. Ich will auch auf die Gründe eingehen.

*(Wolfhard Ploog CDU: Woran liegt das denn?)*

– Bleiben Sie ruhig, dazu komme ich noch.

2010 wurden 5295 Menschen eingebürgert, 2011 waren es 5639. Das sind 344 Menschen mehr als 2010, die keinen deutschen Pass hatten und jetzt die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen haben. Und 2012 hat der Bürgermeister 48 000 Menschen angeschrieben, das heißt, pro Monat 4000. Das sind dann im Vergleich zum Vorjahr – ich wiederhole es noch einmal – 5639 Menschen, und 2012 sind es 5736; das sind 100 Personen mehr. Wenn man dazu vergleicht, dass der Bürgermeister 48 000 Menschen zusätzlich angeschrieben hat, damit sie eingebürgert werden, ist das Ergebnis eigentlich sehr minimal.

*(Olaf Ohlsen CDU: Das ist unglaublich, das ist ein Skandal!)*

Dass Sie es nun so darstellen, als ob Sie etwas Erfolgreiches gemacht hätten, ist schon bemerkenswert.

Warum werden jedoch immer weniger Menschen eingebürgert? 2001, Herr Jarchow, wurden in Hamburg 10 000 Hamburgerinnen und Hamburger mit nichtdeutschem Pass eingebürgert. Jetzt sind es etwa 5700 Personen, das sind fast 4300 Menschen weniger. Das hat damit zu tun, dass es auf Bundesebene einen faulen Kompromiss zwischen SPD, FDP und GRÜNEN gab und die Kriterien für die Einbürgerung erschwert worden sind. Dadurch haben Menschen Schwierigkeiten, sich einbürgern zu lassen, und das schließt das Einkommen ein, die Sprachförderung, den Integrationstest und so weiter. Man kann daher nicht sagen, dass dieses Bundesgesetz ein Erfolg war, sondern es war im Gegenteil eine Niederlage

*(Olaf Ohlsen CDU: Skandal!)*

und ein Schlag ins Gesicht der Migrantinnen und Migranten, die hier mit nichtdeutschem Pass leben.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin ist Herr Bürgermeister Scholz beteiligt, und wir fordern ihn auf, auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass diese Hürden abgebaut beziehungsweise so erleichtert werden, dass Menschen eingebürgert werden können.

Ich gebe Ihnen hierzu ein konkretes Beispiel. Vor etwa zwei Wochen – Herr Abaci, hören Sie bitte zu, denn den Bürger habe ich zu Ihnen geschickt – kam ein Arbeiter zu mir, der fast 50 bis 60 Stunden in der Woche im Gastronomiebereich arbeitet. Er kann deutsch sprechen, hat die Einbürgerung beantragt, und die Sachbearbeiterin sagte zu ihm, er

müsse, um die Urkunde zu bekommen, einen Deutschkurs nachweisen. Ich frage Sie, wie ein Mensch, der flexibel sein muss gegenüber seinem Arbeitgeber und 50 bis 60 Stunden in der Woche arbeitet, noch einen Deutschkurs besuchen soll. Dabei kann er doch deutsch sprechen.

Warum kann die SPD nicht auf Hamburger Ebene Ausnahmeregelungen besser umsetzen, statt das Bundesgesetz wörtlich umzusetzen? Den Betroffenen habe ich zu Ihnen geschickt, Herr Abaci.

*(Zuruf von Kazim Abaci SPD)*

– Das weiß ich nicht, es gab keine Rückmeldung, das schaue ich noch nach.

Wir erwarten daher, dass die SPD auf Landesebene die Härtefallregelungen nutzt und die Gebühren für Familien mit geringem Einkommen reduziert, wie es auch das Bundesgesetz ermöglicht. Es sollten auch einfache Sprachkenntnisse nicht unbedingt mit einem Deutschkurs nachgewiesen werden müssen, sondern sie sollten zur Kenntnis genommen werden. Die Werbung für die SPD und Herrn Scholz, dass er die Bürgerinnen und Bürger für eine Einbürgerung angeschrieben hat, wird nämlich sonst keine Resonanz haben.

Ich muss Ihnen noch eines sagen, Herr Abaci. Im Vergleich zu vielen anderen Abgeordneten, mit denen ich zu tun habe, tun Sie wenigstens etwas in dieser Hinsicht, auch wenn Sie sich selbst loben und die Anfrage für mich persönlich eher eine Alibianfrage ist. Aber immerhin tun Sie etwas.

Ich möchte dann zu Ihren Aussagen kommen. Sie sagen, wir hätten eines der liberalsten Einwanderungsgesetze der Bundesrepublik Deutschland. Wenn man sich die Einbürgerungsgesetze anschaut, dann sieht man, dass sie den Menschen nach Nützlichkeit und Nicht-Nützlichkeit unterscheiden; Frau Demirel hat das sehr gut auf den Punkt gebracht. Flüchtlinge, Menschen, die verfolgt werden durch Krieg, Armut oder wirtschaftliche Gründe und nach Deutschland kommen, sind für die Bundesrepublik Deutschland nicht nützlich und werden durch diese Einwanderungsgesetze selektiert, auch durch das Ausländergesetz. Aber wenn die deutsche Wirtschaft Fachkräfte braucht, dann werden sie bevorzugt. Das ist eine Diskriminierung der Menschen, das ist eine neoliberale Denkweise, aber Sie sagen einfach, wir hätten eines der liberalsten Einwanderungsgesetze.

*(Zurufe von den Fraktionen)*

– Quaken Sie doch nicht dazwischen, wenn Sie etwas sagen wollen, dann kommen Sie zum Mikrofon.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Wir fordern Sie daher auf, die Möglichkeiten, die Hamburg hat, auszuschöpfen und sich gleichzeitig, wo jetzt die Möglichkeit auf Bundesebene besteht,

**(Mehmet Yildiz)**

für die Abschaffung des Optionszwangs starkzumachen. Sie sollten die Hürden für die Einwanderung erleichtern, denn sonst wird das wieder nur eine schöne Anfrage von Ihnen sein und ein Lob für Sie selbst, aber nichts für die Menschen, die in Hamburg leben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/8962 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/8962 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf, Drucksache 20/9612, Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zum Thema: Situation und Ausstattung der Hamburger Staatsanwaltschaft.

**[Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zum Thema: Situation und Ausstattung der Hamburger Staatsanwaltschaft (Selbstbefassungsangelegenheit)  
– Drs 20/9612 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Trepoll, Sie haben es.

**André Trepoll** CDU: Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Herr Tabbert, ich spreche Sie gleich direkt an, weil ich mich an unsere letzte Debatte zu diesem Thema erinnere. Ich kann mich noch erinnern, wie Sie stolz vorn am Rednerpult standen und einen Artikel aus einer großen Hamburger Tageszeitung mit vielen Bildern hochhielten und sich darauf beriefen. Ich will Ihnen das einmal gleich tun und aus einer anderen Ausgabe der gleichen Zeitung von vor einer Woche zitieren:

"Angeklagte, Kläger oder Beklagte, kurz: Hunderte Beteiligte und Betroffene erleben täglich die wahren, unerträglichen Justizverhältnisse, die Justizsenatorin Schiedek aber weiter unverdrossen leugnet."

Offensichtlich, Herr Tabbert, ist Ihnen jetzt auch noch der letzte Verbündete in der Stadt bei diesem Punkt abhandengekommen.

Aber für den Eindruck, dass die Situation der Hamburger Justiz insgesamt und in diesem speziellen Fall die Situation und Ausstattung der Hamburger

Staatsanwaltschaft unerträglich ist, braucht man keine Zeitungsartikel, die es in den letzten Wochen und Monaten sicherlich zur Genüge gegeben hat. Dafür reicht durchaus schon die bemerkenswerte und verkürzte Antwort des Senats auf eine meiner parlamentarischen Schriftlichen Kleinen Anfragen aus.

In meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage mit der Drucksachenummer 20/8990 fragte ich den Senat unter Punkt 13, wie hoch die tatsächliche durchschnittliche Anzahl an Wochenarbeitsstunden der Staatsanwälte in Hamburg sei und bat ihn, das nach Abteilungen aufzuschlüsseln. Der Senat antwortete jedoch nur zusammenfassend wie folgt:

"Die Arbeitszeit der Dezernentinnen und Dezernenten der Staatsanwaltschaft wird nicht durch ein Zeiterfassungssystem aufgezeichnet, sodass eine genaue, nachprüfbar und zuverlässige Beantwortung der Frage nicht erfolgen kann.

Eine Abfrage in den Hauptabteilungen hat ergeben, dass sie zwischen 40 und 50 Stunden pro Woche beträgt."

Mittlerweile liegen mir jedoch Informationen vor, die diesen Sachverhalt anders erscheinen lassen, als es der Senat in seiner zusammenfassenden Beantwortung anscheinend vermitteln will. Demnach verteilen sich die Arbeitszeiten, aufgeteilt nach Hauptabteilung und Mitarbeiterzahl, bei der Staatsanwaltschaft wie folgt: Drei Dezernenten in einer einzigen Abteilung arbeiten durchschnittlich 40 Stunden, mindestens über 150 Dezernenten in sechs Abteilungen arbeiten 46 bis 50 Stunden, durchschnittlich also 47,7 Stunden für alle Abteilungen. Und wenn man mit den Betroffenen spricht, dann wird einem auch gesagt, dass es eigentlich kaum jemanden gäbe, der dort keine Sechs-Tage-Woche hätte.

Dass Ihnen das nicht passte, war klar, denn man kann mit einer solchen Antwort nicht behaupten, die Arbeitsbelastung sei gesunken. Ich habe deshalb die Präsidentin der Bürgerschaft gebeten, meine Rechte als Abgeordneter aus Artikel 25 der Hamburger Verfassung zu wahren und den Senat aufzufordern, auf diese Frage vollständig zu antworten. Mir ist auch zugetragen worden, dass nicht nur ich verärgert bin über die Antwort des Senats. Offensichtlich gibt es sogar ein Schreiben des Personalrats, der sich über die Antwort des Senats auf meine Anfrage in diesem Punkt beschwert. Dazu würde ich gern auch etwas erfahren.

Meine Damen und Herren! Neben den Vorfällen im Hamburger Strafvollzug und der Belastung der Gerichte ist die Überlastung der Staatsanwaltschaft das dritte Feld, dem Senatorin Schiedek nicht die nötige politische Aufmerksamkeit schenkt. Sie, Frau Schiedek, verhalten sich geradezu so, als hätte es den Alarmruf der Staatsanwaltschaft in

**(André Trepoll)**

Form eines Briefs des Generalstaatsanwalts von Selle und des leitenden Oberstaatsanwalts Dr. Brandt an den Senat gar nicht gegeben. Anlass des Alarmrufs waren die unverhältnismäßigen Einsparverpflichtungen der Staatsanwaltschaft, auf die wir bereits bei den letzten Haushaltsberatungen mehrfach hingewiesen haben. Mit ihrem Brief hat die Staatsanwaltschaft bezweifelt, dass sie angesichts des geplanten Personalabbaus ihren rechtsstaatlichen Aufgaben in Zukunft in Hamburg noch gerecht werden kann.

Allein dieser besorgniserregende Hilferuf hätte doch schon genügen müssen, dass der Senat endlich einmal reagiert, denn eine leistungsfähige Staatsanwaltschaft ist einer der Grundpfeiler in unserem Rechtssystem. Aber dies zeigt auch, dass das Vertrauen der Staatsanwaltschaft in die Behördenleitung offenbar schon nachhaltig gestört ist.

Im Justizausschuss versuchte sich der Senat beispielsweise mit der rückläufigen Geschäftsbelastung herauszureden, außer Acht lassend, dass die Rückläufigkeit der Zahlen keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Arbeitsbelastung zulässt. Der Senat weigert sich schlicht, diese Problematik zur Kenntnis zu nehmen. Stattdessen verordnet er der Justiz eine Sparquote, die auch für die Staatsanwaltschaft einen weiteren Personalabbau bedeutet.

Der SPD-Senat sieht Einsparungen von drei bis vier Vollzeitäquivalenten pro Jahr vor, obwohl der Staatsanwaltschaft nach Angaben des Generalstaatsanwalts und des leitenden Oberstaatsanwalts zuvor bereits zugesichert worden war, dass für die Haushaltskonsolidierung nicht die Erreichung der Planvollzeitäquivalente, sondern die Einhaltung des zugewiesenen Budgets maßgeblich ist. Der Senat hingegen verneinte, wie seine Antwort auf meine SKA ergeben hat, eine solche Zusicherung. Dies zeigt, wie es um das Verhältnis von Staatsanwaltschaft und Behördenleitung und insbesondere um die Kommunikation mit der Behördenleitung bestellt ist.

Auch die Tatsache, dass Sie nicht die Soll-Personalstärke von 2011, sondern die Ist-Personalstärke von 2011 als Maßstabsgröße für die Einsparverpflichtungen genommen haben, ist ein Schlag ins Gesicht für unsere Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörde.

Meine Damen und Herren! Als Abgeordneter interessiert mich, welche Bewertung der Situation dieser überaus wichtigen Behörde nun tatsächlich zutrifft. Die beiden Selbstbefassungen im Justizausschuss hat der Senat dazu leider nicht genutzt. Ich habe mir sehr gewünscht, dass der Senat Vertreter der Staatsanwaltschaft, insbesondere die Verfasser des Briefs, im Justizausschuss zu Wort kommen lassen würde und habe den Senat mehrfach, wie auch meine Kollegen im Ausschuss, ausdrücklich darum gebeten. Dies ist leider nicht gesche-

hen. Dieses Verpassen eines Maulkorbs ist aus meiner Sicht zutiefst unsouverän und entspricht nicht den Gepflogenheiten unseres parlamentarischen Betriebs.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Vorschlag, nun Arbeitskreise und eine Überprüfungscommission einzusetzen, wird die Probleme nicht lösen, im Gegenteil. Die Staatsanwälte stöhnen bereits jetzt darüber, dass ihnen dadurch nur noch mehr Zeit für das Kerngeschäft fehlen werde. Die Warnung der Staatsanwälte darf jedenfalls aus unserer Sicht nicht folgenlos verpuffen. Aber für Frau Senatorin Schiedek scheint das Thema trotzdem bereits wieder abgehakt zu sein. Und wenn Sie, Herr Tabbert, in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaftssitzung am 15. August dieses Jahres – ich habe darüber eben schon geredet – davon sprechen, dass niemand, und schon gar kein Sozialdemokrat, das Thema Justiz und Strafvollzug auf die leichte Schulter nehme, dann kann ich nur feststellen, dass ich mittlerweile niemanden in der Hamburger Justiz und darüber hinaus mehr kenne, der diesen Eindruck des Kollegen Tabbert teilt.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Sinne herrscht leider in der SPD-Justizpolitik kein gutes Regieren, denn es geht Ihnen um die Verschleierung der Realität, gepaart mit dem unverdrossenen Leugnen der Probleme. Ich finde, das darf so nicht weitergehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Tabbert, Sie haben das Wort.

**Urs Tabbert SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Trepoll, zunächst einmal zum Vorwurf des Maulkorbs. Da hilft vielleicht ein Blick in die Verfassung bis hin zu der Auseinandersetzung mit dem Thema Gewaltenteilung. Nach meinem Verständnis ist es so, dass wir als Bürgerschaft diesen Senat kontrollieren, und der Senat wiederum ist dafür verantwortlich, dass die Staatsanwaltschaft und die nachgeordneten Behörden ordentlich funktionieren. Wenn wir jetzt jede betroffene Berufsgruppe in den Ausschuss rufen, dann wird das ein Fass ohne Boden. Das bitte ich einmal zu bedenken.

Worum geht es? Herr Kollege Trepoll, Sie haben es gesagt, es geht um drei bis vier Vollzeitäquivalente, die bei der Staatsanwaltschaft in den Jahren 2013/2014 eingespart werden sollen. Man muss dazu sagen, dass die Gesamtzahl über 500 Vollzeitäquivalente beträgt, das heißt, wir reden über eine Mehrbelastung von unter 1 Prozent im Jahr. Ich will das nicht schönreden, aber man muss auch hier die Dimensionen ein bisschen geraderücken.

**(Urs Tabbert)**

Die Staatsanwaltschaft ist ein wichtiger Pfeiler in der Justizlandschaft in Hamburg; ich denke, da sind wir uns alle einig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Daher war es auch für meine Fraktion selbstverständlich, natürlich sofort einer Selbstbefassung im Hinblick auf den Brief des Generalstaatsanwalts zuzustimmen. Wir nehmen das sehr ernst, was dort gesagt wird. Aber natürlich ist es uns auch wichtig, dass wir in Zeiten, die sich nun einmal im Vergleich zur letzten Legislaturperiode dahingehend geändert haben, dass wir es jetzt mit der Schuldenbremse zu tun haben, jeder Bereich, bis auf die zwei benannten Schonbereiche, im Haushalt Konsolidierungsbeiträge erbringen muss. Deswegen ist es uns natürlich wichtig zu schauen, dass dies möglichst gerecht verteilt wird.

Sie haben schon angesprochen, dass es mitnichten so ist, dass keine Reaktion aus der Justizbehörde kommt. Die Reaktion ist hingegen die Einsetzung eines gemeinsamen Projekts, das heißt, die Behörde arbeitet gemeinsam mit der Behördenleitung der Staatsanwaltschaft daran, dass die Belastungen möglichst gerecht verteilt werden.

Im Ausschuss, das fand ich auch sehr spannend, haben wir dann erfahren, dass Hamburg im Großstadtvergleich noch recht gut dasteht. Ich sage das nur, um die Verhältnisse ein wenig geradezurücken. Bei der Verfahrensdauer beispielsweise lagen wir im Jahre 2005 – da hieß meiner Erinnerung nach der Justizsenator Kusch – bei 3,4 Monaten. 2012, unter Justizsenatorin Schiedek, beträgt sie 1,3 Monate. Haben Sie damals auch so laut geschrien, wie Sie das jetzt tun? Ich kann mich daran jedenfalls nicht erinnern.

(Beifall bei der SPD – Dr. *Roland Heintze*  
*CDU*: Da waren Sie auch nicht dabei!)

München liegt, um noch einen anderen Vergleich zu nennen, bei 2,5 Monaten, wir dagegen bei 1,3 Monaten. Ich glaube, es gab jetzt einen leichten Anstieg auf 1,5 Monate, aber das rechtfertigt mitnichten, Herr Kollege Trepoll, das Theater, das Sie hier veranstalten.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei den Eingangszahlen sieht es relativ gut aus. Wir haben seit 2005 einen Rückgang von 14 Prozent. Hamburg liegt bei 868, in anderen Großstädten liegen sie bei 930. Auch die Bestände liegen im Bereich des Normalen und sind eher leicht rückläufig. Ich habe zur Situation der Belastung der einzelnen Staatsanwälte Ihnen sehr hilfreichen Anfragen und auch den Protokollen der Ausschusssitzungen entnommen, dass es 2005 576 Verfahren pro Staatsanwalt gab, 2012 dagegen waren es 471 Verfahren pro Staatsanwalt.

Wir nehmen das alles sehr ernst. Ich kenne übrigens im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Trepoll, Mitarbeiter in der Justiz, sowohl Richter als auch Staatsanwälte, die das Ganze nicht so dramatisch

sehen, wie Sie das schildern. Dass man nicht damit zufrieden ist, wenn man eine hohe Arbeitsbelastung hat, können wir alle nachvollziehen. Niemand bestreitet auch, dass die Arbeitsbelastung bei der Staatsanwaltschaft – das ist auch mein Eindruck – sehr hoch ist. Deswegen nehmen wir das auch ernst, und deshalb halten wir sehr viel von dem Projekt, das die Justizsenatorin eingerichtet hat, nämlich zu schauen, wie die Belastung möglichst gerecht verteilt wird.

Wenn die Zahlen sich so entwickeln, dass wir bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl tatsächlich Eingangsrückgänge haben und insgesamt die Bestände leicht zurückgehen, dann fragt man sich doch, warum die Staatsanwälte dann klagen. Dem wollen wir natürlich auf den Grund gehen. Wenn dann einzelne Staatsanwälte berichten, wie viele Stunden sie tatsächlich arbeiten, nehmen wir das zwar ernst, aber man muss natürlich Argumenten, die da lauten, es werde alles immer schwieriger und die Verfahren seien komplexer, genauer auf den Grund gehen. Es mag Bereiche geben, bei denen es plausibel ist, zum Beispiel im Bereich der Cyber-Kriminalität oder der Wirtschaftskriminalität. Aber es gibt auch Bereiche, in denen genauso laut geklagt wird, die allgemeinen Abteilungen, bei denen es um einfache Diebstähle und Ähnliches geht. Da fragt man sich, ob die in den letzten fünf oder sieben Jahren in der Bearbeitung so viel komplexer geworden sind. Daran habe ich doch meine Zweifel. Deswegen müssen wir sehr differenziert an die Problematik herangehen.

Bei alledem möchte ich hervorheben, dass ich den Eindruck habe, auch aus meiner persönlichen Erfahrung als Anwalt, dass wir in Hamburg eine Staatsanwaltschaft haben, die exzellent aufgestellt ist, und dass wir ein hervorragendes Personal haben, das im Übrigen immer weiblicher wird. Das finden wir sehr erfreulich. Wir nehmen die Sorgen der Staatsanwaltschaft weiterhin sehr ernst und bleiben an dem Thema dran. Ich denke, dieses Thema liegt uns als Justizpolitiker allen am Herzen, und wir sollten es, soweit es geht, aus dem Parteienstreit heraushalten und schauen, dass wir auch in Zeiten der Schuldenbremse weiterhin vernünftige Justizpolitik machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Müller, Sie haben das Wort.

**Farid Müller GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich kaum entsinnen, dass es einmal so eine Konfrontation zwischen einer Justizsenatorin und ihrer Staatsanwaltschaft wie jetzt in Hamburg gegeben hat. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass es, als wir diesen Brandbrief zum Teil im "Hamburger Abendblatt" lesen konnten und nun auch sehr ausführlich im

**(Farid Müller)**

Ausschuss, eine so unversöhnliche Haltung von beiden Seiten gegeben hat im Sinne der Einschätzung der Lage bei der Hamburger Staatsanwaltschaft. Ich kann mich wirklich nicht entsinnen, und mir ist völlig rätselhaft, wie man seitens der Behörde so ignorant mit den Sorgen, die dort dezidiert auf vier Seiten geschildert wurden, umgehen kann. Ich habe es im Ausschuss nicht verstanden, und ich verstehe es bis heute auch nicht durch die öffentlichen Äußerungen der Senatorin.

Auf vier Seiten hat die Staatsanwaltschaft aufgelistet, wo die Probleme in der Hamburger Justiz liegen. Sie begannen eigentlich schon, als die SPD festgelegt hat, dass Teile des Haushalts, der Polizei und der Inneren Sicherheit ein Schonbereich sein sollten. Es wird in diesem Brief auch sehr deutlich, dass die Polizei fleißig weiterarbeitet, aber dass das Nadelöhr jetzt die Staatsanwaltschaft geworden ist, und das führt natürlich zu zusätzlichen Reibereien mit den Ermittlungsbehörden auf der anderen Seite. Dazu gibt es jedoch kein Wort.

Herr Kollege Tabbert, wie ich von der Senatorin im Ausschuss gehört habe, gibt es offenbar auch massive, gegensätzliche Auffassungen, wie die Kürzungen überhaupt zu bewerten sind. Sie haben von drei bis vier Stellen gesprochen.

*(Urs Tabbert SPD: Vollzeitäquivalenten!)*

Dann hätten Sie die Antworten Ihres eigenen Senats besser lesen müssen. Bereits in der Schriftlichen Kleinen Anfrage 20/9024 teilt uns der Senat mit, dass es insgesamt in 2013/2014 acht Stellen sein würden, die dann bis 2015 wirksam werden sollten; damit könnte man umgehen. Das ist eine Zahl, die man über zwei Jahre vielleicht noch abfedern könnte. Parallel – und das wurde auch deutlich – war der wirklich große Einschnitt, als die Senatorin Ende 2011 gesagt hat, dass man von allen Stellen, die dort nicht besetzt gewesen seien, annehmen würde, dass man sie überhaupt nicht brauche und sie deshalb jetzt wegnehmen könne. Das waren 25 Stellen, die mit einem Federstrich weggenommen wurden.

*(Olaf Ohlsen CDU: Unglaublich!)*

Als wir dann im Ausschuss noch einmal nachfragten, wurde uns doch frech gesagt, dass diese Stellen niemals ausfinanziert gewesen seien.

*(Jan Quast SPD: Sie verstehen das Prinzip nicht! Stellen müssen ausfinanziert werden!)*

Dann frage ich mich, was diese Behörde und dieser Senat diesem Parlament vorgelegt haben, dass wir einen Rahmen für einen Haushalt beschließen, der nicht ausfinanziert war. Von unserer Seite war er in 2011 ausfinanziert. Wir haben einen Haushaltsplan vorgelegt, der auf Cent und Euro für die Staatsanwaltschaft ausfinanziert war. Wenn man sich dann den Finanzplan der SPD für 2011

und folgende Jahre ansieht, dann sinkt die Zahl des Budgets, während die Vollzeitäquivalente – das heißt jetzt so in diesem Haushaltsdeutsch, ich bleibe aber weiter bei dem Begriff Stellen, damit wir vernünftig miteinander reden können – zurückgehen. Das sind alles Ausreden. Wir haben es hier mit wirklich massiven Kürzungen zu tun, die weit über die drei bis vier Stellen, die Herr Tabbert genannt hat, hinausgehen. Das erklärt auch diesen Brandbrief der Staatsanwaltschaft.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Als wäre das nicht genug, gibt es darüber hinaus noch einen Streit, wie es überhaupt zu den Rückkehrern von Asklepios bei der Hamburger Staatsanwaltschaft gekommen ist. Die Staatsanwaltschaft schreibt in ihrem Brief, sie hätte die Rückkehrer nie haben wollen und beklagt sich, warum sie überhaupt so viele aufnehmen musste. Es war ein Bäcker dabei, ein Koch, eine Krankenschwester und einige Leute ohne Berufsausbildung. Die Staatsanwaltschaft kommt in ihrer Bewertung zu dem Schluss, dass diese Leute nicht wirklich einsetzbar seien. Als wir dann die Senatorin im Ausschuss fragten, wie das denn zustande gekommen sei und wieso die Staatsanwaltschaft jetzt diese Leute beschäftigen müsse und dafür keine anderen einstellen dürfe, wurde geantwortet, sie hätten sich die Leute selbst ausgesucht.

*(Olaf Ohlsen CDU: Ja, die haben sie geschätzt!)*

Wieder einmal gibt es von zwei Seiten völlig gegensätzliche Aussagen. Ich kann mir persönlich nicht vorstellen, Frau Senatorin, dass ein Generalstaatsanwalt an die Senatorin herantritt und sagt, dass man gern einen Bäcker, einen Koch und eine Krankenschwester bei der Staatsanwaltschaft gehabt hätte und man schon etwas finden würde, wo man diese Leute verwenden könne. Ich glaube, das war nicht so, Frau Senatorin. Und ich weiß nicht, warum Sie uns erzählen, dass es doch so gewesen sein solle.

Es ist an sich traurig, dass man auf diese Weise mit so einer Sache in der Öffentlichkeit umgehen muss.

*(Jan Quast SPD: Traurig ist, was Sie da erzählen, frei von jedem Wissen! So ein Müll!)*

– Sie waren nicht dabei, halten Sie mal den Mund. Sie haben sich überhaupt nicht an dieser ganzen Debatte beteiligt, Sie haben überhaupt nichts dazu beizutragen.

*(Glocke)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Herr Müller, bitte halten Sie sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten.

**Farid Müller GRÜNE** (fortfahrend): – Ja, Frau Präsidentin.

Diese massiven Kürzungen bei der Staatsanwaltschaft aus 2011, die folgenden in den beiden letzten Jahren plus der Asklepios-Rückkehrer machen insgesamt deutlich, warum die Staatsanwaltschaft diesen Brandbrief geschrieben hat in ihrer Not und auch gesagt hat, sie könne die Arbeitsfähigkeit in diesem Sinne nicht mehr garantieren. Ich finde, das muss man sehr ernst nehmen.

Wir im Parlament nehmen das sehr ernst, wir wollen, dass das nicht weiterhin so ist. Das hat auch nichts mit einer Schuldenbremse zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, wie man mit knappen Mitteln in dieser Stadt umgeht. Sie gehen bei der Justiz damit schlecht um, und das weiß auch jeder dort. Ich hoffe, dass diese Senatorin nicht weiter auf Konfliktkurs geht. Ich hoffe, dass diese Senatorin einsieht, dass die Justiz jemanden braucht, der sie schützt und der sie vor allen Dingen in die Lage versetzt, ihre Arbeit zu tun. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *André Trepoll CDU*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir wollen das Thema von einer anderen Seite angehen.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Diese Stadt leistet sich seit einigen Jahren deutlich mehr Lehrer, weil das der Bildung guttun soll. Diese Stadt lässt seit Monaten immer mehr Bedienstete zur Verkehrsüberwachung durch die City und andere Stadtteile streifen, um Tickets zu verteilen, weil das dem Haushalt guttun soll. Und diese Stadt tut mehr für den Rechtsstaat, indem sie Gerichte und Staatsanwaltschaft stärkt. Diesen letzten Satz würden wir an dieser Stelle sehr gerne sagen können, aber leider ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei der FDP – *Olaf Ohlsen CDU: Bravo!*)

Unsere Stadt erlebt unter diesem Senat eine deutliche Schwächung der Staatsanwaltschaft. Das belegen nicht nur die lauten Klagen der Staatsanwälte in der Öffentlichkeit, von denen wir nun schon viel gehört haben und die wir im Ausschuss auch sehr gut besprochen haben, das belegt auch der vorliegende Bericht des Justizausschusses. Die Diskussion um die Art und Weise des Vorbringens der Klagen der betroffenen Staatsanwälte finde ich, ehrlich gesagt, ziemlich peinlich. Die Folgen der SPD-Kürzungspolitik in der Staatsanwaltschaft sind allerdings mehr als nur eine Stilfrage, sie wer-

fen für uns vielmehr Grundsatzfragen auf. Wie wenige Staatsanwälte darf sich eine Stadt wie Hamburg eigentlich leisten, ohne das Rechtsstaatsprinzip infrage zu stellen? Wie sehr darf sich ein mutmaßlicher Straftäter vor Strafverfolgung allein deshalb sicher fühlen, weil eine überlastete Staatsanwaltschaft nicht mit der Bearbeitung hinterherkommt oder gar Verfahren einstellen muss? Welche Folgen hat das für die öffentliche Sicherheit? Vielleicht sollten wir darüber einmal sprechen; das ist Ihnen sicher etwas unangenehm.

(Beifall bei der FDP und bei *Olaf Ohlsen CDU – Zuruf von Urs Tabbert SPD*)

– Ganz ruhig, Herr Tabbert. Wir können das später noch einmal in Ruhe besprechen. Jetzt lassen Sie mich bitte einmal ausreden.

Meine Damen und Herren! Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

(*Olaf Ohlsen CDU: Das sehe ich auch so!*)

In Hamburg ist die durchschnittliche Verfahrensdauer in den letzten vier Jahren um fünf Tage gestiegen und wird laut Senatsantwort auf unsere Anfrage in diesem Jahr bei 43 Tagen ankommen – kein gutes Ergebnis, finde ich. Während im Bundesdurchschnitt 27 Prozent der Verfahren eingestellt werden, sind es in Hamburg mehr als ein Drittel, nämlich 34 Prozent. Was sagt uns das? Gleichzeitig kürzen Sie bei der Staatsanwaltschaft munter weiter, bis zu vier Vollzeitäquivalente pro Jahr, 2015 werden wir bei nur noch 503 ankommen. Die gesamte Justiz trägt über 18 Prozent zu Ihren Sparauflagen im Haushalt 2013/2014 bei. Auch die Staatsanwaltschaft ist erheblich betroffen.

(*Urs Tabbert SPD: Mit einem Prozent!*)

Die Unterbringung von zurzeit sieben Asklepios-Rückkehrern in den Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaft hat intern zu Unruhe geführt, und das nicht nur, weil es sich um juristisch fachfremdes Personal handelt, denn die endgültige Zuweisung wurde auch noch ohne vorherige Anhörung der Staatsanwaltschaft vorgenommen. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie behauptet haben. Ihre Behauptung können Sie weder beweisen, noch ist sie plausibel; wir glauben Ihnen das einfach nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *Olaf Ohlsen CDU*)

Gleichzeitig versuchen Sie, diese Sparwelle mit einer Überprüfung von Organisations- und Ablaufstrukturen zu begleiten – wieder ein kleiner Arbeitskreis –, bei der allerdings bisher nicht erkennbar ist, ob ernsthafte Aufgabenkritik betrieben oder vielleicht nur kosmetische Vorschläge der Behördenleitung erbracht werden sollen. Sicher ist, dass die Staatsanwaltschaft wieder eingebunden wird in ihrer Arbeitszeit und sich kaum noch auf ihre Fälle konzentrieren kann – so jedenfalls deren Aussage, die wir nicht immer nur anzweifeln sollten.

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

Meine Damen und Herren! Das gesamte Szenario erinnert fatal an das Verhalten der Senatorin Schiedek und ihrer Behördenleitung im Zuge des U-Haft-Ausbruchs und weiterer Zwischenfälle in den letzten Monaten: nichts hören, nichts sehen und besser auch nichts sagen.

*(Urs Tabbert SPD: Es ist doch alles erledigt mittlerweile!)*

Was Sie dabei riskieren, ist aber sehr fundamental. Sie riskieren die Akzeptanz eines in vernünftigen Zeitabläufen arbeitenden Rechtsstaats beim Bürger. Sie riskieren ein Stück öffentliche Sicherheit – spätestens da sollten die Alarmglocken bei der SPD angehen. Sie riskieren, dass die Staatsanwaltschaft ihrer Pflicht zur Verfolgung von Straftaten nur noch zeitverzögert und lückenhaft nachkommen kann, sodass Täter manchmal sogar ungeschoren davonkommen und Opfer von Straftaten frustriert zurückbleiben.

Das alles haben wir in dieser Stadt schon einmal erlebt; Sie werden sich wahrscheinlich ziemlich gut daran erinnern. Vor gut zehn Jahren gab es unter dem letzten rot-grünen Senat eine intensive Diskussion über Tempo und Urteilsfähigkeit der Hamburger Justiz. Ich brauche Sie wohl nicht daran zu erinnern, was das für politische Folgen hatte, gerade für die Sozialdemokraten. Und deshalb, aber vor allem im Interesse der Bürger, die einen funktionierenden Rechtsstaat erwarten, appellieren wir an Sie: Stoppen Sie weitere Kürzungswellen in der Staatsanwaltschaft.

*(Beifall bei Finn-Ole Ritter FDP)*

Treten Sie vonseiten der Justizbehördenleitung doch einmal in einen echten Dialog mit der Staatsanwaltschaft, sodass wir, was von allen Rednern schon gesagt wurde, nicht immer so sehr unterschiedliche Auffassungen hören müssen, um die Probleme wirklich zu erörtern. Richten Sie Ihr Augenmerk bei künftigen Sparwellen nicht nur auf dieses wichtige Instrument des Rechtsstaats, damit wir vielleicht irgendwann alle gemeinsam sagen können: Hamburgs Politik tut etwas für seine Gerichte und für die Staatsanwaltschaft und damit für den Rechtsstaat und für unsere Bürger. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der FDP)*

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Frau Schneider, Sie haben das Wort.

**Christiane Schneider DIE LINKE:** Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ob es ein gewöhnlicher Vorgang ist, dass sich der Generalstaatsanwalt und der leitende Staatsanwalt mit einem Beschwerdebrief, der an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig lässt, an die Behördenleitung wenden, kann ich nicht beurteilen. Ungewöhnlich ist aber in jedem Fall, dass diese Beschwerde an die Öffent-

lichkeit gelangt. Das spricht dafür, das Anliegen der Staatsanwaltschaft ernst zu nehmen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Whistleblower! Der Snowden aus der Staatsanwaltschaft!)*

– Herr Dressel, auch Sie könnten das Thema ernst nehmen.

*(Beifall bei Tim Golke DIE LINKE)*

Die Kritik richtet sich im Wesentlichen gegen den nach Auffassung der Verfasser bedrohlichen Personalabbau in der Staatsanwaltschaft. Schon für 2013, so heißt es in dem Brief, habe die Staatsanwaltschaft einen Abbau von etwa 6 Prozent zu bewältigen. Der Personalabbau werde in den nächsten Jahren weitergehen, doch schon jetzt könne die Staatsanwaltschaft – ich zitiere –:

"... die ihr übertragenen, qualitativ immer anspruchsvoller werdenden Aufgaben der Strafverfolgung und Strafvollstreckung nicht flächendeckend erfüllen."

– Zitatende.

Ich begrüße ausdrücklich, dass die Debatte über die Situation und die Ausstattung der Staatsanwaltschaft öffentlich geführt wird. Schließlich geht es um die wichtige Frage, wie viel und welche Justiz – hier konkret: Staatsanwaltschaft – sich die Gesellschaft leisten will. Dabei möchte ich drei Punkte hervorheben.

Erstens: Auch wenn die Justizsenatorin die Kritik im Wesentlichen zurückweist und etliche Aussagen des Briefes bestreitet, ist unbestritten, dass die Staatsanwaltschaft einen Personalabbau erleidet – in diesem Jahr und nach den Vorstellungen des Senats auch in den nächsten Jahren. 18,5 Stellen, die bei der Staatsanwaltschaft nicht besetzt gewesen seien, würden gestrichen, außerdem weitere drei bis vier Stellen pro Jahr.

Ich habe den Eindruck, ich muss hier ständig gegen einen Schwall von ...

*(Finn-Ole Ritter FDP: Grünen!)*

... von Grünen reden, genau.

*(Glocke)*

**Vizepräsidentin Antje Möller** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Egal, von welcher Seite der Schwall kommt, die Rednerin hat das Wort.

**Christiane Schneider DIE LINKE** (fortfahrend): 18,5 Stellen, die bei der Staatsanwaltschaft nicht besetzt gewesen seien, würden gestrichen, außerdem weitere drei bis vier Stellen pro Jahr. Begründung: Schuldenbremse. Die Schuldenbremse, meine Damen und Herren, ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist kein Naturgesetz. Es ist auch kein Naturgesetz, dass zur Eindämmung der Schulden die

**(Christiane Schneider)**

Aufgaben zusammengestrichen werden, statt die Einnahmen zu erhöhen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Argument Schuldenbremse ist ein Totschlagargument, das jede Debatte über gesellschaftliche Aufgaben erstickt. Das sage ich auch, und vielleicht nicht zuletzt, an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Ich war überrascht über Ihre Rede, Frau von Treuenfels.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ich auch!)

Sie können nicht bei jedem konkreten Konflikt bei der Staatsanwaltschaft, der Feuerwehr oder der Kinder- und Jugendhilfe gegen konkrete Kürzungen opponieren und sich gleichzeitig als glühendste Verfechterin der Schuldenbremse und einer allgemeinen Kürzungspolitik hervortun.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Jan Quast SPD*: Könnten Sie Herrn Müller auch mal sagen!)

Das geht nicht zusammen. Wenn Sie Ihre Kritik ernst meinen, dann müssen Sie sagen, dass das Geld kostet und – das darf ich jetzt einmal zurückgeben – woher das Geld kommen soll.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zweitens: Der Klage der Staatsanwaltschaft über wachsende Arbeitsbelastung und Probleme bei der Erfüllung der Aufgaben steht die Behauptung der Behördenleitung gegenüber, die Verfahren seien rückläufig, die Mittelwerte für die Verfahrensdauer lägen unter den Mittelwerten vergleichbarer Großstädte und alles in allem könne sich die Staatsanwaltschaft eigentlich nicht beklagen, das Problem läge mehr im subjektiven Empfinden der Staatsanwaltschaft. Das ist, insbesondere, weil der Generalstaatsanwalt nicht erscheinen und den Fragen der Abgeordneten Rede und Antwort stehen durfte, für uns schwer zu überprüfen. Immerhin hat die Behörde zusammen mit der Staatsanwaltschaft ein Projekt gestartet, um die Arbeitsabläufe und die Organisationsstruktur innerhalb der Staatsanwaltschaft zu prüfen. Dieses Projekt sollte unseres Erachtens unbedingt um die noch wichtigere Fragestellung erweitert werden, ob und wie sich die Struktur der Arbeit selbst, also der Aufgaben der Strafverfolgung und Strafvollstreckung, geändert hat. Sie haben eben einige Vermutungen angestellt, was sein könnte, was nicht sein könnte, aber das waren Vermutungen, das hatte weder Hand noch Fuß. Ob und wie sich zum Beispiel die technologischen Entwicklungen einer digitalisierten Welt auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft auswirken oder ob eine Zunahme hochkomplexer Wirtschafts- und Finanzverfahren zu verzeichnen ist, sodass die sinkende Zahl der Verfahren über den zu leistenden Arbeitsaufwand überhaupt nichts aussagt, das gilt es zu untersuchen. Ohne solche

Informationen jedenfalls werden Sie den Problemen nicht gerecht, und ohne solche Informationen können wir als Bürgerschaft die Behörde auch nicht ausreichend kontrollieren.

Drittens: Leider hat der SPD-geführte Senat die spannende Entwicklung in Richtung Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz gestoppt. Aber natürlich bekommen Sie die Debatte nicht vom Tisch, Herr Tabbert. Auch wenn sich die Frage nach der Autonomie der Staatsanwaltschaft als Organ der Exekutive anders stellt als die Frage nach der Unabhängigkeit der rechtsprechenden Gewalt, also der Gerichte, sie stellt sich.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ja!)

Die Staatsanwaltschaft ist, um das berühmte Wort des Reformers von Savigny aus dem Jahr 1843 zu zitieren:

"Wächter des Gesetzes", nicht "Vollstrecker des politischen Machtwillens der Regierung, also der Exekutive".

(Beifall bei der LINKEN)

Sie müsse darauf hinwirken, dass

"... überall dem Gesetz und nur diesem Genüge geschehe."

– Zitatende.

In diesem Sinn muss die Staatsanwaltschaft ihren Bedarf substantiiert darlegen können, und die Bürgerschaft muss das Recht haben, sich ein Bild davon zu machen. Deshalb war es in gewisser Weise vordemokratisch und ein Rückfall hinter 1843, dass Sie dem Generalstaatsanwalt verwehrt haben, dem zuständigen Ausschuss der Bürgerschaft darzulegen, was nach seiner Auffassung zur Bewältigung der Aufgaben notwendig ist,

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller GRÜNE*)

denn die Bürgerschaft muss am Ende zwischen den verschiedenen Staatszielen und Aufgaben abwägen und vor diesem Hintergrund den Haushalt bewilligen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort hat Herr Trepoll.

**André Trepoll CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass in puncto Belastungssituation der Staatsanwaltschaft etwas im Argen liegt, dann hätte die Rede der Kollegin Schneider einen starken Hinweis darauf geliefert, in der sie sich, vielleicht bis auf den Finanzierungsvorbehalt, intensiv für unsere Strafverfolgungsbehörden eingesetzt hat – und das von Frau Schneider. Da sollte man

**(André Trepoll)**

also schon einmal hinhören; dann kann nicht alles falsch sein, was wir vorgetragen haben.

Herr Tabbert, Sie haben viele Zahlen genannt, und ich glaube, genau das ist das Problem. Sie schauen sich das alles auf dem Papier an, lesen die Zahlen und versuchen, sie zu interpretieren. Das ist bis zu einem gewissen Grad auch verständlich, aber es ist auch wichtig, dass man das Gespräch mit den Betroffenen sucht

*(Urs Tabbert SPD: Das machen wir ja auch!)*

und sich anhört, wie die Staatsanwaltschaft diese Zahlen interpretiert. Und da sagen uns Staatsanwälte, dass sie viel umfangreichere Verfahren haben als früher und andere bundesrechtliche Anforderungen, denen sie gerecht werden müssen, und dass beispielsweise auch wir als Hamburgische Bürgerschaft ihnen mehr Arbeit machen – Gott sei Dank nicht auf die Art und Weise, wie man sich vielleicht vorstellen könnte, sondern indem wir zum Beispiel ein Antikorruptionsregister beschließen, das inhaltlich natürlich bei der Staatsanwaltschaft geführt und geprüft werden muss. Das alles sind Dinge, über die wir uns Gedanken machen müssen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Das liegt nicht bei der Staatsanwaltschaft! – Urs Tabbert SPD: Bei der Finanzbehörde!)*

– Woher hat die Finanzbehörde denn die Informationen? Das wird nicht alles in der Finanzbehörde ermittelt.

Man sollte auch einmal mit den Kolleginnen und Kollegen in der Staatsanwaltschaft reden und sich anhören, wie sie das alles interpretieren. Ein anderer Punkt erscheint mir nicht ganz schlüssig. Sie sagen, es sei alles in Ordnung, die Zahlen gingen zurück, es gäbe keine Probleme, aber dann setzen Sie dieses Projekt ein. Es passt für mich nicht zusammen, einerseits zu sagen, es sei alles in Ordnung,

*(Urs Tabbert SPD: Nein! Das haben wir nicht gesagt!)*

andere Großstädte seien viel schlechter dran, andererseits aber dieses Projekt einzusetzen. Das entspricht dem kleinen Einmaleins der Politik, Sie kennen den Spruch: Wenn ich nicht mehr weiter weiß ... und so weiter. Dann wird man zwar vielleicht dem Problem nicht Herr, aber man gewinnt Zeit, und das werfe ich Ihnen vor.

Sie haben angesprochen, dass wir bemängeln, dass die Staatsanwälte uns nicht direkt Rede und Antwort stehen konnten. 2010 haben wir eine solche Befragung schon einmal gemacht – Herr Dressel und Frau Schiedek werden sich daran erinnern –, und damals standen uns Herr von Selle und ich glaube auch Herr Dr. Brandt für konkrete Nachfragen zur Verfügung. Dazu waren Sie diesmal nicht bereit. Das ist Ihre politische Entschei-

dung, aber dann haben wir auch das Recht, diese zu würdigen.

Der letzte Punkt, die Arbeitszeit. Ich habe Ihnen schon gesagt, wie unzufrieden ich über die Beantwortung der Anfrage bin, und ich habe auch im Ausschuss konkret nachgefragt. Sie werden sich erinnern, was ich zu hören bekommen habe: Die Zahlen, die die Abfrage ergeben hat, wollten wir Ihnen nicht vorlegen, weil wir in der Behördenleitung nicht einschätzen konnten, wie sie zustande gekommen sind

*(Urs Tabbert SPD: Können Sie sie denn einschätzen?)*

und ob da nicht noch Kaffeepausen mit drin sind. Wenn Sie solche Antworten hören als Abgeordneter und merken, wie miteinander umgegangen und wie sich dort offensichtlich gegenseitig misstraut wird, dann gibt uns das schon Anlass und das Recht, einmal nachzuhaken. Ich hoffe, dass die Präsidentin das auch macht und der Senat dann ausführlicher und korrekter auf unsere Anfragen antwortet, was die Wochenarbeitszeit der Staatsanwälte angeht. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt Herr Müller.

**Farid Müller GRÜNE:\*** Frau Präsidentin! Ich möchte gerne zu zwei Sachen noch etwas sagen. Zunächst möchte ich mich an Frau Schneider wenden. Ich habe mich heute wieder geärgert – Sie haben das schon einmal gebracht ...

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Das werde ich auch immer wieder tun!)*

– Sie wissen noch gar nicht, was kommt.

Und zwar geht es darum, wie dieses Parlament mit der Schuldenbremse, mit der wir in dieser Republik nicht allein sind, umgeht. Sie versuchen heute schon zum zweiten Mal, uns aufzuzeigen, dass, wer dieser Schuldenbremse zugestimmt hat, alle Legitimität verwirkt hat, darüber zu streiten, wie die knappen Mittel einzusetzen sind. Dagegen wehre ich mich. Das ist unparlamentarisch und das ist vor allen Dingen auch unpolitisch.

*(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)*

Das finde ich ganz wichtig, darum habe ich es noch einmal angesprochen. Natürlich streiten wir in der Justiz darüber, ob alles richtig ist; das ist in anderen Bereichen auch so. In der Justiz ist es besonders dramatisch, deswegen reden wir heute darüber.

Ein zweiter Punkt ärgert mich, dass nämlich relativ schnell über Bord geworfen wird, was man als Abgeordnete gesagt hat – in diesem Fall Frau Schie-

**(Farid Müller)**

dek, ehemals Abgeordnete und jetzt Senatorin –, wenn man regiert.

*(Olaf Ohlson CDU: Das ist doch normal!)*

Es ist nicht so, dass die Staatsanwaltschaft nicht auch in den letzten Jahren immer mal wieder mit maßvollen Einschnitten zu rechnen gehabt hätte. Ich will Ihnen einmal kurz vorlesen, was Frau Schiedek dazu als Abgeordnete in einer Presseerklärung 2010, ein halbes Jahr vor dem Regierungswechsel, geschrieben hat:

*(Jan Quast SPD: Vor der Schuldenbremse!)*

"Die Staatsanwaltschaft habe zu Recht darauf hingewiesen, dass es – trotz aktueller Rückgänge – bei den Eingangszahlen noch immer höhere Werte gebe als im Jahr 2001. Erschwerend komme hinzu, dass diese Zahlen keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Arbeitsbelastung zulassen – 'denn die Zahl der Sitzungstage nimmt zu und insbesondere im Bereich der Wirtschaftskriminalität werden die Verfahren umfangreicher und komplexer'.

*(Olaf Ohlson CDU: Skandal!)*

Auch sei die Arbeitsbelastung sowohl der Staatsanwaltschaft als auch der Gerichte durch die Intensivierung der nächtlichen Bereitschaftsdienste noch weiter gestiegen."

Meine Damen und Herren! Diese Erkenntnis ist offenbar nicht neu. Nun fragt man sich im Parlament und in der Öffentlichkeit: Wenn Frau Schiedek diese Erkenntnisse schon 2010 hatte, warum macht sie dann die Dinge, vor denen sie den Senat damals gewarnt hatte, nun selbst, und warum setzt sie auf den zu erwartenden Widerstand – Begründung: mit den Kürzungen werde man nicht mehr arbeitsfähig sein – eine Untersuchung mit dem Ziel ein, die Arbeitseffektivität der Staatsanwaltschaft in ihren jetzigen Organisationsmustern infrage zu stellen? Mit anderen Worten: Das, was Frau Schiedek 2010 als Abgeordnete gesagt hat – damals auch schon in einer schwierigen finanziellen Situation –, hat sie jetzt vergessen. Sie setzt mit massiven Kürzungen noch einen obendrauf und sagt dann, man müsse schauen, ob die Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft überhaupt effektiv sei.

*(Jan Quast SPD: Wie war denn 2010 Ihre Antwort?)*

Ich weiß nicht, ob man so mit einer Behörde umgehen sollte, die einen guten Ruf in unserer Stadt und über Hamburg hinaus genießt. Ich habe meine Zweifel, ob man so mit ihr zu gemeinsamen Lösungen kommen kann. Bis heute habe ich von Herrn Tabbert und der Senatorin dazu nichts gehört.

*(Beifall bei den GRÜNEN – Jan Quast SPD: Was haben Sie denn damals dazu gesagt?)*

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft vom Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung aus der Drucksache 20/9612 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 20/9650, Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ÖRA-Gesetzes.

**[Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksache 20/6334: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ÖRA-Gesetzes (Senatsantrag) – Drs 20/9650 –]**

Hier sind die Fraktionen übereingekommen, auf die Debatte zu verzichten. Wir kommen demnach gleich zur Abstimmung.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung des ÖRA-Gesetzes aus Drucksache 20/6334 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

*(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)*

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 20/9687, Antrag der CDU-Fraktion: HADAG-Hafenfähren mit klimafreundlichem Flüssigerdgas-Antrieb ausstatten.

**[Antrag der CDU-Fraktion: HADAG-Hafenfähren mit klimafreundlichem Flüssigerdgas-Antrieb (LNG-Liquefied Natural Gas) ausstatten – Drs 20/9687 –]**

Auch hier haben sich die Fraktionen darüber verständigt, dass die Debatte gestrichen wird. Wir kommen sofort zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/9687 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegen-

**(Vizepräsidentin Antje Möller)**

probe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 12, Drucksache 20/9410, Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Empfehlungen des Wissenschaftsrates – Zukunftspakt für das Wissenschaftssystem.

**[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:  
Empfehlungen des Wissenschaftsrates – Zukunftspakt für das Wissenschaftssystem  
– Drs 20/9410 –]**

Hier findet die Debatte statt.

Die FDP-Fraktion möchte diese Drucksache an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Dr. Gümbel, Sie haben es.

**Dr. Eva Gümbel GRÜNE:**\* Vielen Dank, Frau Präsidentin! In der Tat, diese Debatte wird gewünscht, wir freuen uns sehr darauf.

Ich will kurz erklären, worum es geht. Wir haben eine Große Anfrage gestellt und dem Senat 42 Fragen zu einem Thema vorgelegt, das im Augenblick die gesamte hochschulpolitisch interessierte Öffentlichkeit der Republik interessiert, nämlich: Wie soll unser Wissenschaftssystem weiterentwickelt werden, wie sollen die Finanzierungsströme aussehen und wie kann man die Hochschulen differenziert aufstellen? Das sind Fragen, die das gesamte Aufgabengebiet eines jeden Wissenschaftssenators, einer jeden Wissenschaftssenatorin und, in anderen Bundesländern, eines jeden Wissenschaftsministers umreißen. Erstaunlicherweise haben wir auf diese Fragen keine Antwort erhalten. Das ist umso erstaunlicher, als die Begründung der Antwortverweigerung nicht zutreffend ist. Der Senat hat gesagt, er könne sich mit diesen Fragestellungen nicht beschäftigen. Das ist befremdlich, weil unsere Fragen eigentlich das gesamte Aufgabengebiet einer Hamburger Wissenschaftssenatorin umfassen, und zudem stimmt es nicht. Zumindest in zwei Punkten können wir das sehr gut belegen.

Der erste Punkt. Der Wissenschaftsrat ist ein Beratungsgremium, das in den Fünfzigerjahren von den Bundesländern und der Bundesregierung gebildet worden ist. Auch Hamburg ist in ihm vertreten, und zwar immer durch den Finanzsenator. Dieser hat auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates konkret Einfluss genommen, indem er mittels Umlaufverfahren einen Beschluss herbeigeführt hat, nach dem nun weniger Geld aufgewendet werden soll, nämlich 10 Prozent des Bruttosozialinlandsprodukts statt 11, wie die ursprüngliche Formulierung gewesen ist. Das war nicht nur eine Meinungsäußerung des Hamburger Finanzsenators,

es sei denn, der Senat ist seit Neuestem der Auffassung, dass der Finanzsenator Dr. Tschentscher nicht mehr dazugehört. Der Finanzsenator hat als Mitglied konkret Einfluss auf die Beschlussfassung dieses Gremiums genommen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Senat der Auffassung ist, das sei keine Meinungsäußerung. Er vertritt zu dieser Frage die Meinung, dass weniger Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden sollen beziehungsweise die Zielrichtung deutlich gedrückt werden soll. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass der Senat, indem er die Hochschulen mit einem Wachstum von 0,88 Prozent ausstattet, natürlich auch eine Meinung zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates hat, der nämlich sagt, dass die Hochschulen mit 1 Prozent – also nicht 0,88 Prozent – an zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden sollten und zusätzlich die Inflationsrate und Tarifierhöhungen ausgeglichen werden müssten.

In beiden Fällen ist ganz deutlich, dass der Senat eine Meinung hierzu hat; er handelt nämlich, und das tut man meistens aufgrund irgendeiner Überzeugung. Wir haben es also mit einer extrem absurden Situation zu tun, die ich gerne aufgeklärt haben möchte. Die Situation ist meiner Ansicht nach so grotesk, dass ich sie wirklich nicht verstehe. Die Senatorin verweigert die politische Auseinandersetzung im Ausschuss, weil eine Große Anfrage einen parlamentarischen Aufschlag vorbereiten solle. Sie sagt, sie habe dazu keine Meinung, obwohl wir zumindest bei zwei Punkten wissen, dass eine Meinungsbildung vorliegt.

Jetzt will ich aber gerne noch einmal auf das zu sprechen kommen, was wir abgefragt haben. Der Wissenschaftsrat, der ein Beratungsgremium für Bundesregierung und Landesregierungen ist, hat Empfehlungen entwickelt und diese jetzt vorgelegt. Dabei geht es darum, wie Hochschulen aufgestellt und wie die Finanzströme aussehen sollten. Dazu macht er konkrete Vorschläge. Nun haben wir gefragt, welche Meinung der Senat zu diesen Vorschlägen hat und was er glaubt, was diese Vorschläge wie Merian-Professuren und Liebig-Zentren – Frau Stapelfeldt, Sie kennen sie alle, Sie werden den Bericht auch gelesen haben – kosten würden. Wir haben bewusst und absichtlich nicht gefragt, wie der Senat das finanzieren will. Hat er schon Finanzierungsvorschläge, was will er machen? Das alles haben wir nicht gefragt. Wir wollen in eine solche Debatte einsteigen, und natürlich können wir als Parlament ohne Apparat nicht herausbekommen, wie hoch die Kosten dafür sind. Insofern halte ich das für eine absolut zulässige und billige Fragestellung und muss mich sehr wundern, dass hier dem Parlament in keiner Weise seine Arbeit ermöglicht wird. Frau Senatorin, damit haben Sie sich einen Bärenienst erwiesen, denn es kann doch nicht sein, dass die Wissenschaftssenatorin

**(Dr. Eva Gümbel)**

torin in jeder Frage die Auseinandersetzung mit dem Parlament verweigert.

Ich will jetzt gar keinen Rundumschlag machen, aber man kann an dieser Stelle schon einmal sagen, dass wir seit zwei Jahren auf eine Novellierung des Hochschulgesetzes warten, die aus Gründen der Verfassungswidrigkeit einzubringen ist, und jetzt hören wir, dass die neue Fassung womöglich in Teilen – jedenfalls ist das die Meinung der juristischen Fakultät – ebenso verfassungswidrig ist. Wir sind davon ausgegangen, dass man einer Novellierung des Hochschulgesetzes die Leitlinien mit an die Hand gibt. Die Ankündigung dieser Leitlinien hören wir seit zwei Jahren, aber auch da ist nichts passiert. Ich will das nicht ausdehnen, aber wir hören aus Ihrem Hause zu wenig.

Ich finde es unglaublich, dass Sie die Antwort auf die doch sehr legitime Fragestellung, nämlich wie sich diese Senatorin und diese Behörde eigentlich zu Empfehlungen stellen, die von nicht ganz unbedeutender Seite aus formuliert worden sind – welche Kosten entstehen, welche Ideen findet man gut oder erwägenswert –, einfach verweigern. Man hat auch sonst den Eindruck, dass in Ihrem Haus nicht sehr viel passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort hat Herr Kühn.

**Philipp-Sebastian Kühn SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Gümbel, ich hoffe, Sie erwarten jetzt nicht von mir, dass ich Ihre 42 Fragen aus der Großen Anfrage beantworte.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Das wäre schön! – *Dr. Eva Gümbel GRÜNE:* Aber vielleicht kann man darüber reden!)

Natürlich ist es notwendig, da gebe ich Ihnen auch recht, über die Ergebnisse und Forderungen des Wissenschaftsrates zu sprechen. Aber Sie haben eben selbst darauf hingewiesen, dass es ein externes Beratungsgremium ist, auch wenn es von den Ländern damals eingesetzt wurde. Ich glaube, dass wir bei der Diskussion, die wir insgesamt führen müssen, letzten Endes wieder den Spagat erleben, auf der einen Seite unsere Länderhaushalte konsolidieren zu müssen und uns auf der anderen Seite mit dem auseinanderzusetzen, was wünschenswert und vielleicht teilweise auch notwendig ist.

Der Senat hat in seiner wenn auch sehr knappen Antwort auf die Hochschulvereinbarungen verwiesen und auf die Gründungsdrucksache zur Max-Planck-Gesellschaft. Ich glaube, gerade Letzteres ist sehr wohl ein Ausdruck dessen, dass auch Hamburg sich bemüht, unter den schwierigen Rahmenbedingungen dort neue Impulse zu setzen.

Aber für mich ist es jetzt relativ schwierig, die 42 Fragen zu beantworten, die Sie dem Senat gestellt haben. Ich weiß auch, dass Sie eine Prüfung gegenüber der Bürgerschaftskanzlei angeregt haben. Auch da kann ich nicht vorgreifen.

(*Dr. Eva Gümbel GRÜNE:* Nein, sollen Sie auch nicht!)

Ich weiß aber, dass der Senat sich gleich an der Debatte beteiligen wird. Insofern obliegt es mir jetzt, relativ kurz auf Ihre Rede zu antworten, weil ich als Mitglied der Regierungsfraktion nicht viel mehr dazu sagen kann außer, dass Sie natürlich in einem gewissen Punkt vollkommen recht haben, nämlich dass wir uns auch in Hamburg mit den Forderungen auseinandersetzen müssen.

Die Frage ist, wie das Verfahren weitergeht. Überarbeiten Sie Ihre Große Anfrage, weil doch ein Hinweis war, dass sich der Senat mit hypothetischen Fragen nicht beschäftigen sollte. Insofern wäre es auch eine Überlegung, im Zweifelsfall Ihre Große Anfrage noch einmal zu überarbeiten. Fakt ist aber auch, dass diese Große Anfrage sicherlich nur schwer an den Ausschuss zu überweisen wäre, weil sie aus meiner Sicht keine Basis für eine Diskussion ist, da die Fragen nicht beantwortet worden sind. – In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt Herr Kleibauer.

**Thilo Kleibauer CDU:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wissenschaft, Forschung, Hochschulen und Hochschulausbildung sind – ich denke, darüber sind sich viele von uns einig – von überragender Bedeutung für die Stadt und ihre Zukunftsfähigkeit. Ohne gut ausgebildete Absolventen würden viele Menschen aus Hamburg abwandern, ohne entsprechende Innovationen aus dem Forschungsbereich würden viele Arbeitsplätze in Hamburg nicht vorhanden sein.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sehr viel für den Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung getan. Sie hat durch geschickte Prioritätensetzung im Haushalt in der letzten Legislaturperiode 13 Milliarden Euro mehr im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt, Geld für Projekte, das in den Bundesländern und auch in Hamburg eine ganz wichtige Rolle spielt.

Wir haben den Hochschulpakt. Das sind Mittel, ohne die viele Hochschulen wirklich finanzielle Probleme hätten und ihr Angebot nicht mehr finanzieren könnten. Wir haben die Exzellenzinitiative, die wichtige Impulse einer Aufbruchstimmung im Hochschulbereich mit ausgelöst hat. Und wir haben den Pakt für Forschung und Innovation, der insbesondere bei den außeruniversitären For-

**(Thilo Kleibauer)**

schungseinrichtungen zu einer guten Ausstattung der Budgets und zu einer Stärkung der Forschung geführt hat. Aber wir haben auch eine begrenzte Finanzierung der Bundesländer, und das macht sich insbesondere in Hamburg sehr stark bemerkbar.

Die Hochschulen stehen vor steigenden Herausforderungen. Wir hatten vorhin das Thema diskutiert, wie viele Studienplätze wir finanzieren können. Es gibt so viele Absolventen, im Übrigen auch so viele junge Studienanfänger wie noch nie. Es gibt auch große Herausforderungen durch die Umstellung der Studiengänge.

Der Wissenschaftsrat hat sich nun Gedanken gemacht – das ist auch seine Aufgabe –, wie man dieses System zukunftsfähig macht, wie man insbesondere diese vielen Projektmittel über mehrere Jahre, die aber eben nicht als dauerhafte Grundfinanzierung bestehen, verstetigt und für die Hochschulen eine Stärkung schafft, wie man einen Zukunftspakt für die Hochschulen macht und wie man die Grundfinanzierung der Hochschulen deutlich verbessert. Dazu liegt eine umfassende Empfehlung des Wissenschaftsrates vor. Das ist ein sehr wichtiger Baustein für die Hochschulpolitik. Und diese Empfehlung muss, in welcher Form auch immer – am einfachsten wäre es, diese Große Anfrage zu überweisen –, in Hamburg genauso wie in anderen Bundesländern parlamentarisch debattiert und begleitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Offensichtlich, so habe ich zumindest Herrn Kühn jetzt verstanden, möchte die SPD das nicht, oder vielleicht auch einfach nicht so schnell, denn es gibt schon genug Themen, die man momentan auf dem Tisch hat.

Nun gibt es diese Große Anfrage, deren Antwort ich mit Interesse gelesen habe. Die GRÜNEN schreiben relativ akribisch 42 Forderungen des Wissenschaftsrates ab und stellen hieraus jeweils die Fragen, wie der Senat das bewerte.

(*Dr. Eva GümbeL GRÜNE: Genau!*)

Das kann man machen, das ist legitim, und der Senat bewertet das gar nicht. Er sagt noch nicht einmal, er habe sich damit noch nicht befasst, sondern er sagt, das sei hypothetisch.

(*Dr. Eva GümbeL GRÜNE: Genau!*)

Damit verweist er das in einen Bereich des Zweifels, ob es das Papier überhaupt gäbe, ob das jemals zustande käme und ob er sich dazu überhaupt äußern müsse. Das finde ich eine viel schrecklichere Antwort als einfach zu sagen, damit hätte der Senat sich nicht befasst. Man würde es dem Senat abnehmen, dass er einfach noch keine Zeit hatte, so ein Papier zu lesen und sich darüber Gedanken zu machen oder vielleicht sogar zu der Sitzung des Wissenschaftsrates zu fahren, welcher

Senator auch immer. Er sagt dagegen, das sei hypothetisch. Er leugnet dieses Papier ein wenig, er weiß gar nicht, ob das alles so ernst gemeint ist. Das finde ich, ehrlich gesagt, erschreckend, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen und der Wissenschaft geht, der ein ganz wichtiger Bereich für die Stadt ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva GümbeL* und *Jens Kerstan*, beide GRÜNE)

Im Übrigen ist Frau GümbeL auch auf einige Themen eingegangen. Ich denke, da ist der Senat sehr widersprüchlich. Es sind mehrere Fragen, die sich konkret um das Thema Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses drehen. Das Thema haben wir – Herr Kühn wird sich dunkel erinnern – über längere Zeit im Ausschuss behandelt. Weil Sie die Selbstbefassung jetzt so schlank beendet haben, haben wir es erst einmal nicht mehr im Ausschuss, aber es war dort über längere Zeit. Und der Senat ist auch schon aktiv geworden. Erst hat er ein Gutachten in Auftrag gegeben, und bevor das Gutachten fertig war, hat er mit Nordrhein-Westfalen schon einmal eine Bundesratsinitiative gestartet – und das alles zum Thema Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Auch die Fragen, wie der Senat denn konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses bewerte, die in den Fragen 11, 12, 13, vielleicht auch noch in Frage 14 thematisiert werden, beantwortet er nicht. Er sagt dagegen, das sei hypothetisch. Das ist in der Tat mehr als merkwürdig und zeigt einfach, dass Sie sich damit nicht beschäftigen wollen, sowohl als Regierung als auch als Fraktion, und das ist bei diesem Thema dann doch viel zu wenig.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva GümbeL* und *Jens Kerstan*, beide GRÜNE)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kühn, wie war es doch vorhin so schön. Einmal waren wir einer Meinung und nun das. Nach dem kurzen, freudigen gemeinsamen politischen Frühling sind wir jetzt bei der Katerstimmung angekommen. Wir sind wieder da angekommen, wo wir seit zweieinhalb Jahren mit dieser Senatorin sind. Sie hat ein festes Konzept, und die Zukunft interessiert sie sowieso nicht.

(*Jan Quast SPD: Sie bewegen sich ja nicht!*)

Sparend macht sie alles kaputt, und wenn eine Diskussion aufkommt, verweigert sie sie einfach. Das ist das Stapelfeldt'sche Konzept, und das wird auch hier wieder exemplarisch vorgeführt.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter* FDP)

**(Dr. Wieland Schinnenburg)**

Und der arme Herr Kühn muss die Knochen dafür hinhalten. Tut mir leid, Herr Kühn, aber so geht es natürlich nicht.

Was wir mit den Antworten des Senats auf eine Große Anfrage erleben, für die immerhin vier Wochen Zeit zur Beantwortung war, ist nichts anderes als ein weiterer Tiefpunkt in der Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft und ein Höhepunkt der Missachtung des Parlaments durch den Senat. Das ist nichts anderes als skandalös.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Meine Vorredner haben zum Teil schon erläutert, dass es auch inhaltlich geradezu völlig unverständlich ist, denn der Senat ist im Wissenschaftsrat vertreten, auch wenn wir finden, mit dem falschen Senator. Und dann hat er zu den Ergebnissen, die sich lange hinzogen und worauf er Einfluss genommen hat, keine Meinung.

Lassen Sie mich nur einen Punkt herausgreifen, denn ein Teil der Fragen, die die GRÜNEN gestellt haben, sind wirklich interessant; ich will nur ein paar erwähnen. Es geht um die Diskussion der Änderung beim Hochschulpakt. Ich kann mich noch gut entsinnen, wie oft Frau Stapelfeldt im Ausschuss sagte, beim Hochschulpakt müssten wir etwas tun. Nun macht der Wissenschaftsrat einen Vorschlag und der Senat sagt, dazu hätte er noch keine Meinung. Das ist einfach nur peinlich.

Die fünfte Frage, neue Lehrformate und Modellstudiengänge, sind Ideen, die nicht ganz neu sind und die der Wissenschaftsrat jetzt einmal ein wenig zusammengefasst und zugespitzt hat. Der Senat hat dazu keine Meinung.

Neunte Frage: Intensivierung der Rekrutierung ausländischer Studierender. Dazu haben wir als FDP schon vor zwei Jahren eine Große Anfrage gestellt, die dann lang und breit im Wissenschaftsausschuss beraten wurde, teilweise nicht einmal mit schlechten Ergebnissen. Der Senat hat dazu jedoch keine Meinung, und das ist erstaunlich.

21. Frage: Übertragung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes auf alle Länder, eine sehr gute Empfehlung des Wissenschaftsrates. Die FDP hat vor ungefähr zwei Jahren dazu einen Antrag gestellt, dass man das hier auch so machen sollte. Die Behörde hat zweieinhalb Jahre an dem neuen Hochschulgesetz gearbeitet. Ich will das gar nicht bewerten, da gibt es viele kritische Punkte. Zweieinhalb Jahre beschäftigt sich der Senat mit den Befugnissen der Hochschulen, aber zur Frage des Für und Wider des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes hat er keine Meinung; das ist eine Verweigerung jeglicher Diskussion.

30. Frage: Förderung regionaler Verbände. Auch das höre ich regelmäßig aus der Behörde und von der Senatorin, aber dazu hat der Senat laut Ant-

wort auf die Große Anfrage der GRÜNEN keine Meinung.

37. Frage: Doppelberufungen, Hochschule und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Auch das findet seit Jahren in jeder Hochschuldiskussion statt. Der Senat hat hierzu keine Meinung.

41. Frage: Verbesserung der Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft. Die Handelskammer in Hamburg hat dazu lange Texte verfasst, und wir haben es immer wieder diskutiert. Wer hat dazu keine Meinung? Unsere Senatorin. Es ist nicht nur eine Missachtung des Parlaments, es ist ein gnadenloser Beweis völligen Desinteresses und völliger Verweigerung jeder modernen Diskussion. Die Antwort des Senats ist nicht nur peinlich, sie ist schlimm.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Deshalb gibt es den Antrag meiner Fraktion, diese Große Anfrage an den Wissenschaftsausschuss zu überweisen. Sie haben recht, Herr Kühn, die Antworten des Senats geben keine Basis, aber – ein Freundschaftsangebot an Sie, Herr Kühn – lassen Sie uns doch dem Senat die Chance geben, sich wenigstens im Ausschuss mit diesen Fragen zu beschäftigen. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zu folgen. Geben Sie dem Senat eine Chance und überweisen Sie die Große Anfrage an den Wissenschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Roland Heintze CDU* und *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Bevor ich Frau Heyenn das Wort gebe, bitte ich um ein bisschen mehr Interesse für die letzte Debatte.

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Drucksache 20/9410 hat die Überschrift "Große Anfrage und Antwort des Senats". Das ist nicht nur maßlos übertrieben, das ist falsch, und ich will Ihnen auch sagen warum. Auf Frage 1 wird geantwortet, siehe Plenarprotokoll 20/02, Seite 39, sowie fünf Drucksachen. Und dann werden die Fragen 2 bis 42 in Summe damit beantwortet – siehe Vorbemerkung –, dass der Senat im Übrigen hypothetische Fragen grundsätzlich nicht beantwortet. Ich kann keine einzige Antwort finden. Das ist ungeheuerlich.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Ja, wenn das hypothetische Fragen sind!)

Nun haben die GRÜNEN im Vorwege zum Thema Wissenschaftsrat schon öfter verlangt, dass statt Herrn Senator Tschentscher Frau Senatorin Stapelfeldt in diesen Wissenschaftsrat sollte. Ich kann nur für DIE LINKE sagen, solange dieser Senat

**(Dora Heyenn)**

dabei bleibt, dass die Steigerungsrate pro Jahr 0,88 Prozent für die Hochschulen und die Universität beträgt, ist es völlig egal, ob da Herr Tschentscher sitzt oder Frau Stapelfeldt.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt Senatorin Dr. Stapelfeldt.

**Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wissenschaftsrat hat in seinen 117-seitigen Empfehlungen zahlreiche Vorschläge zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems unterbreitet. In der Tat sind darin viele Empfehlungen enthalten, die sehr bedenkenswert sind. In diesem Sinne wurde das Papier auch auf verschiedenen Ebenen diskutiert und es wird weiter diskutiert werden.

Aber Sie wissen genauso gut wie ich, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Frau Gümbel, dass auch der Bund und die anderen Länder sich bisher sehr zurückhalten, wenn es um Äußerungen geht, was von den Empfehlungen des Wissenschaftsrates aufgegriffen und wie diese gegebenenfalls umgesetzt werden sollen. Da bilden übrigens auch die Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen keine Ausnahme.

Derzeit wird in Deutschland auf vielen Ebenen sehr intensiv darüber diskutiert, wie wir unser Wissenschafts- und Forschungssystem inhaltlich und finanziell zukunftsfähig machen können. Sie wissen auch, dass zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zahlreiche Stellungnahmen der Wissenschaftsorganisationen eingegangen sind – Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und andere – sowohl im Vorfeld der Verabschiedung der Empfehlungen im Wissenschaftsrat als auch danach beziehungsweise jetzt im Vorlauf zu den Koalitionsverhandlungen.

In dieser Situation macht es keinen Sinn, zu einer Vielzahl von detaillierten Fragen zu einem frühen Zeitpunkt öffentlich Festlegungen zu treffen. Sie wissen, liebe Frau Gümbel und liebe Kolleginnen und Kollegen im Parlament, dass das keine Missachtung des Parlaments ist. Die Diskussion über dieses Papier und die Empfehlungen wird es noch geben, und deswegen will ich gern etwas zu dem Verfahren sagen.

Schauen wir uns zunächst einmal an, wie das bisherige Verfahren in Bezug auf dieses Papier des Wissenschaftsrates war und wie es dann voraussichtlich weitergeht. Im Januar 2012 hat der Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Papier erstellte, welches als erster Entwurf im April 2013 bekannt wurde. Im Übrigen ist die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe, wenn Sie die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die

jetzt gebunden vorliegen, nehmen, an keiner Stelle dargestellt. Sie ist auch nicht öffentlich bekannt gewesen.

Dem schloss sich eine dreimonatige, sehr intensive und teilweise auch sehr kontroverse Diskussion zwischen den Ländern, zwischen Bund und Ländern und auch zwischen den Mitgliedern des Wissenschaftsrates an. In dieser Diskussion ging es um Inhalte wie – um ein Beispiel zu nennen – die am Anfang sehr starke Fokussierung auf wenige Exzellenzuniversitäten. Und es war schon die Frage, ob man dieses für richtig halten sollte oder nicht. Es ging um die Perspektiven insgesamt und natürlich auch um die einzelnen Empfehlungen. Hinsichtlich der zahlreichen einzelnen Empfehlungen war und ist immer noch zu prüfen, ob sie funktionieren, was ihre Umsetzung bedeuten würde und letztlich auch, wer sie finanziert. Denn wenn Sie in die Empfehlungen des Wissenschaftsrates schauen, dann sehen Sie zwar generelle Anmerkungen zur Finanzierung des Wissenschaftssystems, aber zu den einzelnen Instrumenten und Empfehlungen finden Sie die Konkretisierung und auch die Bezifferung der Finanzierungsnotwendigkeiten nicht.

Wie geht es jetzt weiter und was ist der aktuelle Stand? Wir sollten uns zunächst einmal bewusst machen, dass die Empfehlungen des Wissenschaftsrates eben Empfehlungen sind, sie sind nicht in Stein gemeißelt.

*(Olaf Ohlsen CDU: Wie geht es denn jetzt weiter?)*

– Lieber Herr Ohlsen, wir kennen uns doch schon lange, und auch Ihre Zwischenbemerkungen kenne ich schon sehr lange, auch, als Sie dort vorn neben mir saßen.

So gibt es Elemente, zu denen es bereits im Vorfeld sehr kritische Anmerkungen gab, beispielsweise der Vorschlag, 250 sogenannte Merian-Professuren einzurichten, die je zur Hälfte von Bund und Ländern zu finanzieren wären. Es gab auch den Vorschlag, sogenannte Liebig-Zentren einzurichten, ebenfalls gemeinsam von Bund und Ländern zu finanzierende Lehr-, Forschungs- oder Transferseinheiten an den Hochschulen in herausragenden Schwerpunktbereichen.

Neben inhaltlichen Fragen zu einigen Vorschlägen des Wissenschaftsrates zeigen bereits diese beiden Beispiele die Notwendigkeit auf, dass Bund und Länder hier jeweils gemeinsame Verabredungen treffen, zum Teil unter Einbeziehung der Wissenschaftsorganisationen und natürlich auch der Hochschulen. Auch dies ist bisher nicht erfolgt, jedenfalls nicht in der Konkretisierung oder in den Gesprächen mit der Hochschulrektorenkonferenz. Dies alles erfordert also ganz sicher noch viele Gespräche.

**(Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt)**

In diesem Zusammenhang möchte ich gern aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zitieren. Dort heißt es auf Seite 104:

"Dazu sind neue Formen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern erforderlich, für die auch die notwendigen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die dauerhafte und substanzielle Beteiligung des Bundes an der Gestaltung und Finanzierung des Wissenschaftssystems und insbesondere der Hochschulen zu ermöglichen."

– Zitatende.

Darüber, wie auch über die inhaltliche Umsetzung der Vorschläge des Wissenschaftsrates, soll nach der Vorstellung des Wissenschaftsrates selbst im Jahr 2014 in einem Zukunftspakt eine Verständigung erzielt werden. Ob dies möglich ist, zumal in dieser zeitlichen Perspektive, kann natürlich niemand im Moment vorhersagen, aber es ist jedenfalls beabsichtigt.

Die Empfehlungen sind nun in den jeweiligen Gremien von Bund, Ländern und Wissenschaft weiter zu diskutieren und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Ministerien, Hochschulrektorenkonferenz und auch die gemeinsame Wissenschaftskonferenz müssen die Möglichkeit haben, intern und untereinander darüber zu reden. Und gerade für die letztere Konferenz ist dieses, jedenfalls auf der Ministerienebene, bislang informell verabredet. Es gibt auch, wie wir wissen, weitere, sehr wichtige Gespräche, die derzeit in Berlin stattfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass wir im kommenden Jahr größere Klarheit über die Zukunft unseres Wissenschafts- und Forschungssystems haben werden. Ich wünsche mir – stoßen Sie es selbst gern mit an, liebe Frau Gümbel –, dass wir dann eine substanziierte Debatte darüber haben werden, auf die ich mich wirklich sehr freue. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

**Dr. Eva Gümbel GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, liebe Frau Senatorin! Ich glaube Ihnen sogar, dass Sie sich auf die Debatte freuen, aber in zwei Jahren ist es zu spät. In Ihren ganzen Ausführungen, die davon gelebt haben, dass Sie das Verfahren dargestellt haben, kommt doch zum Ausdruck, dass Sie einfach kein Interesse daran haben. Sie sind nur Senat, aber wir sind hier das Parlament, und wir organisieren eine Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit wird eben auch über Große Anfragen organisiert. Es ist nun einmal so, und das hat mit dem Fachgebiet gar nichts zu tun, dass natürlich politische Initiativen, Ideen, Vorstellungen und so

weiter auf Fachebene auch zwischen den Ländern diskutiert werden, egal, ob es um Verkehrsplanung geht oder wie hier um Wissenschaftsfinanzierung. Aber selbstverständlich muss an dieser Organisation und Ideenplanung auch das Parlament beteiligt werden. Indem Sie nun versuchen, uns abzuschneiden, kann das nicht stattfinden, und das finde ich in der Tat eine grobe Missachtung dieses Hauses, dem Sie selbst lange nicht nur angehört, sondern als Präsidentin auch vorgestanden haben. Insofern wissen Sie, worum es jetzt geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich glaube Ihnen auch, dass Sie sich auf eine Diskussion freuen und dass Sie sich sehr vorsichtig absichern wollen. Ihre ganze Rede war doch im Prinzip, dass alles im Fluss sei, und bevor Sie etwas sagen würden, wollten Sie lieber hören, was die anderen machen. Das ist eine aus Berlin durchaus bekannte Art und Weise der Regierungsführung, meinerwegen ist sie auch erfolgreich. Nur wir als Parlament haben ein anderes Interesse, und das besteht darin, mit Ihnen als Senat und Regierung darüber ins Gespräch zu kommen, was in Hamburg die besten Vorstellungen sind, um unser Hochschulsystem voranzubringen.

Sie haben einen sehr geduldigen Abgeordneten, Herrn Kühn, der immer sehr gut durchblicken lässt, dass Sie im Prinzip den Ausschuss immer weiter von der Aufgabe, die er eigentlich hat, entfernen. Wir warten auf alles Mögliche, auf das Hochschulgesetz, auf die Leitlinien, und wir warten auf die Diskussion zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Wir sind doch nicht zum Warten hier, sondern wir sind hier, um tatsächlich zu gestalten. Und es sollte auch Ihr Anspruch sein, gestaltend einzugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Meine Damen und Herren! Wir sind noch mitten in der Debatte. Ich bitte um Aufmerksamkeit für Herrn Dr. Schinnenburg. – Er hat das Wort.

**Dr. Wieland Schinnenburg FDP:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich will nur zwei Sätze sagen. Der erste ist, dass Frau Senatorin Stapelfeldt jetzt die Langfassung dessen gebracht hat, was in der Großen Anfrage steht. Dort steht, dass die zuständige Behörde sich intensiv an laufenden Gesprächen beteilige und die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei. Die Langfassung davon durften wir uns jetzt zehn Minuten anhören. Das hätten wir uns genauso gut ersparen können. Das ist die erste Bemerkung.

Und die zweite Bemerkung: Wenn es wirklich nur ein Zeitproblem sein sollte, Frau Dr. Stapelfeldt,

**(Dr. Wieland Schinnenburg)**

dann schlage ich vor, dass wir die Große Anfrage an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Ich verspreche Ihnen für meine Fraktion – ich könnte mir vorstellen, die GRÜNEN, die CDU und DIE LINKE tun das auch –, dass wir es gern noch ein paar Monate aufschieben, und dann setzen wir es erst im April auf die Tagesordnung. Dann haben Sie noch mehrere Monate Zeit, sich damit zu beschäftigen. Sie wollen nämlich das Thema loswerden, aber das wollen wir nicht mitmachen. Deshalb noch einmal: Lassen Sie uns die Große Anfrage an den Wissenschaftsausschuss überweisen, dann haben Sie die Chance, das in zwei, drei Monaten zu sagen. Jetzt wollen Sie das Thema einfach loswerden, weil es um zukünftige Probleme geht, und es ist Ihre normale Methode, das einfach wegzubügeln. So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll*  
*CDU*)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit kommen wir nun zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/9410 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Damit stelle ich abschließend fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/9410 Kenntnis genommen hat.

Wir sind am Ende des ersten Sitzungstages, und ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

**Ende: 19.56 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung war nicht anwesend: der Abgeordnete Dr. Kurt Duwe